DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 10. März 1983 - D ***

Nr. 58 - 10.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel 0 20 54 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts

...Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, ... Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

Zu Honeckers Luther-Festakt will Carstens nicht fahren

Grund: Veranstaltungsort Ost-Berlin wirft schwerwiegende Fragen auf

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundespräsident Karl Carstens wird aller Voraussicht nach nicht an dem von der „DDR"-Führung in Ost-Berlin vorgesehenen Festakt zum 500. Geburtstag von Martin Luther teilnehmen. Diese Feier ist für den 9. November in der „Deutschen Staatsoper" im Ostteil der Stadt terminiert. Nach Informationen der WELT will das Staatsoberhaupt vor allem deshalb auf eine Teilnahme an diesem Festakt verzichten, weil ein Besuch des Bundespräsidenten in Ost-Berlin schwerwiegende und zugleich hochpolitische Statusfragen aufwerfen würde.

Veranstalter dieser staatlichen Feier ist das Luther-Komitee (Vorsitzender: SED-Generalsekretär Erich Honecker). Die „DDR"-Führung hat zwar bisher keine förmliche Einladung an Carstens übermittelt, aber sie hatte verschiedentlich signalisiert, daß sie großen Wert darauf lege, den Bundespräsidenten als Ehrengast bei dieser Feier begrüßen zu können. Die „DDR" dürfte kaum eine offizielle Einladung aussprechen, wenn sie nicht Gefahr laufen will, eine Absage zu erhalten.

Bei der sich in der Tendenz abzeichnenden Entscheidung von Carstens, nicht nach Ost-Berlin zu reisen, spielt die Frage, ob sich ausländische Staatsoberhäupter an seiner Haltung orientieren, eine eher untergeordnete Rolle. Von der Zusage des Bundespräsidenten, so war berichtet worden, hänge es ab, ob König Carl Gustaf von Schweden, König Olav von Norwegen, Königin Margarethe von Dänemark und der finnische Staatspräsident als Oberhäupter der wichtigsten protestantischen Staaten Europas nach Ost-Berlin reisen. In Regierungskreisen wurde mit Blick auf die Statusfragen darauf hingewiesen, daß auch der frühere Bundeskanzler Schmidt Ost-Berlin für politische Begegnungen gemieden habe. Die „DDR" erhofft sich von hochrangigen Besuchern der politischen Veranstaltung einen erheblichen Prestigegewinn.

Unabhängig von seinem Verzicht, die Veranstaltung in Ost-Berlin zu besuchen, würde Bundespräsident Carstens gern an einer kirchlichen Luther-Feier teilnehmen. Gemeint ist damit der Luther-Tag am 4. Mai auf der Wartburg. Zu dieser Veranstaltung lädt der Bund der Evangelischen Kirchen in der „DDR" ein. Sie ist Auftakt der kirchlichen Feiern im Luther-Jahr. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker (CDU), hat seine Teilnahme dazu bereits zugesagt. Einem Treffen zwischen dem Bundespräsidenten und Repräsentanten der „DDR" auf offizieller Ebene außerhalb Ost-Berlins, so hieß es im Bundespräsidialamt, stünden keine schwerwiegenden Gründe entgegen. Aber auch hierüber würde sich das Staatsoberhaupt mit der Bundesregierung abstimmen. Eine informelle Begegnung zwischen Carstens und Honecker am 4. Mai, falls der SED-Generalsekretär nach Eisenach kommt, hätte zumindest klimatisch-politische Bedeutung für den noch 1983 vorgesehenen Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland.

Seite 2: Luther und das Protokoll

DER KOMMENTAR

Zähl-Signal

ENNO v. LOEWENSTERN

Gewiß war die Versuchung groß, angesichts des „Widerstands", den „Zehntausende Gruppen" gegen die Volkszählung angemeldet hatten, erst einmal nachzugeben – und sei es, daß man eine Verschiebung um ein halbes Jahr empfahl, um „die besorgten Bürger erst einmal aufzuklären". Auch einige Unionspolitiker sind der populistischen Versuchung erlegen.

Das Bundeskabinett ließ sich nicht beirren; es beschloß, beim Termin zu bleiben. Das hat möglicherweise Signalwirkung über die bloße Zählerei hinaus. Denn hier soll offenkundig wieder einmal jene dumpfe Mischung aus Unkenntnis und Mißtrauen aufgerührt werden, deren Köche zwar Kernwaffen oder Kernkraftwerke oder leerstehende Häuser oder was immer sagen, in Wirklichkeit aber meinen, wie man den Staat als schwach vorführen kann – jene Kräfte, auf deren Fähigkeit, die Straße zu mobilisieren, Moskau sich nach wie vor Hoffnung macht. Eben dort, in Moskau, mag die kühle Entschlossenheit der Bundesregierung zur Aufklärung darüber beitragen, wie künftig mit den freien Deutschen umzugehen ist.

Was natürlich nicht heißt, daß man darüber die Aufklärung dieser freien Deutschen vernachlässigen muß. Doch reicht die Zeit bis zur Zählung aus, um is erstens darauf hinzuweisen, daß diese Zählung nicht nur von sämtlichen Bundestagsparteien sowie von sämtlichen Ländern gebilligt wurde, nicht nur von so datenschutzbewußten Personen wie dem früheren Bundesinnenminister Baum und seinem Staatssekretär v. Schoeler, sondern auch von dem Datenschutzbeauftragten Bull. Wofür hat man eigentlich Ombudsmänner (Frauenbeauftragte usw.), wenn ihre Prüftätigkeit nach Belieben als unglaubwürdig abgetan wird? Sodann aber können sich die Bürger an Hand der Fragebögen selber aufklären, daß ihre Antworten selbst im schwer vorstellbaren Falle eines Mißbrauchs nun wirklich keine gläsernen Menschen aus ihnen machen.

Frau Petra Kelly verkündete, sie werde „verweigern", weil es „zuviel Daten aus dem persönlichen Bereich und zuwenig über die wirklich wichtigen Dinge, über Not und Elend" gebe. Gehören nicht gerade die Grünen zu denjenigen, die am lautesten über „Wohnungsnot" und „elend" und zu wenig staatliche Vorsorge auf diesem Gebiet klagen? Aufklärung beginnt wohl im eigenen Denkprozeß.

TAGESSCHAU

POLITIK

...atistiker: 1983 ...eisanstieg bei ...ei Prozent

DW. Köln

...den meisten Monaten dieses ...es wird die Preissteigerung in ...Bundesrepublik Deutschland ...drei vor dem Komma haben. ...it rechnet der Präsident des ...stischen Bundesamtes Wies...n, Franz Kroppenstedt. Als ...ussetzung nannte er stabile ...stoffpreise am Weltmarkt, ei... stabilen Außenwert der ...ark und eine weiterhin günsti... Wirtschaftsentwicklung in der ...desrepublik Deutschland. Der ...er Wirtschaftszeitung „Aktiv" ...ärte Kroppenstedt, wenn auf ... jüngsten Preisrückgang bei ...öl und Benzin nicht wieder ein ...sanstieg folge, werde die ...hschnittliche Erhöhung der ...braucherpreise 1983 im Ver...ch zu 1982 deutlich unter vier ...ent liegen. Kroppenstedt wies ...uf hin, daß die Inflationsrate ...Januar schon bei 3,2 statt 3,7 ...ent hätte liegen können, wenn ...Staat nicht 1982 die Postgebüh... Tabakwarenpreise und Bun...bahntarife erhöht hätte.

Opec: Iran beharrt auf hohem Ölpreis

dpa/rtr, London

Der iranische Ölminister Mohammed Gharazi hat sich bei der seit Montag andauernden Londoner Opec-Konferenz überraschend zu „Konzessionen" bei den Förderquoten bereiterklärt. Voraussetzung sei allerdings, daß die Opec ihren Preis von 34 Dollar pro Barrel beibehält. Sein Vize, Abbas Honadust, ergänzte, daß es ein Entgegenkommen in der Preisfrage „niemals" geben werde. Da gleichzeitig die Regierung in Nigeria von ihrem einseitigen Preissenkungs-Beschluß nicht abrücken will, breitet sich nach Angaben aus Konferenzkreisen unter den Opec-Vertretern in London „zunehmender Pessimismus" aus. Die Opec-Kontraktpreise geraten auch durch die Entwicklung am Rotterdamer Spot-Markt weiter unter Druck. Jetzt hat auch die Sowjetunion ihren Öl-Abnehmern offiziell angekündigt, daß sie ihre Vertragspreise ebenfalls auf das Rotterdamer Niveau von 27 bis 28 Dollar je Barrel zurücknehme.

ZITAT DES TAGES



Jedes Jahr machen wir drei, vier Monate am Abschluß eines Tarifvertrages herum. Dieser Aufwand an Zeit, Kraft und Geduld, dieses Strapazieren der deutschen Öffentlichkeit ist ein Ding der Unmöglichkeit.

...n Loderer, Vorsitzender der IG ...ll, in der „Wirtschaftswoche". Lo...r empfiehlt den Abschluß länger...ger Tarifverträge. FOTO: POLYPRESS

Attentat in Belgrad

rtr, Belgrad

Der türkische Botschafter in Jugoslawien, Galip Balkar, ist gestern in Belgrad in seinem Wagen niedergeschossen und schwer verletzt worden. Auch sein Fahrer habe Verletzungen davongetragen, berichtete die türkische Botschaft in Jugoslawien. Nach Angaben der Polizei hatten zwei in Zivil gekleidete jugoslawische Sicherheitsbeamte das Feuer auf die beiden Angreifer eröffnet. Einer von ihnen sei verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Der andere sei mit einem Alfa Romeo entkommen, der von einer Frau gesteuert wurde.

Dritte Runde

AFP, Moskau

Unter größter Geheimhaltung haben gestern in Moskau die chinesisch-sowjetischen Unterhändler ihre dritte Gesprächsrunde seit 1. März geführt. Die beiden Länder verhandeln über eine Beilegung des Grenzstreites und eine Normalisierung der Beziehungen. Die sowjetische Presse ließ bisher die jüngsten Artikel offizieller Pekinger Zeitungen unbeantwortet, in denen Moskau eine Behinderung der Normalisierungsgespräche durch ein Beiseitelassen von Problemkreisen wie Afghanistan und Kambodscha sowie eine Unterstützung der vietnamesischen Kambodscha-Interventionen angelastet wurde.

...effen mit Glemp

AFP/AP/rtr, Warschau/Genf

...r Primas von Polen, Josef Kar... Glemp, und der Chef der polni...n Militärregierung General Ja...lski sind gestern zum vierten ...zusammengetroffen. Die Ge...che deuten auf einen baldigen ...ch von Papst Johannes Paul II. ...olen hin. Den Wachmannschaf... des Lagers Marienwerder ist die ...ale Mißhandlung von 40 „Inter...ten" vorgeworfen worden. Die... Vorwurf erhob während eines ...zesses gegen Mitglieder von ...lidarität" in Elbing der unter ...lage stehende Zygmunt Go...ski. In Grudziadz bei Danzig ...de gestern ein Prozeß gegen die ...nführerin Anna Walentynowicz ...fnet. Sie hatte eine führende ...le bei den Streiks im August 1980 ... der Danziger Lenin-Werft ...ielt.

...omo will bleiben

rtr. Gaborone

...er simbabwische Oppositions...rer Joshua Nkomo hält sich nach ...lichen Angaben inzwischen in ...suana auf. Die Regierung des ...des teilte mit, der Politiker habe ...Absicht, vorerst zu bleiben. Nko... hatte der Regierung seines Hei...landes vorgeworfen, ihn ermor... lassen zu wollen.

WIRTSCHAFT

Zinssenkung

cd. Frankfurt

Private Kreditnehmer profitieren von der bis unmittelbar nach der Wahl anhaltenden Zinssenkung. Banken und Sparkassen haben begonnen, die Zinsen für Überziehungskredite und Ratenkredite um einen halben Prozentpunkt zu senken. Gleichzeitig kommt jetzt eine Hypothekenverbilligung um etwa einen Viertelprozentpunkt in Gang. Nach dem jüngsten Wiederanstieg der amerikanischen Zinsen und des Dollars sind jedoch die Hoffnungen auf einen weiteren kräftigen Zinsrückgang sowie Spekulationen auf eine einprozentige Leitzinssenkung am 17. März gedämpft worden.

Skepsis nimmt ab

Mk. Bonn

Im Handel nimmt nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) die Skepsis über die wirtschaftliche Zukunft ab. Der Anteil von Unternehmen, die ihre Zukunft als „eher günstig" beurteilen, nehme zu. Allerdings überwiegen immer noch die skeptischen Stimmen. Bei langlebigen Gebrauchsgütern zeichne sich ein Nachholbedarf der Verbraucher ab.

...TTER

...lde Temperaturen

DW. Essen

...n nördlichen Deutschland über...gend bewölkt bei Temperaturen ...10 Grad. In den übrigen Gebie... heiter und sonnig bei Werten bis ...Grad. In der Nacht Werte zwi...en 5 und null Grad. An der Küste ...ker, sonst nur schwacher Wind ...West.

Gewinnmitnahmen

DW. Frankfurt

Die Gewinnmitnahmen setzten sich an den Aktienmärkten fort. Am Rentenmarkt lagen öffentliche Anleihen etwas schwächer. WELT-Aktienindex 122,6 (123,4). Dollar-Mittelkurs 2,4090 (2,3925) Mark. Goldpreis je Feinunze 424,25 (417,50) Dollar.

Regierung hält an Volkszählung fest

„Bei Verzicht drohen schwere ökonomische Schäden" / Auftrag an Zimmermann

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern einstimmig eine von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann vorgelegte Erklärung beschlossen, an der Volkszählung am 27. April festzuhalten. In der Erklärung heißt es unter anderem: „Es ist völlig ausgeschlossen, daß mit dieser Volkszählung irgendein Personenkennzeichen konstruiert werden soll, auch nicht durch die Hintertür." Gegner der Volkszählung befürchten, daß damit die personenbezogenen Daten mißbraucht werden könnten.

Die Volkszählung 1983 beruhe auf einem vom Bundestag einstimmig beschlossenen Gesetz, entspreche weltweit ergangenen Empfehlungen der Vereinten Nationen und sei zudem im Bereich der Europäischen Gemeinschaften durch eine EG-Richtlinie vorgeschrieben. Es sei die vierte Zählung dieser Art seit 1950, und sie sei „im Kern" mit allen vorangegangenen Volkszählungen identisch.

Die „Grünen" haben als Ergebnis ihrer gestrigen ersten Fraktionssitzung bekanntgegeben, daß sie am Boykott der Volkszählung festhalten. Es gebe schon rund 500 Gruppierungen in der Bundesrepublik, die diese Haltung unterstützten, erklärte Otto Schily im Namen der Partei.

Der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Dieter Stolze, meinte vor der Bundespressekonferenz, es würde ein Schaden von 100 Millionen Mark für jetzt bereits entstandene Kosten der Volkszählung entstehen und „unabsehbare Schäden in Milliardenhöhe", wenn die Bundesregierung sich künftig nicht auf zuverlässige Daten und Zahlen stützen könne.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus den Bundesminister des Inneren beauftragt, gemeinsam mit den obersten Landesbehörden sicherzustellen, daß die Originalfragebögen zum „frühest möglichen Zeitpunkt" vernichtet werden, daß in keinem Fall Vollzugsdienststellen Einzelangaben von Statistischen Ämtern erhalten und daß „die besonders angegriffene Verwendung von Volkszählungsdaten bei den Einwohnermeldeämtern nur dem Zweck dient, Falscheintragungen zu korrigieren".

Nachdem auch Niedersachsen, das sich wegen der Kostenbelastung für die Bundesländer bis zuletzt gegen das Volkszählungsgesetz ausgesprochen hatte, erklären ließ: „Das Gesetz ist da und wird durchgeführt" und die Landesvertretung von Bayern in Bonn auf Anfrage die identische Auskunft gab, wird Länder-Kritik an dem vorgesehenen Volkszählungstermin nur noch in Schleswig-Holstein erhoben. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Barschel (CDU) hat sich für eine Verschiebung um zwei Jahre und Reduzierung der Fragenkomplexe eingesetzt.

Seite 3: Plädoyer für die Volkszählung
Seite 4: Rommel

Soll von Weizsäcker 1984 Bundespräsident werden?

Kohl plant offenbar Festlegung bei Koalitionsgesprächen

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Kohl hat gestern ein erstes ausführliches Gespräch mit dem FDP-Vorsitzenden Genscher über die Koalitionsbildung geführt. Nach Unterredungen mit den Ministern Stoltenberg und Barzel traf Kohl mit dem Berliner Regierenden Bürgermeister von Weizsäcker, zusammen. Vor allem diese Begegnung läßt den Schluß zu, daß der Kanzler auch eine Festlegung darüber treffen will, wen die Union für die Wahl des Bundespräsidenten 1984 benennt. Hierfür wird von Weizsäcker am häufigsten genannt.

Auch der Name des jetzigen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, dessen

SEITE 2:
Positionen, nicht Posten

Amtszeit Ende 1983 ausläuft, ist gefallen. Die CDU/CSU hat die absolute Mehrheit in der Bundesversammlung.

Nach Informationen der WELT hat Bundespräsident Carstens den Kanzler wissen lassen, daß er – wie öffentlich angedeutet – für eine zweite Amtsperiode nicht zur Verfügung steht. Carstens: An der Schwelle zum 70. Geburtstag könne er seine gesundheitliche Verfassung nicht mehr für weitere fünf Jahre ermessen. Die Entscheidung für Weizsäcker dürfte auch davon abhängen ob ein überzeugender Nachfolger für das Regierungsamt in Berlin gefunden wird.

Barzel, dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, werden Ambitionen für das Amt des Bundestagspräsidenten nachgesagt, wenn es von Richard Stücklen (CSU) wieder aufgrund des Proporzes an die CDU zurückfallen sollte. Alfred Dregger hat auf eine Bewerbung für dieses Amt verzichtet.

Bei der Unterredung zwischen Kohl und Genscher herrschte Übereinstimmung, daß bei den Koalitionsgesprächen kein „Detailperfektionismus" betrieben werden soll. Die unterschiedlichen Positionen zwischen der Union und der FDP darüber, ob die Zwangsanleihe zurückgezahlt werden soll, bestehen fort. Aber es gibt Hinweise, daß beide Seiten ihre unterschiedlichen Auffassungen zu Protokoll geben und – da die Anleihe ohnehin erst 1987 zurückgezahlt werden soll – später darauf zurückkommen wollen.

Der CDU-Vorsitzende Strauß mahnte, sich nicht unter Zeitdruck setzen zu lassen. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, präzisierte die CSU-Positionen: In der Außen- und Deutschlandpolitik verlangte er die Besinnung auf das Wiedervereinigungsgebot und das Festhalten an der Entschließung des Bundestages aus dem Jahr 1972 zur Ostpolitik. Ausdrücklich machte sich Waigel die Aussage von Bundesinnenminister Zimmermann zu eigen, die Ostverträge seien ein „modus vivendi" und nähmen nicht einen Friedensvertrag vorweg. Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP) meinte, die FDP lasse sich „nicht unterbuttern". Und: „In Koalitionen gibt es kein Recht des Stärkeren".

„Wer die kleinere Koalisationspartei nicht als gleichberechtigten Partner, sondern als Mehrheitsbeschaffer betrachtet, der schafft kein Vertrauen zu künftige Zusammenarbeit", sagte Lambsdorff.

Reagan warnt vor Verkennung der Ziele Moskaus

AFP/AP, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat die Sowjetunion mit einer Schärfe angegriffen, die an die ersten Monate seiner Amtszeit erinnert. Vor Evangelisten in Orlando (Florida) sagte Reagan, die Kommunisten seien „das Zentrum des Bösen in der modernen Welt", da sie die „Herrschaft des Staates predigen, dessen Allmacht über den einzelnen verkünden und seine schließliche Beherrschung aller Völker der Erde voraussagen".

Eine eindeutige Warnung richtete Reagan an die Anhänger der „Friedenskampagne" in den USA und die Gegner der amerikanischen Nuklearstrategie unter dem Klerus. Der weltweite Machtanspruch des Kommunismus dürfte nicht unterschätzt werden. Ein Stopp der atomaren Rüstung würde die USA gegenüber der Sowjetunion in eine „militärische und moralische Unterlegenheit" bringen.

In den ersten Monaten nach seinem Regierungsantritt hatte Reagan den Sowjets offen vorgeworfen, zu lügen und zu betrügen, um ihre politischen Ziele zu erreichen.

Der außenpolitische Ausschuß des Repräsentantenhauses hat mit 27 gegen neun Stimmen eine Resolution angenommen, in der die USA und die Sowjetunion aufgefordert werden, ihr atomares Arsenal auf dem derzeitigen Stand einzufrieren.

Moskau droht den USA

Pentagon: Aufrüstung geht mit hohem Tempo weiter

dpa/AFP/SAD, Rom/Washington

Die Sowjetunion will auf die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa mit der Dislozierung ähnlicher Waffen „in entsprechender Nähe der Vereinigten Staaten" reagieren. Diese Drohung äußerte in einem Interview der italienischen Zeitung „La Repubblica" der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der sowjetischen KP, Wadim Sagladin. Auf die Frage nach dem Fortgang der Abrüstungsverhandlungen in Genf sagte Sagladin: „Für uns können keine sogenannten Zwischenlösungen (mit der Aufstellung von weniger NATO-Raketen als bisher vorgesehen, d. Red.) annehmbar sein ... Wenn es dazu kommen sollte, werden wir in der Nähe der Vereinigten Staaten Raketen aufstellen, die den Pershing 2, mit einer gleich schnellen Flugzeit, entsprechen."

Zum Wahlsieg von Bundeskanzler Kohl sagte Sagladin, in der Frage der atomaren Abrüstung sei die Haltung der neuen Regierung „deutlich amerikanischer, starrer" als die der SPD. Er erwarte jedoch, daß die sozialdemokratische Opposition „einen nicht zu vernachlässigenden Einfluß auf den Kurs der neuen Regierung" haben werde.

Wie die Londoner Zeitung „Standard" gestern unter Berufung auf Informationen aus dem US-Verteidigungsministerium meldete, hat Moskau mit der Stationierung der neuen SS-20-Raketen in Sibirien begonnen und damit die nukleare Bedrohung Chinas „drastisch erhöht". Mit der Stationierung der SS 20 würden Dutzende Interkontinentalraketen in der Zentralsowjetunion freigesetzt, die jetzt gegen Ziele in europäischen NATO-Ländern, den USA und Japan umprogrammiert werden können.

Ein besorgniserregendes Bild der sowjetischen Aufrüstung gibt ein gestern in Washington veröffentlichter Bericht des Pentagon. Daraus geht hervor, daß die UdSSR zur Zeit 4,9 Millionen Mann unter Waffen hält und in den vergangenen 18 Monaten sowohl auf atomarem als auf konventionellem Gebiet zahlreiche neue Waffensysteme eingeführt oder erprobt hat.

Insgesamt gibt die Sowjetunion nach amerikanischen Erkenntnissen derzeit rund 15 Prozent des Bruttosozialproduktes für die Rüstung aus. In den vergangenen 20 Jahren seien es zwischen zwölf und 14 Prozent gewesen. Die Militäraufwendungen der USA hätten in den vergangenen Jahren weniger als sieben Prozent betragen.

Besonders beunruhigt ist man im Pentagon über den Test zweier neuer sowjetischer Interkontinentalraketen sowie die Entwicklung eines strategischen Bombers mit großem Aktionsradius und Meer-Boden- und Luft-Boden-Marsch-

● Fortsetzung Seite 8

Prag startet neue Kampagne für eine Nationalkirche

Vatikan des „psychologischen Kriegs" beschuldigt

AFP/KNA, Prag

Ein slowakischer Spitzenpolitiker hat den Vatikan beschuldigt, einen „psychologischen Krieg gegen den Realsozialismus" in der Tschechoslowakei zu führen. Dieser Angriff geht einher mit Bemühungen, eine Nationalkirche zu schaffen.

In der in Preßburg erscheinenden Zeitung „Pravda" schrieb der Sekretär des Zentralkomitees der slowakischen KP, Ludovit Pezlar, der Vatikan übe „Druck auf die katholische Hierarchie aus, damit sie in Konflikt mit dem Staat gerät". Dabei ließen sich die „Strategen des Vatikan von dem polnischen Vorbild leiten".

Im einzelnen prangerte der Parteisekretär eine Unterstützung „religiöser Untergrundpraktiken" und „Angriffe" gegen die Organisation „Pacem in terris" an, in der ein Teil des tschechoslowakischen Klerus im „Kampf für den Frieden" zusammengeschlossen sei. Damit bezog er sich auf ein Dekret der vatikanischen Klerus-Kongregation vom 8. März 1982, das den Geistlichen die Mitgliedschaft in dieser Organsisation untersagt.

Wie die katholische Nachrichtenagentur KNA berichtete, sind aus der Tschechoslowakei in den vergangenen Wochen Nachrichten eingetroffen, die darauf schließen lassen, daß der Staat seine alten Pläne zur Gründung einer Nationalkirche reaktivieren will. An den Schulen der nach wie vor überwiegend katholischen Teilrepublik Slowakei würden Fragebögen über „kulturelle Interessen, weltanschauliche Einstellungen und politische Haltungen" ausgegeben. Die Schüler seien gehalten, auch Auskunft über die Einstellung von Eltern und Großeltern zu geben.

Die Untersuchungen wiesen eindeutig auf das Ziel, die Rom-Treue des slowakischen Klerus zu testen. Dekanatsweise würden die Priester zu Versammlungen beordert, auf denen sie ihre Einstellung zur regimetreuen Priestervereinigung „Pacem in terris" bekennen müßten. Ihre Aussagen kämen praktisch einem Bekenntnis für oder wider den Papst gleich.

Als Vorstoß der Regierung in Richtung Nationalkirche müsse auch der gescheiterte Plan vom vergangenen Sommer gewertet werden, eine „Liturgische Gesellschaft" zu gründen.

Thomson steigt bei Telefunken ein

Beteiligung an Grundig fallengelassen / Einwand des Kartellamts gab den Ausschlag

J. Sch./dos/Wb. Frankfurt

Der französische Staatskonzern Thomson-Brandt will zum 31. März eines der größten AEG-Sorgenkinder, die Telefunken Fernseh und Rundfunk GmbH (Hannover), zu drei Vierteln übernehmen. Ein entsprechendes Abkommen in der Nacht zum Mittwoch unterzeichnet worden.

Damit hat sich das Blatt schneller gewendet als zu erwarten war. Bislang hatte Thomson-Brandt, mit 47 Milliarden Franc Umsatz (rund 16,5 Milliarden Mark) und 129 000 Mitarbeitern größter französischer Elektrokonzern, als künftiger Mehrheitsaktionär der Grundig AG in Fürth gegolten.

Nachdem aber bereits der bisherige Grundig-Partner Philips wenig Bereitschaft gezeigt hatte, sich von seiner 24,5-Prozent-Beteiligung an den Fürthern zu trennen, gaben jetzt Einwände des Berliner Kartellamts den endgültigen Ausschlag. Thomson läßt das Grundig-Projekt fallen. Noch Ende Januar hatte Grundig seinerseits wegen der Verlobung mit Thomson die Absicht aufgegeben, Telefunken zu übernehmen. Gestern erklärte die Grundig AG, auf die Berliner Einwände anspielend: „Unter diesen gegebenen Umständen werden Grundig und Thomson den angestrebten Zusammenschluß nicht weiter verfolgen. Von beiden Seiten wird jedoch versichert, daß man Bemühungen um eine kooperative Zusammenarbeit in Zukunft verstärken wird.

Mit Telefunken erwerben die Franzosen zwar keinen ganz so „dicken Brocken" wie Grundig (mehr als 30 000 Mitarbeiter und rund 3 Milliarden Mark Umsatz). Doch mit seinen 4000 Beschäftigten setzt auch der Unterhaltungselektronik-Bereich der AEG rund 1,5 Milliarden Mark um. Und den Thomson-Strategen geht es in erster Linie darum, neue Marktanteile zuzukaufen, um mit der Konzernproduktion auf höhere Stückzahlen und damit in günstigere Kostenrelationen zu kommen.

In Deutschland fertigt Thomson-Brandt bereits Farbfernsehgeräte der Marken Saba und Nordmende sowie Phonogeräte der Marke Dual. Die TV-Produktion liegt bei etwa 750 000 Stück pro Jahr, Telefunken fertigt rund 700 000. Vorteile verspricht das Zusammengehen auch im Geschäft mit Video-Rekordern: Thomson und Telefunken haben denselben japanischen Partner, die Victor Company of Japan (JVC). Was die AEG für ihre Verlust-Tochter bekommen wird, bleibt vorerst geheim.

Seite 2: Überlebenschance
Seite 8: Rechnung ohne Philips
Seite 11: Die einzige Sensation

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Positionen, nicht Posten

Von Herbert Kremp

Es wird wohl so sein, daß Franz Josef Strauß seinen gewichtigen Einfluß auf Richtung und Komposition des Bonner Regierens von München aus entfalten wird. Die leidige, stets mit einem gewissen Unterton vorgetragene Laienfrage: „Kommt er oder kommt er nicht", war nach der Wahl natürlich zu erwarten. Infolge Sieg und Kompetenz kann Strauß den Anspruch auf die Mitgestaltung der künftigen Politik erheben. Wer diese Dimension jedoch auf eine Postenfrage verkürzt, verkennt die Zeitzeichen.

Strauß hatte mit seiner beharrlich verfolgten Idee, der nach Sozio-Raritäten haschenden SPD die Realität einer tief in die Arbeitnehmerschaft einwirkenden Volkspartei der Normalität entgegenzusetzen, stupenden Erfolg. Zwei Drittel der DGB-Mitglieder in Bayern haben CSU gewählt. Auch in anderen Bundesländern, am auffallendsten in Nordrhein-Westfalen, wurde die gewohnte Laufrichtung der Wählerströme im Sinne der Union verändert – entsprechend den Gegebenheiten und entsprechend der Einsicht des jeweiligen Politikers in die veränderten Gegebenheiten. Solche Erfolge verpflichten – und berechtigen.

Da die Republik sichtlich in eine neue Ära eingetreten ist, steht bei den Koalitionsverhandlungen Programmatik, stehen also die auf längere Fristen bemessenen Sachinhalte des Regierens im Vordergrund. Dabei müssen sich Union und FDP gegenüber den Wählerströmen, die ihnen zugeflossen sind, identifizieren. Die Union ist, weit über ihre Position in der vergangenen Ära hinaus, zu einem Hoffnungsträger der breiten Mittelschicht inklusive der zugeströmten Arbeiterschaft geworden, die mit der Übersorge der einstigen Arbeiterpartei SPD für die neuen Protestpotentiale nicht mehr übereinstimmen konnte.

Das ist der Ausgangspunkt für die kommenden Jahre, mithin auch für die Koalitionsgespräche. Personenfragen treten demgegenüber zurück. Es geht nicht nur um eine Kabinettsneubildung.

Überlebenschance

Von Hanna Gieskes

Partnertausch" bei Thomson-Brandt: Statt 75,5 Prozent an der Grundig AG will der französische Staatskonzern nun eine Mehrheitsbeteiligung von 75 Prozent an der Telefunken Fernseh und Rundfunk GmbH erwerben. Die Entscheidung fiel gleichsam über Nacht, und die Verwirrung ist beträchtlich. Was hat das alles zu bedeuten?

Der angeschlagenen AEG-Tochter Telefunken gewährt diese Übernahme eine vernünftige Überlebenschance, vorausgesetzt, das Bundeskartellamt in Berlin erhebt keine Einwände. Zwar gibt es offiziell noch keine Stellungnahme der Wettbewerbshüter, doch es darf angenommen werden, daß sie diese Fusion nicht untersagen: Der Anteil beider Unternehmen am deutschen Markt für Farbfernsehgeräte addiert sich auf vierundzwanzig Prozent, und das ist, verglichen mit den mehr als fünfzig Prozent, die nach dem ursprünglichen Plan ganz in der Hand von Thomson-Brandt und der mit 24,5 Prozent an Grundig beteiligten Philips gewesen wären, ein kleiner Fisch.

Das Bundeskartellamt darf diesen Partnertausch als Erfolg verbuchen. Es hatte die Betroffenen durch sein Abmahnschreiben wissen lassen, daß ihnen eine Untersagung dann sicher sei, wenn Philips an Grundig beteiligt bliebe. Zudem war bekannt, daß die von Grundig geplante Übernahme der Telefunken GmbH die Aussichten für Thomson-Brandt, sich mehrheitlich an Grundig zu beteiligen, verschlechtern würde, gleichermaßen freilich auch die Überlebensfähigkeit von Telefunken. Nun bleibt dem Amt der Vorwurf erspart, sowohl Telefunken umgebracht als auch die renommierte Grundig AG über den Rhein geschoben zu haben.

Doch was wird aus Grundig? Wird Philips stärker einsteigen, oder kommt es zu der vom bayerischen Wirtschaftsminister gewünschten Beteiligung von Siemens und Bosch? Das Verwirrspiel geht weiter.

Genossenschelte

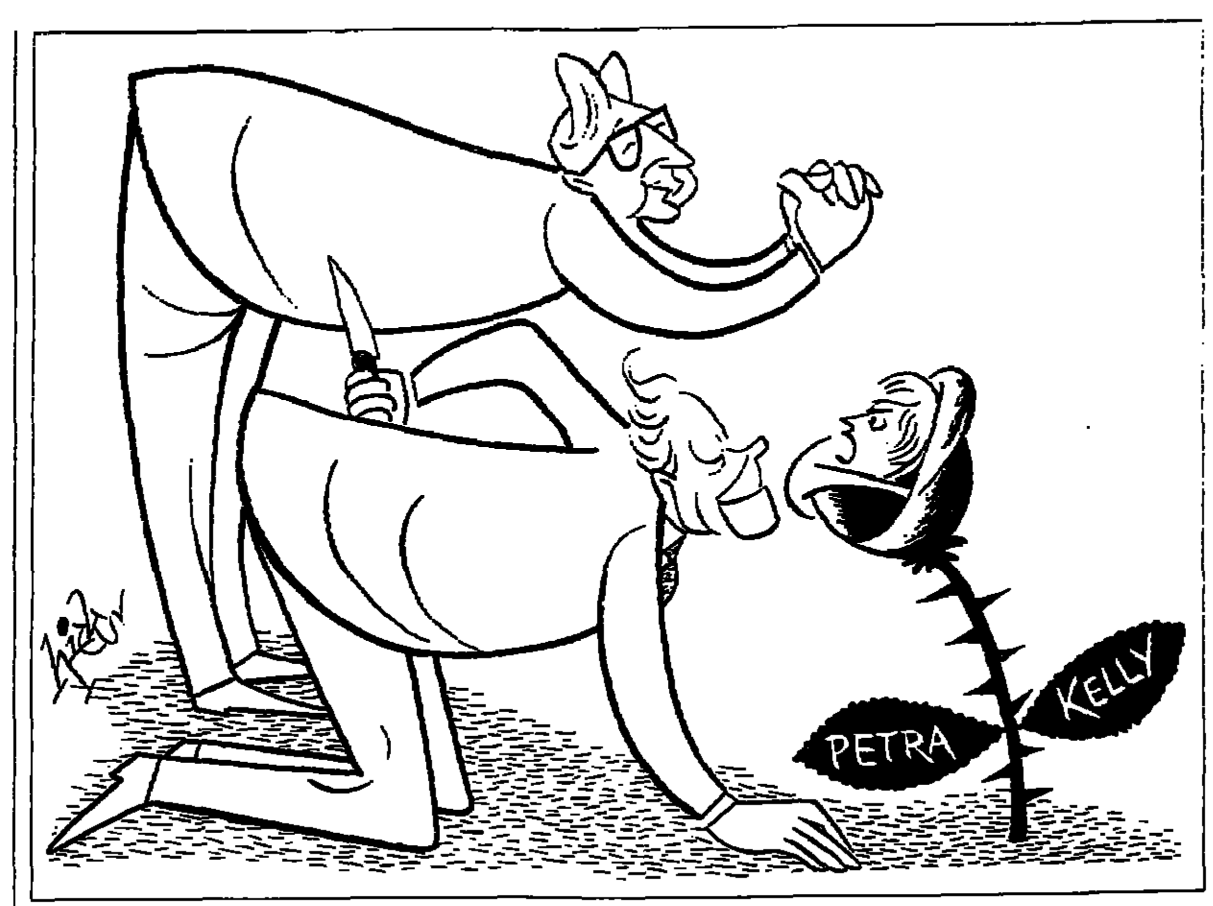
Von Carl Gustaf Ströhm

Nach ihrer Niederlage vom 6. März kommt für die deutschen Sozialdemokraten die bisher härteste Kritik aus den eigenen Reihen: Bruno Kreisky, Wiener Regierungschef und Vorsitzender der österreichischen Schwesterpartei, gab eine schonungslose Analyse für die Ursachen des Debakels der SPD – und ging gleichzeitig auf Distanz zu seinem deutschen Genossen.

Das mag sicher auch taktische Gründe haben. In Österreich stehen am 24. April Parlamentswahlen bevor. Kreisky möchte wohl nicht mit den deutschen Verlierern identifiziert werden. Zugleich aber zeigt sich, daß der österreichische Bundeskanzler vor allem eine strategische Linie verfolgt. Was Kreisky als neutraler Österreicher über die Notwendigkeit und Richtigkeit des NATO-Doppelbeschlusses sagte, kommt einer vernichtenden Kritik an der gesamten Sicherheitspolitik der SPD gleich.

Kreisky, der vor einigen Wochen in Washington die Lage seines Landes mit den Worten umschrieb: „Unsere geographische Position ist nicht gerade die einfachste", betonte jetzt, daß Entspannungspolitik in Europa nur bei einem Gleichgewicht der Kräfte möglich sei. Und daß die Sowjets es waren, die dieses Gleichgewicht durch ihre SS-20-Raketen massiv gestört haben.

Welcher deutsche Sozialdemokrat hat es in den letzten Monaten gewagt, eine auch nur annähernd so klare Position zu beziehen? Zwar betonte Kreisky höflich, er wolle nichts gegen Vogel sagen. Aber aus der Art und Weise, wie der Österreicher die Position Schmidts verteidigte, läßt sich unschwer erkennen: Von der Vogel-SPD hält Kreisky nicht allzu viel. Vielleicht veranlassen wenigstens die Worte des SPÖ-Chefs einige deutsche Sozialdemokraten zum Nachdenken.



Röslein spricht: Ich steche euch, denn ihr seid mir viel zu weich!
ZEICHNUNG HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Luther und das Protokoll

Von Günter Zehm

In Bonn ist das Ondit in Umlauf, die Staatsoberhäupter der drei lutherischen skandinavischen Königreiche hätten ihre Teilnahme an der zentralen Lutherfeier der „DDR" in Ost-Berlin davon abhängig gemacht, daß auch Bundespräsident Karl Carstens komme. Jetzt wird aus dem Bundespräsidialamt bekannt, daß Carstens einer Einladung Honeckers zu dieser Feier nicht folgen würde. Möglicherweise geht damit ein Wunschtraum der SED den Bach hinunter: Luther als Vorwand für eine Art politischer Ostseewoche mit allem weltlichen Gepränge; die skandinavischen Könige und Königinnen als Staffage für eine Machtdemonstration der mitteldeutschen Kommunisten vor den Augen einer festlich gestimmten Öffentlichkeit.

Erleichtert werden indessen vor allem viele gläubige Lutheraner in der „DDR" sein. Die kirchlichen Stellen drüben haben, soweit ihnen das möglich war, in der letzten Zeit immer wieder zu erkennen gegeben, daß ihnen im Lutherjahr gar nicht so sehr an allzu offiziellen Gästen aus dem Westen gelegen ist. Was sie ersehnen, sind schlichte, herzliche Begegnungen mit ihren Glaubensbrüdern aus aller Welt, kirchliche Feiern in Eisleben und Erfurt, in Magdeburg und auf der Wartburg, aus denen die Politik weitgehend herausgehalten werden soll. Falls der Bundespräsident sich darauf beschränkte, gleichsam als Privatmann an einem solchen Kirchenfest teilzunehmen, könnte das staatliche Protokoll sehr klein gehalten werden. Peinlichkeiten wären weniger wahrscheinlich.

Es hat sich ja leider herausgestellt, daß offizielle Besuche hochrangiger Politiker aus der Bundesrepublik im anderen Teil Deutschlands und auch in den übrigen Ostblockländern oftmals zu einer einzigen Serie von wohlprogrammierten Affronts geraten und daß der Schaden, der damit angerichtet wird, den eventuellen Nutzen weit übersteigt. So war es beim Besuch des Bundeskanzlers Schmidt Ende 1981, als der frei gewählte deutsche Regierungschef von Honecker faktisch zum Komplizen des polnischen Militärputsches gemacht wurde. So war es auch beim Besuch von Karl Carstens in Rumänien, als die Ceausescu-Leute im Stile von Güstrow ganze Stadtbevölkerungen unter Hausarrest stellten und der Bundespräsident ernsthaft einen Abbruch der Visite erwog.

Bonn sollte aus derartigen Vorgängen endlich einmal Lehren ziehen und sein Protokoll im Hinblick auf Staatsbesuche im Osten um einige Überlegungen bereichern. Die wichtigste Einsicht muß sein, daß Staatsbesuche einschließlich sämtlicher Protokollfragen von den Erben der „Großen Proletarischen Revolution" außerordentlich ernst genommen werden und daß man sich deshalb bei ihnen nicht die geringste Lässigkeit erlauben darf. Alles sollte vorher genau festgelegt und später bis in die letzte Einzelheit hinein befolgt werden. Die im liberalen Westen so beliebten „Abweichungen vom Protokoll", mit denen man „Herz" und individuelle Eigenart beweisen will, schlagen im Osten regelmäßig fehl.

Zweitens muß man jegliche Illusionen über die Generosität und Gutmütigkeit der Gastgeber aufgeben. Ein Staatsbesuch allein macht noch lange kein gutes Wetter, und ein Wolf wird noch lange nicht zum Lämmchen, nur weil man ihm behaglich bei Kaffee und Kuchen gegenübersitzt. Der Schmidt-Besuch geriet nicht zuletzt deshalb zur Katastrophe, weil die westlichen Protokollfachleute einfach nicht mit all den Hinterhältigkeiten, die dann über sie hereinbrachen, gerechnet hatten, weder mit der Abriegelung Güstrows noch mit dem klebrigen Schlußbonbon, das der Staatsratsvorsitzende dem düpierten Kanzler in den D-Zug nachreichte.



Keine offizielle Begegnung in Ost-Berlin: Honecker, Carstens, König Carl Gustaf von Schweden (hier beim Begräbnis Titos) FOTO: DPA

Daraus folgt drittens, daß man – wenn man schon nicht in der Lage ist, Verstöße der anderen Seite im Vorfeld zu verhindern – sie keineswegs im nachhinein sanktionieren darf. Ein Staatsbesuch ist kein Wert an sich, er ist Teil eines kontinuierlichen politischen Prozesses, und er kann umgelenkt oder abgebrochen werden, wenn die Kontinuität gefährdet wird. Man möchte es heute bedauern, daß Karl Carstens in Rumänien nicht seinem richtigen politischen Gefühl folgte, vorzeitig nach Hause zu fahren. Vielleicht hätte das eine reinigende Wirkung gehabt, und die neuesten Bukarester Repressalien gegen ausreisewillige Volksdeutsche wären unterblieben.

Ein Erscheinen des deutschen Bundespräsidenten auf der zentralen staatlichen Lutherfeier der SED wäre schon deshalb falsch, weil es dort von ideologisch-politischen Fallstricken nur so wimmeln wird. Kein noch so gutes Protokoll könnte das ausräumen. Martin Luther wird in Ost-Berlin von Honecker weder als Gottesmann noch als deutscher Patriot gefeiert werden; man wird vielmehr den „frühbürgerlichen Revolutionär" und den „Vorläufer des Sozialismus" hochleben lassen, und Carstens müßte sich bei jedem Cheerio fragen, ob er aus Höflichkeit in den Beifall einstimmen oder den Unfug doch lieber mit demonstrativem Schweigen übergehen sollte. Einer soliden neuen Deutschlandpolitik wäre damit gewiß nicht gedient, nicht einmal dem Wohlbefinden eventuell anwesender lutherischer Könige und Königinnen.

IM GESPRÄCH Ruiz-Mateos

Eine Biene entflog

Von Rolf Görtz

Rumasa ist nur denkbar durch die Persönlichkeit von José Maria Ruiz-Mateos, seinen kreativen Eifer ohne persönliche Ambitionen, seine Großzügigkeit, seine unantastbare Ehrenhaftigkeit, seine unglaubliche Arbeitskraft – ein kühner Unternehmer, der Irrtümer begehen kann, der aber niemals etwas Unmoralisches tun könnte."

Diese Charakteristik des gestürzten Herrschers über das größte Wirtschaftsimperium Spaniens – nach der staatlichen Holding INI natürlich – trifft gewiß zu. Freilich, aus dem Munde des Präsidenten des spanischen Bankenverbandes, Rafael Termes, klingt die unerbetene Laudatio wie der Spruch auf der Kranzschleife des Siegers auf dem Grab des endlich Besiegten. Denn einer der Irrtümer, vielleicht der schwerste Fehler, den der 52jährige Unternehmer beging, war der Griff nach der Grafenkrone im spanischen Bankwesen. Die Banken reagierten entsprechend unfreundlich gegenüber dem Außenseiter.

Das Haus, in dem Ruiz-Mateos 1928 geboren wurde, trug als einziges der armseligen, weiß gekalkten Gasse in dem andalusischen Fischerstädtchen Rota die vergitterten Fenster spanischer Achtbarkeit. Hinter diesen Fenstern schlug der junge José Maria Eltern, Geschwister und Nachbarn in endlosen Monopoly-Spielen. Und so wie beim Monopoly, so erwarb er später Stück für Stück seines Imperiums mit dem Würfel der Konjunktur. Auch dann noch, als der Boom des spanischen Wirtschaftswunders in der weltweiten Welle der Baisse unterging.

Ein Arbeiter, einer jener analphabetischen Philosophen, die dieses Land gelegentlich hervorbringt, lehrte den Jungen die unermüdliche Strebsamkeit der Arbeitsbiene zu achten. Und so erhob denn später der Konzernherr, der niemals Ferien oder Urlaub machte, der als strenggläubiger Katholik dennoch nicht die Sonntagsruhe einhielt, die fleißige Biene zum Symbol seines Reiches. Wabe für Wabe fügte



Nachruf aus der Bankenwelt: Ge- scheiterter Konzerngründer Ru- Mateos FOTO:

sich so zu dem mächtigen Biene- stock Rumasa: Weinvertriebsge- sellschaften, die erste Bank, ei- Kette von Selbstbedienungslä- Reedereien, Hotel- und Kaufha- ketten, Investmentfirmen, Grun- stücksmaklereien, Bauunterne- men, Banken, Handelshäuser was auch immer zu haben war.

Sein eigenes Haus füllte er m- dem Leben von dreizehn Kinder- Als Mitglied der Laienorganisatio- Opus Dei stellte er dennoch ein- wesentlichen Teil seines persönl- chen Einkommens der Kirche u- ihren Institutionen zur Verfügung Als Unternehmer hat sich Ruiz- Mateos übernommen. Nieman- zweifelt daran. Er nutzte gewi- auch die unvollständige Gesetzge- bung seines Landes aus und de- Zustand eines Staates, der nich- vergessen darf, daß die rigoros- Anwendung moderner Gesetze i- der Wirtschaft erst dann mögli- ist, wenn die wirtschaftliche En- wicklung dies auch erlaubt. Dav- aber ist Spanien noch sehr we- entfernt. Inzwischen hat Ruiz-Ma- teos sich entfernt. Er ist nach Lo- don gegangen, obwohl – noch – kein Haftbefehl wegen eines Ko- kursdelikts gegen ihn vorliegt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WALL STREET JOURNAL

Die New Yorker Zeitung bemerkt zum Wahlausgang:

Helmut Kohls entscheidender Wahlsieg bietet vielfältigen Anlaß zur Zufriedenheit. Der westdeutsche Wähler hat den dreisten Versuchen Jurij Andropows, die Wahl zu beeinflussen, eine deutliche Abfuhr erteilt. Die Sozialdemokraten sind für ihren Flirt mit der extremen Linken zu Recht gründlich bestraft worden. In einer kritischen Zeit bleibt eine erfahrene, ausgeglichene Mannschaft im Amt.

HAARETZ

Die israelische Zeitung kommentiert unter dem Titel: „Helmut Kohl – ein erfolgreicher Mann":

Bundeskanzler Kohl symbolisiert den „modernen Erfolg" in der deutschen Politik. Die Reihe seiner so eindrucksvollen Erfolge erlaubt die Vermutung, daß es sich hier nicht um einen grauen Politiker aus Ludwigshafen handelt, sondern um eine Person, die sehr schnell die Position eines Staatsmannes von höchstem Format erobert.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Zur Volkszählung meint das Essener Blatt:

Ganz sicher gäbe es den Widerstand gegen die Volkszählung in diesem Umfang nicht, wenn er von den Grün-Alternativen und ihren Medien-Helfern nicht als trefflicher Anlaß entdeckt worden wäre, Aufstand und Ungehorsam gegenüber der Allmacht Staat am praktischen Beispiel einzuüben. Man hat halt Phantasie in diesen Kreisen. Viel mehr Phantasie als in den Amtsstuben. Kein Mensch ist dort auf die Idee gekommen, daß eine Volkszählung Ängste wecken könnte. Es reicht eben nicht aus, so was im Gesetzblatt zu veröffentlichen. Man muß dem Bürger auch geduldig erklären, wozu so ein- Volkszählung gut ist und daß m- den Daten nicht Unrechtes g- schieht. Dazu ist immer noch Ze- Wenn die Leute wüßten, was s- gefragt werden sollen, hätten s- viel weniger Angst. Wird die Volk- zählung abgesagt, sieht es so au- als hätte der Staat ein schlechte- Gewissen.

Lübecker Nachrichten

Zur Neuwahl in Hessen kommentiert d- Zeitung:

Börner ist jedoch überzeugt, da- er gegenüber den Christdemokra- ten am längeren Hebel sitzt. Es i- in Wirklichkeit jedoch nur ein be- scheidenes Hebelchen. Denn i- den nächsten Tagen steht dem Re- gierungschef das Ringen um de- Landeshaushalt bevor. Eine Mehr- heit dafür ist unwahrscheinlich. Das geschäftsführende Kabinett könnte sich dann zwar über die Runden taktieren und Zeit gewinnen. Damit wird es sein Ansehen aber kaum aufbessern. Börner peilt Neuwahlen an, weil, wie er sagt, Hessen eine parlamentarisch abgesicherte Landesregierung braucht. Warum erst im Herbst?

DIE PRESSE

Das Wiener Blatt kommentiert Äußerungen Bruno Kreiskys nach der deutsch- Wahl:

Der SPÖ-Vorsitzende ver- band ... seine relativ herbe Kritik an den deutschen Genossen mi- der Feststellung, er habe in Sach- fragen mehr mit Franz Josef Strauß gemein, als man glauben sollte, abgesehen von der Tatsache, daß der Bayer „noch viel radikaler" für Kernkraftwerke eintrete als er, Kreisky. Daß der Bundeskanzler im gleichen Atemzug vehement für den Nachrüstungsbeschluß der NATO eintrat, ergänz- das Bild.

Die Sozialen Demokraten und ihre europäischen Erfahrungen

Welche Lehre ergibt sich aus Verstaatlichungs-Fehlschlägen und Wahlniederlagen? / Von Heinz Barth

Überall im In- und Ausland ist der Triumph Helmut Kohls als „sensationell" bezeichnet worden. Wir sind Optimisten genug, nicht zu glauben, daß dieser Sieg von Vernunft, Mäßigung und konzeptueller Klarheit, der dem erstaunlichen Differenzierungs-Vermögen der oft unterschätzten deutschen Wähler zu verdanken ist, eine Sensation genannt werden sollte. Es schmälert seine Tragweite nicht, wenn wir sagen, daß seine tiefere Bedeutung in der Entlarvung der inneren Schwäche der deutschen Sozialdemokratie liegt.

Denn es gibt die Mehrheit links von der CDU/CSU nicht, von der Willy Brandt nach der Hessenwahl sprach. Eine Mehrheit links von der Mitte hat es in der Bundesrepublik nie gegeben. Dieser Tatsache, die allein schon im Strukturwandel der Arbeiterschaft eine wichtige Ursache hat, trug die SPD ja auch in ihrer Godesberger Wende Rechnung.

Die Anpassung an die veränderten Umstände der Wachstums-Gesellschaft, die ihr dreizehn Jahre an der Macht eintrug, schien ihr zunächst leidlich zu bekommen. Nur widerfuhr ihr das Unglück, damit für die Soziologen, die Bürokratie-Kraxler, die gewerkschaftlichen Brettbohrer und die Fernsehmoderatoren attraktiver geworden zu sein, als es ihr zuträglich war. So fiel sie in die Hände von Leuten, die mit dem Sozialismus von Schrot und Korn nichts gemein hatten. Die Kanalarbeiter starben langsam ab. Die Neo-Sozialisten mit den geschlitzten Jacken rückten unaufhaltsam nach.

Das Debakel der SPD ist nicht ein Zufallsergebnis des 6. März. Es war schon fest eingeplant, seit sich Helmut Schmidt im Herbst zum Rücktritt entschloß, weil er keine Möglichkeit mehr sah, den tiefen Riß zu kitten, der sich zwischen den sozialdemokratischen Pragmatikern und den irrlichternden ideologischen Libellen aufgetan hatte. Gewiß spielte die Unberechenbarkeit des Wirtschafts- und Sicherheits-Programmes, das Hans-Jochen Vogel von den Linken aufgezwungen wurde, eine beträchtliche Rolle. Aber diese Niederlage hat tiefer liegende Wurzeln. Sie ist nur zum Teil hausgemacht. Sie bestätigt die existentielle Krise, die quer durch den europäischen Sozialismus läuft.

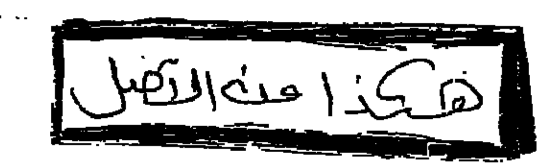
Weniger als zwei Jahre nach seinem Triumph von 1981 hat François Mitterrand jetzt zur gleichen Stunde wie Vogel bei der Entscheidung um die französischen Rathäuser einen Avis der sozialistischen Wähler erhalten, die ihm in Scharen davonliefen. Es war eine pünktlich ausgestellte Quittung für die Wirtschaftsmisere, zu der die Politik der Verstaatlichungen führte. In jeder fortgeschrittenen Industrie-Gesellschaft hat die Masse der Arbeitnehmer und der Klein-Betriebe einen Status erlangt, für den soziale Sicherheit ein vordringliches Problem ist. Das erklärt, warum in Nordrhein-Westfalen viele SPD-Anhänger, auch und gerade Arbeiter, die CDU wählten. Das erklärt auch, warum von Mitterrands Ministern sieben bei den Kommunal-Wahlen durchfielen.

Und das erklärt ferner, warum Labour sich eine Wahlniederlage nach der anderen einhandelt. Die Ideologen begannen mit ihrem Zerstörungswerk an der britischen Arbeiterpartei früher als die kontinentalen Sozialisten. Demgemäß ist hier der Prozeß der Auflösung am weitesten fortgeschritten. Die Abwanderung zur sozialliberalen Mitte muß sich unweigerlich beschleunigen, sobald Margaret Thatcher die Zeit für gekommen hält, Neuwahlen anzusetzen.

Eine offene Frage ist auch, wie lange sich Spaniens Sozialisten der absoluten Mehrheit erfreuen werden, die sie im Oktober eroberten. Dem gemäßigten Premierminister Felipe Gonzalez droht nicht nur von demagogischen Gewerkschaftsführern Gefahr, wenn er überspannte Erwartungen der Massen nicht erfüllen kann. Er hat in seinem Vizepräsidenten Guerra, den er nur mühsam zum Eintritt in die Regierung überreden konnte, einen Gegenspieler im eigenen Kabinett, der zu den entschiedenen Systemveränderern gehört.

Die Spaltung des Sozialismus in Pragmatiker und Systemveränderer ist ein europäisches Phänomen. Überall zeigen sich Risse im Gemäuer, die kein marxistischer Mörtel mehr verkleistert. Willy Brandt ist auf der falschen Fährte, wenn er meint, die SPD durch die Integration der Grünen und des verlorenen KP-Haufens wieder mehrheitsfähig machen zu können. So ist die Einheit der sozialen Demokratie nicht zu bewahren. Den Randgruppen auf der äußersten Linken fällt vielmehr die Aufgabe zu, als Auffangbecken für die nicht integrierbaren Kräfte des Sozialismus zu fungieren. In den Ländern, denen diese Kläranlage fehlt – England, die Bundesrepublik, neuerdings auch Spanien – schreitet die Gangräne des gemäßigten Sozialismus unaufhaltsam fort.

Es gibt keinen Ersatz für den Druck von links, der die Einheit der Sozialdemokratie zusammenhält. Doch diese Erkenntnis ist den Männern noch nicht aufgegangen, die heute in der SPD das Sagen haben. Solange sie den Weg zurück nach Godesberg nicht finden, wird die Reise durch den Wüstensand der Opposition für sie zu einer langen und beschwerlichen Wanderung werden.



Ein Plädoyer für die Volkszählung

on MATTHIAS WALDEN

Neulich brach in mir ein Verdacht gegen mich selbst auf, der schon lange gekeimt hat- ...ungslos anachronistisch ...arglos und töricht dem ...trauend, der mich mit ...chem bedroht. Bin ich ...angelnde Sensibilität ge... höchsten Risiken wehrlos ... Gefahren und Perfidien aus...

... dem Stichwort „Daten...“ stelle ich eine offenbar ... zeitungemäße beziehungs...se unzeitgemäße gähnende ...geweile und, wie mir signali...rt wird, masochistische Gleichtigkeit an mir fest.

...s interessiert mich nicht: Ob, ..., wie und mit welchem Ziel von ... Geburtstag, Geburtsort, Kör...größe, Gewicht, Haarfarbe, ...rdegang, Abstammung, Mei...ngsäußerungen, Zigarettenkon...n, Reiseziele oder Vergleichba... gespeichert oder ausgewertet ...rden.

...llenfalls erstaunt mich die Be...ptung, ich könnte irgendwel...en staatlichen Instanzen so ...htig sein, daß sie sich alle diese ...he mit mir machen. Die Absicht ... fragefreudigen Volkszählung ...cheint mir als sinnvoll, und statt ...mit der Zeit gehend – blankes ...setzen vor ihr zu empfinden, ...e ich überhaupt nichts gegen ... einzuwenden.

...ur eine angemessene Bescheiheit oder Zeitnot könnten mei... Auskunftsbereitschaft begren... Blutgruppe, Rhesusfaktor, ...rpergewichtszu- oder -abnahme, ...s immer man meint wissen zu ...en, stelle ich gern zur Verfü...g. Und ich frage mich ohne die ...ance, mir das beantworten zu ...nen, wie solches oder ähnli...s eigentlich jemals gegen mich ...wendet werden könnte und ...um das jemand wollen sollte.

...ahrscheinlich muß ich mich ...rgwöhnen, für eine bedenkli... Bereitschaft zur Selbstpreisga... prädestiniert zu sein, die sich ... drastischsten darin ausdrückt, ... ich auch nahezu unempfind... gegen das gerichtlich geneh...gte Abhören meines Telefons ...re, falls es jemals zu einem ent...echenden Verdacht gegen mich ...mmen sollte. Ich habe nichts zu ...bergen. Im übrigen lege ich – ...ch das ist, wie ich weiß, ein ...limmer Affront gegen den Zeit...st – sogar Wert darauf, daß drin...d Tatverdächtige bei gravieren...n Risiko für die Sicherheit des ...ates oder bei Gefahr für Leib ... Leben anderer, möglichst un...züglich telefonisch angezapft ...den. Alarmiert wäre ich, wenn ... annehmen müßte, daß diese ...nahme eines Tages absolut un...etzlich und überhaupt nicht ...hr möglich sein sollte.

...espeicherte Zahlen ...ren mich nicht“

...h bin es gewöhnt, mein Ein...mmen der Steuer Jahr für Jahr ...nzulegen – zwar mit jenem un...baren Zähneknirschen, das ...nschlich und daher verbreitet ... aber doch auch einsichtig im ...ne der Unumgänglichkeit. Daß ...se Zahlen gespeichert werden ... aus irgendwelchen Computer...hirnen wieder abrufbar sind, ...rt mich nicht im geringsten. ...len muß ich ja sowieso.

...och niemals kam ich bei Befra...gen für statistische Zwecke auf ... Gedanken, nach einem Daten...utzmann zu rufen. Was ich ...ht sagen will, sage ich ohnehin ...ht und was als Auskunft von mir erzwungen werden kann, erscheint mir im Labyrinth der EDV als unerheblich.

In den Augen besorgter Datenschützlinge wird es wahrscheinlich als Perversion gelten: Ich fühle mich auf eine beglückende Weise frei in der Ordnung, in der ich lebe und die ganze Datenspeicherei könnte mir einzig und allein dadurch suspekt werden, daß ich einen vermeidbaren Kostenaufwand zu Lasten der Steuerzahler fürchte, wenn die Computer überfüttert werden.

Günter Grass hat einen Entsetzensschrei ausgestoßen: „Diejenigen, die während der letzten Jahre Anlaß zum Protest sahen“, könnten gewiß sein, „daß ihr Protest in Wort und Bild gespeichert, also abrufbar ist.“ Allein schon von Berufs wegen sah auch ich in den vergangenen Jahren Anlaß zu manchem Protest, doch wäre es mir eine Ehre, wenn ich wüßte, daß er der Speicherung oder gar – noch besser! – des häufigen und langfristigen Abrufes für wert befunden würde. Das würde mir als Datenbankguthaben erscheinen, Prestigezinsen abwerfend: Vermehrung des Protestkapitals.



500 000 Volksbefrager sollen 36 Fragen stellen
FOTO: FOTOREPORT

Natürlich hat Günter Grass eine bestimmte Richtung des Protestierens im Auge, zu der ich weniger neige. Dort aber, wo er Bedrohlichkeit durch Datenspeicherung wahrnimmt, ist etwas anderes Bedrohliches längst erwiesen: Proteste bei Straßendemonstrationen führten oft zu Tumulten, glitten ins Kriminelle ab, eskalierten zu Gewalttätigkeit und führten durch anfangs harmlos erscheinende Vorstadien in manchen Fällen bis auf die Friedhöfe. Terror ist nur wirksam zu bekämpfen, wenn seinen Anfängen gewehrt wird, und mir ist jeder überflüssige Speichervorgang und jedes substanzlose Abrufen solcher Daten lieber als ein einziger krankenhausreif oder gar zu Tode Gebombter, zumal ich einsehe, daß tausend Daten gespeichert werden müssen, um zwei zur Abwendung von Unheil wichtige zu finden.

Unheimlich, ja Anlaß zu schärfstem Protest wäre für mich nur, wenn es zu nachgewiesenem Datenmißbrauch käme. Gesinnungsschnüffelei mit nachteiligen Folgen für einen unschuldig datengespeicherten Bürger hätte bei mir ein unverzügliches Erwachen aus vermeintlicher Daten-Lethargie zur Folge. Doch im Bereich solcher Unrechtsvermutung habe ich noch nichts wirklich Greifbares und Schwerwiegendes erfahren.

Abscheu bei den Datenschutz-Bewußten wird erregen, daß ich Einzelfälle von Mißbrauch, die entsprechend geahndet würden, nicht ganz ausschließe und dennoch denke, man dürfe den Nutzen der EDV-Technik zum Schutze der Bürger nicht in der Regel preisgeben, nur weil die ungute Ausnahme sich einmal ereignet hätte. Es gibt ja Datenschutzgesetze, die aus meiner Sicht von imponierender Strenge sind.

Es drohe, so führte Günter Grass es der Öffentlichkeit vor Augen, „ein neues, lautloses, ein zuverlässig dienstbares System, das vorgibt, den Bürger zu schützen, indem es ihn entmündigt“.

Da bin ich nun wiederum überhaupt nicht auf der Höhe der Zeit, denn ich frage mich, wieso Daten, die von mir gespeichert werden, zu meiner Entmündigung führen? Es fehlt mir, so muß ich gestehen, an Phantasie, die Datenbanken als Folterbank des Intimen oder als Schlachtbank der Menschenwürde zu erkennen. Ich bin bereit, Günter Grass so weit zu glauben, daß auch über ihn schon eine Unzahl von Daten irgendwo gespeichert und abrufbar ist. Doch konnte er, der Mündige, seine Warnung, seinen Protest, ja sogar seinen Aufruf zum Widerstand vor aller Augen und Ohren darbieten, ohne durch Mikroprozessoren und deren tückische Handhaber in seiner Freiheit auch nur andeutungsweise beeinträchtigt zu sein.

Es fürchtet, daß die „Omnipotenz“ dieses „Systems“ die „Demokratie zu Tode schützen könnte“. Omnipotenz? Allmacht solcher Art ist nur in Diktaturen und Despotien anzutreffen. Speicherung der Bürgerdaten hebt doch die Grundrechte bei uns nicht auf, nicht einmal die Gesetze oder Verordnungen. Aus der Sicht derer, die sich ständig verfolgt und gefährdet sehen und sich damit ihr Leben vermiesen, erscheint es sicherlich als aberwitzig: Ich ertappe mich bei einem ungebrochenen Vertrauen in unseren Rechtsstaat, dessen Unvollkommenheiten ihn mir nicht weniger glaubwürdig erscheinen lassen als seine Perfektionen.

Grass sprach von einem „hysterischen Sicherheitsbedürfnis“ und meinte nicht das seine, sondern fürchtet sich vor „Rasterfahndung, Datenbank, Lauschangriff“ und dem „elektronisch abtastfähigen Personalausweis“. Letzterer ist bei mir und gewiß auch bei ihm in Ordnung und meiner möge abgetastet werden, so oft die Fahndung nach Gewalttätern das nützlich erscheinen läßt. Was ist los mit mir? Bin ich ein Untertan, eine Spät- und Fehlzündung vergangener Epochen?

Der „Übereifer des Staates“, von dem Grass spricht, hat viele Gewaltverbrecher dennoch nicht verhindern können, was mir die Vermutung nahelegt, das Raster könnte immer noch nicht eng genug, die Datenbank nicht ausreichend gespeist, mancher Lauschangriff fahrlässig versäumt worden sein. Ob mein Ausweis bei einem Grenzübertritt oder bei einer Flugreise vom Kontrollierenden intensiv betrachtet oder von einem Gerät abgetastet wird, ist mir völlig egal. Das Abtasten ziehe ich sogar vor, weil es Zeit spart – vor allem die meine.

Freiheitliches Wohlgefühl plus Sicherheitsempfinden

Man habe, so meint Günter Grass in seiner elektronisch bedingten Atemnot, der Sicherheit den Vorrang vor dem Recht des Bürgers auf Schutz seiner Persönlichkeit gegeben. Was aber nützte mir der Schutz meiner Persönlichkeit vor einem Datenspeicher, wenn meine Sicherheit dadurch vernachlässigt würde? Vor die Wahl gestellt, meinen Ausweis elektronisch abtasten zu lassen oder im Düsenclipper plötzlich einem Maskierten mit einer Handgranate gegenüberzusitzen, entscheide ich mich ohne zu zögern oder nach meiner staatsbürgerlichen Würde zu fragen für den Ausweis-Computer. Auch schonungslose Selbstprüfung führt mich zu keinem anderen Resultat als einem freiheitlichen Wohlgefühl plus weitgehendem Sicherheitsempfinden.

Hingegen hege ich die mitmenschliche Vermutung, daß die Mikroneurotiker auf ihrer panischen inneren Flucht vor den Datenbänken ein beklagenswertes Leben führen. Es ist wahrscheinlich ein herbes Los, sich immer verfolgt zu fühlen, selbst dort, wo nur Name, Geburtsdatum und Wohnadresse gespeichert und gegebenenfalls abgerufen werden. Abhilfe erscheint mir jedoch als kaum erfindlich. Die Vorführung meiner eigenen Gelassenheit, ja Fröhlichkeit angesichts der Daten-Prozeduren, wird die Leiden der psychisch und autosuggestiv EDV-Geschädigten nicht nur nicht lindern, sondern – was mir aufrichtig leid tut – sogar vermehren: Mangelndes Feingefühl gegenüber den staatlichen Elektronenrechnern steigert, so nehme ich an, in ihren Augen das Risiko. Denn wir alle miteinander müßten ja, so wie sie es sehen, unverzüglich Widerstand leisten. Da fehlt ein jeder, der sich dafür überhaupt nicht interessiert, oder gar gewillt ist, die zu erwartenden harschen Einwände gegen sein Bekenntnis der Daten-Ignoranz, lächelnd zu übergehen.

Und da Datenschutz für mich nicht primär Schutz vor Daten, sondern Schutz durch Daten ist, würde ich mich gern als Datengeisel zur Verfügung stellen: mit der Bereitschaft, doppelt so viele Daten über mich speichern und dafür die des Günter Grass aus den Computern tilgen zu lassen. Nur fürchte ich, die Behörden und er selbst würden so humorlos sein, sich darauf nicht einzulassen.



Ein Blick in die Zukunft auf der ITB: Der Urlaub wird per Bildschirm gebucht
FOTO KLAUS MEHNER

Der Reisezug gerät ins Stocken

Von G. BRÜGGEMANN

Die Internationale Tourismus Börse (ITB) in Berlin, große Schau des Fernwehs und der Urlaubssehnsüchte, erweist sich auch in diesem Jahr als ein Erfolg. Während die einst rasanten Zuwachsraten im Reiseverkehr sich auf Stagnationsniveau abgeschwächt haben, schlägt die Berliner Messe noch einmal Rekorde. 1620 Aussteller aus 118 Ländern stellen sich und ihr Urlaubsangebot bis Freitag noch in den Hallen unter dem Funkturm aus. Mehr als 14 000 Fachbesucher erwartet die Messeleitung und dazu viele tausend Berliner, die sich für acht Mark Eintritt vom künstlichen Südseezauber beeindrucken lassen können oder auch nur an den Ständen von Harz und Bodensee das Pensionszimmer für die Sommerfrische buchen wollen.

Die Tourismus Börse ist allerdings mehr als eine reine Schau zum Vergnügen der Berliner. Hier präsentiert sich ein Wirtschaftszweig, der im vergangenen Jahr weltweit rund 650 Milliarden Dollar umsetzte, ein Wert, der im Welthandel nur vom Erdöl übertroffen wird und größer ist als die Summe aller militärischen Ausgaben. Auch auf diese Weise dokumentiert der Tourismus sich eindrucksvoll als höchst zivile Invasion. Für viele der 118 Länder, die sich in Berlin präsentieren, sind die Einnahmen aus dem Tourismus eine wichtige und oft die einzige Devisenquelle.

Vierzig Milliarden Mark für Urlaub im Ausland

Daß solch wichtige Ausstellung nunmehr schon zum 17. Mal in der alten deutschen Hauptstadt stattfindet, hat seinen guten Grund. Neben den Amerikanern sind die Deutschen die größten Geldausgeber für Urlaubsreisen. Rund 40 Milliarden machten deutsche Urlauber im vergangenen Jahr für ihre Ferien allein im Ausland locker. Das waren allerdings zwei Prozent weniger als noch im Jahr zuvor. Insgesamt, so scheint es, ist die Zeit der rasanten Wachstumsraten im internationalen Tourismus vorüber. „Er verharrt auf hohem Niveau“, stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer Analyse anläßlich der ITB fest. Langfristig aber bleibe der Tourismus eine Wachstumsbranche.

Solche Zukunftschancen freilich trösten selten über die Misere der Gegenwart hinweg, die nun auch in die einstmals so heile Welt der deutschen Reiseindustrie eingebrochen ist. Eine Branche, die sich jahrzehntelang um das Auf und Ab von Konjunktur und Beschäftigung praktisch nicht zu kümmern brauchte, sieht sich plötzlich mit den ökonomischen Realitäten konfrontiert. Fragt man die Manager der großen deutschen Tourismus-Firmen nach dem Geschäftsverlauf in diesem Jahr, so zeigen sie branchentypischen Optimismus, um dann im Hinterzimmer ihrer Messestände unfeine Kraftausdrücke zu gebrauchen, um den schlechten Stand der Dinge anschaulich und wahrheitsgemäß zu beschreiben.

Diese Entwicklung ist allerdings nicht wie ein Naturereignis hereingebrochen. Die Reise-Intensität ließ schon im vergangenen Jahr nach, wie die Lust auf teure Auslandsreisen. Das bedeutet nicht, daß das Urlaubsvergnügen seinen Spitzenplatz in der Prioritätenliste der Konsumwünsche verloren hätte. Aber die Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit hat sich spürbar vergrößert. Davon scheinen in diesem Jahr offenbar besonders die Reiseveranstalter betroffen zu sein, deren Geschäft im vergangenen Jahr schon um 2,5 Prozent schrumpfte. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres kam es zu ganz unerwarteten Buchungsausfällen für den kommenden Sommer, die nach einer Schätzung der angesehenen Fachzeitschrift „FVW – Fremdenverkehr International“ zweistellig sein sollen. Auf das ganze Jahr gesehen, rechnet das Blatt mit einem Rückgang von rund acht Prozent.

Auf den Ständen und in zahllosen Sitzungen, Konferenzen, Parties, die zur offenbar unvermeidlichen Begleitung großer Messen gehören, war dies denn auch der wesentliche Gesprächsgegenstand. Werden späte Bucher die frühen Rückstände ausgleichen können? Große Hoffnung setzten die Tourismus-Manager auf den Wahltag am 6. März. Viele potentielle Kunden, so meinten sie – um eine exogene Ursache für den unerklärlichen Geschäftsverlauf zu finden –, hätten in Unsicherheit über den Wahlausgang die Urlaubsentscheidung, die früher immer schon im Januar oder Februar fiel, noch aufgeschoben. Es handele sich dabei doch schon von den Summen her, um die es geht, um eine bedeutende Familieninvestition. Und tatsächlich meldete das Deutsche Reisebüro aus seiner Frankfurter Zentrale an den Berliner Messestand, die ersten Tage dieser Woche hätten die höchsten Buchungsergebnisse des Jahres gebracht.

Für die Reisemanager sind solche Kenntnisse über die erwartete Kundenzahl nötig und wichtig, damit sie rechtzeitig entscheiden können, wieviel Kapazität sie vorrätig halten müssen. Sie chartern ja lange im voraus Flugzeuge und belegen Hotelbetten, die sie bezahlen müssen, wenn sie sie nicht rechtzeitig abbestellen. Bei den Fluggesellschaften können Verträge mit vier Wochen Frist gekündigt werden. Manche Fluggesellschaften, von denen die meisten ohnehin rote Zahlen schreiben, haben sich von den Veranstaltern schon „ins Risiko nehmen lassen“, wie das Malte Bischoff, Geschäftsführer der Lufthansa-Tochter „Condor“, nannte, das heißt, daß sie auch kürzere Kündigungsfristen akzeptieren als die vereinbarten. Sie fürchten dennoch umfangreiche Kündigungen, wenn die Urlaubsbucher nicht in den nächsten Wochen in Scharen in die Reisebüros laufen.

Das Geschäft mit dem Urlaub ist deswegen so riskant, weil es sich bei der Ware Ferien um eine höchst verderbliche Sache handelt. Sie ist nicht lagerfähig. Ein Sitz in einem Flugzeug, der beim Abflug leer ist, ein Hotelbett, in dem nicht geschlafen wird, können nicht noch einmal belegt werden. Würden sie nicht beizeiten abbestellt, müssen sie verlustreich bezahlt werden oder sie werden in Sonderangeboten verschleudert, was oft genug vorkommt.

Die Hochsaison bereitet besondere Probleme

In diesem Jahr aber rechnet kaum jemand mit einem größeren Spätbuchergeschäft, auch wenn Paul Lepach, Chef der Touristik Union International (TUI), die mit ihren Marken wie Touropa, Scharnow, Tigges, Hummel oder Transeuropa der größte Anbieter am deutschen Markt ist, dazu sagt: „Zusammengezählt wird erst am Jahresende.“ Und sein Kollege Dieter Mussler vom zweitgrößten Anbieter NUR Touristik ergänzt, das Jahr habe doch gerade erst angefangen.

Aber hier ist wohl nicht nur konjunktureller Einfluß wirksam. Die Zurückhaltung der Kundschaft, die den Tourismus-Managern schon manche schlaflose Nacht bereitet hat, ist nämlich strukturiert und wird wohl auch dann noch Kummer bereiten, wenn die Zeiten wieder besser sind. Es wird ziemlich übereinstimmend davon berichtet, daß sich Vor- und Nachsaison recht gut verkaufen ließen. Gemieden wird bisher die Hochsaison; das ist im wesentlichen die Zeit der großen Schulferien, die Reisezeit der Familien. Hier wird ein Strukturproblem der Branche sichtbar, für das es noch nicht einmal im Ansatz Lösungsmöglichkeiten gibt: die Unfähigkeit der Veranstalter, familiengerechte Angebote zu machen. Und Wolfgang Matz, Geschäftsführer von Hapag-Lloyd Reisebüro GmbH, räumt denn auch ein: „Da könnte was dran sein.“

Aber noch ein anderes Problem macht den Reisefirmen in diesem Jahr Sorgen: Die stark verbesserte Nachfrage nach Automobilen signalisiert ihnen ein vermindertes Geschäft. Sie wissen aus Erfahrung: wer sich einen neuen Wagen gekauft hat, will damit auch erst einmal in die Ferien fahren. Bei den heutigen Autopreisen hat er für eine andere Art der Urlaubsreise ohnehin meist kein Geld mehr.

Grüne blieben vor Gericht ohne Erfolg

BERND LAMPE, Kiel

Kurz vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl zogen die Grünen erst einmal vor Gericht, um, wie sie meinten, ihre Ausgangsposition für den kommenden Sonntag zu verbessern. Sie wollten auf dem Wahlzettel nicht auf Platz sieben, sondern an vierter Stelle stehen. Wenige Tage vor der Wahl wies das Oberverwaltungsgericht Lüneburg die Beschwerde zurück.

Vor den Grünen auf Rang sechs steht die „Demokratische Grüne Liste", in der sich die ökologisch Gesinnten zusammenfanden, die wie das einstige Aushängeschild der Grünen, Altbauer Baldur Springmann, der Partei nach dem Linksruck den Rücken kehrten. Auch gegen die „Demokratische Grüne Liste" klagten die Grünen vergeblich. Sie wollten das „Grün" im Namen der Konkurrenzpartei gestrichen sehen.

Dabei ist sich die Partei „Die Grünen", die im Grunde aus zwei Organisationen besteht, selbst nicht grün. Nach monatelangen Geburtswehen fusionierten „Die Grünen" mit der „Grünen Liste Schleswig-Holstein" (GLS-H) in letzter Minute Mitte Dezember vorigen Jahres. Unter dem Dach „Die Grünen" blieben die Parteien „Die Grünen" und die „Grüne Liste Schleswig-Holstein" als eigenständige Arbeitsgemeinschaften bestehen.

Der Zweckehe wurde der Krankenschein gleich mit in die Wiege gelegt. Zu groß sind die ideologischen Unterschiede zwischen der linken Partei „Die Grünen" und den gemäßigteren ökologisch Geprägten der „Grünen Liste", die schon 1978 in die Kreistage von Steinburg und Nordfriesland an der Westküste einzog. Als der Geschäftsführer der Grünen, Jürgen Oetting, nach diesen Querelen im Dezember 1982 seine Partei verließ, stellte er fest, eine Fusion sei „eine einzige Lüge und taktisch kalkulierbarer Wählerbetrug".

Die alten Gegensätze, die in den Fusionsverhandlungen so stark aufeinanderprallten, daß es auf einem gemeinsamen Parteitag zu tumultartigen Szenen und Beschimpfungen kam, bestehen noch immer. Auch die Feststellung eines Delegierten, der sagte: „Von 100 wissen doch nur noch drei, was hier läuft", gilt noch heute; denn die mühsam erarbeitete gemeinsame Wahlplattform enthält mit ihren Kompromissen viel Sprengstoff für die Anhänger beider Richtungen, der mit Sicherheit nach der Landtagswahl gezündet wird.

Sollten „Die Grünen" in den Kieler Landtag einziehen, wollen sie ein Bündnis, aber keine Koalition mit der SPD anstreben. Sie kündigten auch an, daß sie einen schriftlichen Tolerierungsvertrag einer eventuellen SPD-Minderheitsregierung ablehnen. Die Frage, ob die Grünen am Sonntag die Fünf-Prozent-Hürde überspringen können, gilt als offen. Sie erhielten bei der Bundestagswahl zwischen Nord- und Ostsee 3,4 der Erst- und 5,2 Prozent der Zweitstimmen.

Engholm und Probleme mit der eigenen Partei

Sozialdemokraten schlagen vor der Wahl maßvolle Töne an

WILM HERLYN, Neumünster

Der Frage nach einem möglichen Bündnis mit den Grünen weicht Björn Engholm aus. Für den schleswig-holsteinischen Spitzenkandidaten der SPD stellt sich das Problem so nicht. Er hält es lieber mit Hans-Jochen Vogel, der seinen Kontrahenten Helmut Kohl in der „Elefanten-Runde" im Fernsehen vor der Bundestagswahl auch ohne Antwort ließ. Forscher geht es da der Oppositionschef im Kieler Landtag, Klaus Matthiesen, an: „Die Grünen sind eine Gefahr für die Stabilität des parlamentarischen Systems."

Diplomatisch dagegen verhält sich der Landesvorsitzende Günther Jansen. Der rechnete jetzt mit Bezug auf die Bundestagswahlen vor: Die CDU habe mit rund 812 000 Zweitstimmen ihre Möglichkeit voll ausgeschöpft, die SPD sei mit 730 000 Stimmen unter dem Erreichbaren geblieben – aber: SPD, Grüne und FDP insgesamt hätten es auf 940 000 Stimmen gebracht. „Ein großes Wählerpotential", frohlockte er am späten Dienstagabend in der Holstenhalle zu Neumünster an der Seite von Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, „groß genug, um die 33jährige Herrschaft der CDU in Kiel zu brechen."

Der mögliche Koalitionspartner in spe, die Nord-FDP unter Uwe Ronneburger, hörte solche Töne höchst ungern, wenn Sozialdemokraten so selbstherrlich mit liberalen Wählerstimmen umgehen. Denn auch die FDP muß um jede Stimme kämpfen und sagen, nur ihr Wiedereinzug in das Parlament an der Kieler Förde sichere Björn Engholm auch den Stuhl des Ministerpräsidenten.

Ob Engholm, Jansen oder Schmidt – sie alle betonen, wie schwer sie die Niederlage in Bonn getroffen hat. Da steckt aber nicht nur Bekennermut dahinter, sondern auch taktisches Kalkül. So zieht denn der ehemalige Bundeskanzler – nicht nur auf dem heimischen Klavier ein Könner – meisterhaft die Harmonielehre hervor. Er erinnert an die 120 Jahre alte Geschichte der Sozialdemokraten, zitiert Lassalle und Bebel, rührt an den Stolz mit Erinnerungen an schleswig-holsteinisches Urgestein wie den früheren Kieler Oberbürgermeister Andreas Geyk (Schmidt: „Welch eine sozialdemokratische Potenz!"). Und schließt in die Hymne sogleich „meinen Minister ein, den Björn Engholm – norddeutsch, direkt, notfalls querköpfig, loyal, kein Jasager, ein Mann ist das, ein standfester Kerl".

Da rücken die tausend Anhänger in der Holstenhalle noch ein bißchen näher zusammen und schwellen über vor Stolz. Das ist die Stimmung, die die Sozialdemokraten zwischen Ost- und Nordsee für den 13. März brauchen.

Aber so unscharf das Fotoporträt des Spitzenkandidaten ist, der auf vieltausend Wahlplakaten pfeifekauend nachdenklich-sinnend auf die Bürger schaut, so unscharf die Bewertung einer rot-grünen Koalition in der SPD selbst ist, so uneinsichtig ist die Partei auch in anderen Fragen. Etwa in Sachen Schule: Ausgerechnet auf dem Spezialgebiet Engholms, dem ehemaligen Bundesbildungsminister, spricht sie mit vielerlei Zungen. Engholm sagte zu, er wolle zwar die Gesamtschule als gesetzliche Regelschule, aber wo Streit darüber aufflammen sollte, da wolle er dann doch lieber verzichten. Vier Gesamtschulen wolle er errichten. Aus dem Munde des SPD-Schulexperten im Landtag, Joachim Lohmann, hört sich das ganz anders an: Der forderte ganz unverblümt gleich zwölf Gesamtschulen und handelte sich damit eine scharfe Zurechtweisung Engholms ein.

Schwierigkeiten hat Engholm auch mit seiner Schattenmannschaft. Außer dem Finanzexperten Kurt Hamer und Klaus Matthiesen kennt keiner im Land die übrigen



vier Damen und die beiden Herren. „Als Touristen herzlich willkommen", unkt Wirtschaftsminister Jürgen Westphal (CDU). Engholm weicht landespolitischen Themen eher aus, als daß er sie aktiv anpackt.

Die SPD im nördlichsten Bundesland, durch die noch der Geist von Jochen Steffen weht, schlägt eher maßvolle Töne an: Die „politischen Leitlinien", im vergangenen Sommer formuliert, werden im Wahlkampf kaum erwähnt. Die harschen Forderungen nach „sofortigem Einfrieren des Verteidigungshaushaltes, Verstaatlichung der Schlüsselindustrie oder langfristiger Ausstieg aus der Kernenergie" wurden schon im Programm zur Landtagswahl entschärft – was nicht heißt, daß die Kieler Genossen sie vergessen hätten. Aber offensichtlich erscheint es ihnen jetzt nicht opportun, die Bürger mit solch überspannten Forderungen zu verschrecken.

Im Gegenteil: Selbst die Sozialdemokraten reden nicht mehr laut von einer Stillegung des Kernkraftwerkes Brunsbüttel oder über einen Baustopp des KKW Krümmel – und sogar Brokdorf soll an das Netz angeschlossen werden, wenn „die Entsorgung gesichert ist und sofern der Strom überhaupt gebraucht wird".

Solche Formulierungen entsprechen der Denkart des Björn Engholm, eines Realisten links der Mitte. Dem 43jährigen ist bewußt, daß ihm nach dem 13. März eine schwere Zeit bevorsteht: Die Auguren sagen voraus, daß er nicht Regierungschef wird, sondern von der kommenden Woche an die harte Bank der Opposition drückt.

Rommel: Datenschutz nur Vorwand

Experten betonen Notwendigkeit der Volkszählung / Name wird nach Zählung gelöscht

Von E. NITSCHKE

Mit keiner Volkszählung hat man sich bisher in Deutschland so schwergetan, wie mit der, die nach dem Beschluß des Bundes-Kabinetts nun, wie vorgesehen, am 27. April 1983 über die Bühne gehen soll.

Der Anlauf der Bundesregierung begann im Herbst 1978 mit dem „Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung", in dem ein Zählungstermin 20. Mai 1981 vorgesehen war. Vom Bundestag wurde das Gesetz, über alle Parteien hinweg, einstimmig verabschiedet.

Auch der Bundesrat war einstimmig der Auffassung, daß dieses Gesetz notwendig und unverzichtbar sei. Kern der beginnenden finanzpolitischen Auseinandersetzung war die Frage, ob der Bund sich nach Artikel 106 des Grundgesetzes, der die finanzielle Beteiligung bei Mehrbelastung der Länder durch Bundesgesetze regelt, an den Kosten „angemessen" beteiligen müsse.

Fast fünf Jahre lang währte der Kampf. Ende 1979 wurde vom Bundesrat der Vermittlungsausschuß angerufen, der eine Finanzzuweisung von 4,30 Mark je Einwohner an die Länder und Gemeinden empfahl, was der Bund ablehnte. In der Folgezeit wurden, um die Kosten zu senken, zehn „Kürzungsmodelle" entworfen, die teilweise so radikal waren, daß das Ziel einer Volkszählung mit diesem knappsten Fragegut nicht mehr erreichbar schien.

Zu Beginn der 9. Legislaturperiode des Bundestages versuchte man es erneut, diesmal war der Zählungstermin 19. Mai 1982 vorgesehen, wieder vergeblich. Der Innenausschuß des Bundestages sprach sich dann am 28. Oktober 1981 für ein „reduziertes Zählungsprogramm nach Modell IA" aus. Im März 1982 schließlich wurde das Volkszählungsgesetz im Bundestag mit den Stimmen aller Parteien verabschiedet. Der Bund sagte den Ländern Finanzhilfe zu: Für jeden Einwohner erhalten sie 2,50 Mark. Bei Gesamtkosten, die die geschätzten 371 Millionen Mark sicherlich, wenn auch wenig, übersteigen werden, bleiben für Länder und Gemeinden noch genug Eigenkosten übrig. Aber auch sie brauchen dringend zur Planung aktuelle Zahlen und Fakten – die sogenannte „Fortschreibung" der Zahlen der letzten Volkszählung von 1970 ist voller Tücken.

Eine Million „Schwund"?

So hat schon diese letzte Zählung erwiesen, daß in der Bundesrepublik Deutschland 860 000 Personen weniger lebten, als das die Statistik damals auswies und als man es per „Fortschreibung" glaubte sagen zu können. Bei einer Wohnungszählung von 1968 ergab sich ein Fehlbestand von 714 335 Wohnungen gegenüber der „Fortschreibung" der vorhergegangenen sieben Jahre. Wenn heute von einer Bevölkerungszahl von 61 Millionen Einwohnern in der Bundesrepublik ausgegangen wird, dann gilt es als fast sicher, daß eine Million dabei sich nach der Volkszählung als „Schwund" herausstellen werden. Die Auswirkungen solcher Mißweisungen sind unübersehbar. Der Leiter des Statistischen Landesamtes in Hessen, Helmut Troeger, hat in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht, daß vom Bund an die Europäische Gemeinschaft Summen für Einwohner abgeführt werden, die gar nicht vorhanden sind – und das seit Jahren.

Gebühren für „Verweigerung"

Daß eine Volkszählung eine „Schnüffelaktion" sein könnte, bei der rund 500 000 ehrenamtlich und nur mit kleinem Salär aufwandsentschädigte Frager dem Bürger hinter den Kühlschrank sehen sollten – daran hatte bisher noch niemand gedacht. Die erste Volkszählung im Deutschen Reich fand 1871 statt, ab 1875 alle fünf Jahre, unterbrochen durch Kriegs- und Krisenzeiten. Zwischen den beiden Weltkriegen gab es dieses Ereignis viermal, 1919, 1925, 1933 und 1939. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1946 gezählt, in einer „Bundesrepublik Deutschland" dann 1950, 1961 und 1970. Nach den Empfehlungen der Vereinten Nationen und europäischer Gremien, denen die Bundesrepublik ausdrücklich zustimmte, sollte der Zähl-Rhythmus „alle zehn Jahre" sein, und zwar in Jahren mit der Endziffer Null. Die Bundesrepublik war dann die einzige große Industrienation der Welt, wie der Präsident des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden, Franz Kroppenstedt, feststellt, die sich einige Jahre lang daran nicht hielt, beziehungsweise nicht für gesetzliche Vorschriften sorgte. Die nun vorliegende gesetzliche Grundlage regelt auch die Gebühren für eine „Verweigerung" der Auskünfte. Dafür hat der Gesetzgeber im März 1982 eine Strafe wegen „Ordnungswidrigkeit" bis zu 10 000 Mark vorgesehen.

Insgesamt wird jedem Bürger im „Wohnungs- und Haushaltsbogen" 1983 eine Liste von 13 Fragen zum Komplex „Wohnung" vorgelegt, wobei hier unter anderem nach Art der Heizung und Art der Kochmöglichkeit Auskunft erbeten ist, ob es Bad und Dusche gibt, ob die Toilette sich innerhalb der Wohnung befindet. Es folgen vier „Gebäudeangaben", hier soll unter anderem angegeben werden, in welchem Jahr ein Haus gebaut wurde und ob es mit öffentlichen Mitteln gefördert worden ist. Abschließend folgen 19 Fragen im „Haushaltsbogen" nach Staatsangehörigkeit, Religion, Vorhandensein weiterer Wohnungen in der Bundesrepublik und Berlin (West), Schulabschluß, Lehrberuf oder „ausgeübter Tätigkeit".

Die Kritik an der Volkszählung, wenn sie sich überhaupt auf die Diskussion einzelner Punkte einläßt und nicht generell gegen die Aktion Front macht, kann bei jeder Frage Hinterhältigkeit vermuten und auf „Überflüssigkeit" plädieren. Und die Statistiker können bei jedem Einwand auf die vielen Streichungen verweisen, die sie schon im jahrelangen Ringen um den Fragenkatalog vorgenommen haben. Schließlich gilt die Erkundigung nach den Pendler-Strömen der sachgerechten Verkehrsplanung, die Erkundigung nach der Schulbildung für die richtige Verteilung von Bildungsstätten.

Die Befürchtung, daß Datenschutzbestimmungen bei der Volkszählung außer acht gelassen werden könnten, ist durch einen sehr prominenten und nicht im Verdacht der Parteilichkeit stehenden Mann entkräftet worden. Hans-Peter Bull, Bundesbeauftragter für den Datenschutz, hat in Bonn versichert, daß alle Antworten, ob auf dem „Wohnungs- und Haushaltsbogen" für jedermann oder dem „Arbeitsstättenbogen" für die Betriebe, ausschließlich für statistische Zwecke verwendet würden. Bulls Büro: „Bei der Volkszählung braucht kein Bürger zu befürchten, daß seine personenbezogenen Daten mißbraucht werden."

Bull: Kein Mißbrauch

Manfred Rommel, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Stuttgart, von der Struktur her nicht eben eine Persönlichkeit, deren Aussagen sich am Trend orientieren, hat den von den „Grünen" und verschiedenen Gruppierungen in allen Bundesländern propagierten Boykott der Volkszählung einen „offenen Rechtsbruch" genannt. Rommel: „Ich registriere die geplanten Aktionen mit gewisser Sorge, denn den Initiatoren scheint es weniger um die Gewährleistung des notwendigen Datenschutzes, vielmehr um eine Demonstration gegen den Rechtsstaat zu gehen." Dessen Funktionsfähigkeit solle offenbar dadurch in Frage gestellt werden, daß die Ausführung eines vom Deutschen Bundestag einstimmig beschlossenen Gesetzes unmöglich gemacht werden soll. Fünf derartige statistische Großzählungen sind seit 1945 in Deutschland durchgeführt worden, eine Verletzung der statistischen Geheimhaltungspflicht sei dabei nicht vorgekommen. Rommel läßt auch das Argument des Namensmißbrauchs nicht gelten. Name und Anschrift auf den Fragebögen müßten laut Statistik-Gesetz sofort gelöscht werden, „wenn ihre Kenntnis für die Durchführung der Zählung nicht mehr erforderlich ist".

Und das Statistische Bundesamt, das sich schon nicht mehr traut, seine 13 Jahre alten Zahlen zur Basis für Gesetze zuzuliefern, insofern also „befangen" ist, stellte fest: „Der Umfang des Fragebogens der Volkszählung 1983 ist gegenüber 1970 um etwa die Hälfte reduziert. Besonders sensible Fragen, zum Beispiel nach dem Einkommen, 1970 noch gestellt, oder nach dem Gesundheitszustand, entfallen."

Scheidungsrecht verstößt zum Teil gegen Verfassung

dpa, Karlsruhe

Bei einer Ehescheidung müssen Anordnungen zum Versorgungsausgleich die persönliche Situation berücksichtigen. Dies hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts in einem Grundsatzurteil betont und deshalb entschieden, daß der entsprechende Paragraph 1587b Absatz 3 BGB in seiner ausschließlichen Form verfassungswidrig sei.

Das Bundesverfassungsgericht schränkt damit die Vorschrift ein, daß bei einer Scheidung eine sofortige Beitragszahlung zur Alterssicherung des geschiedenen Ehepartners ausnahmslos angeordnet werden kann. Denn diese Beiträge zur Alterssicherung können nach Ansicht der Verfassungsrichter zu einer erheblichen wirtschaftlichen Belastung des Ausgleichsverpflichteten führen. Dies gelte insbesondere dann, wenn die Zahlungsverpflichtung mit dem Zugewinnausgleich, Unterhaltsverpflichtungen, der notwendigen Beschaffung und Ausstattung einer zweiten Wohnung sowie der durch die Ehescheidung ausgelösten Prozeßkostenlast zusammenfalle. Das Verfassungsgericht, das mit dieser Entscheidung den Beschwerden von drei geschiedenen Ehemännern stattgab und damit OLG-Entscheidungen teilweise aufhob, betonte: Die vom Gesetzgeber vorgesehenen Härteregelungen reichten nicht aus, um verfassungsrechtliche Bedenken auszuräumen.

Dem Gesetzgeber warfen die Karlsruher Richter vor, daß er andere, gleichermaßen geeignete und weniger einschneidende Formen des Ausgleichs hätte eröffnen müssen. Der von den Fraktionen der SPD und FDP ursprünglich im Bundestag eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zum Versorgungsausgleich habe Lösungsmöglichkeiten empfohlen, etwa das „erweiterte Splitting" und den verstärkten schuldrechtlichen Versorgungsausgleich.

Die Entrichtung von Beiträgen zur Begründung von Anwartschaften in einer gesetzlichen Rentenversicherung verletzte den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Auch stelle diese Form des Versorgungsausgleichs nicht das einzige Mittel dar, den angestrebten Ausgleich zu bewirken.

Den Gesetzgeber hätte nach Ansicht der Karlsruher Richter nichts daran gehindert, bereits im Gesetzgebungsverfahren des Ersten Eherechtsreformgesetzes im Jahre 1975 von der ausnahmslosen Anordnung des Versorgungsausgleichs abzugehen. Damit verstoße die getroffene Regelung in der Fassung des Paragraphen 1587b Absatz 3 Satz 1 BGB durch ihre Ausschließlichkeit gegen das Rechtsstaatsprinzip und sei also verfassungswidrig.

(Aktenzeichen: 1BvR 1008/79 u. a. – Beschluß vom 27. Januar 1983)

Krankenhäuser klagen gegen Gesetz

pje. Bonn

Mehr als 30 kommunale, private und kirchliche Krankenhäuser haben gegen verschiedene Vorschriften des 1981 noch von der SPD/FDP-Koalition verabschiedeten Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetzes Verfassungsbeschwerde eingelegt. Der Hauptgeschäftsführer der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft, Ewald Hinderer, wies im Gespräch mit der WELT darauf hin, daß das Gesetz unter anderem Kliniken und Ärzte verpflichte, Prüfungsausschüssen die Krankenunterlagen vorzulegen und auch Auskünfte über den einzelnen Behandlungsfall zu erteilen. Dadurch solle die Wirtschaftlichkeit der Krankenhauspflege überwacht werden. Diese aufwendige Überprüfung verstößt nach Auffassung der Beschwerdeführer gegen den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, zumal bereits nach geltendem Recht die Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser mit Hilfe der Bundespflegesatzverordnung überprüft wird.

Kommandeur Wegener vermißt Stil und Form beim BGS

ROLF TOPHOVEN, Bonn

Der Posten an der Wache wirkte leicht verwirrt, als der Besucher sagte: „Ich möchte zum Kommandeur ..." Nach einer Schrecksekunde verstand er: „Ach, Sie wollen zu Herrn ..." So geschehen vor einigen Monaten vor dem Schlagbaum eines Grenzschutzkommandos. Dienstgrade waren offenbar nicht erwünscht. Beileibe kein Einzelfall im Bundesgrenzschutz. Denn Stil und Form im Dienstalltag des BGS sind in den letzten Jahren weitgehend verlorengegangen.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund steht die Herausgabe eines „Kleinen Knigge" für „Stil und Form" im Grenzschutzkommando (GSK)-West in Bonn. Initiator dieser Aktion: Der Kommandeur des GSK, Ulrich Wegener, 1977 weltberühmt geworden durch die Operation der von ihm aufgebauten Antiterrortruppe GSG 9 auf dem Flughafen von Mogadischu. Motiviert hat Wegener die Tatsache, „daß den jungen BGS-Beamten oft dienstliche Umgangsformen nicht mehr beigebracht werden!"

Was noch alarmierender ist: Einsatzstärke und einst hochgelobte BGS-Tugenden, Kameradschaft, Ausbildung im Team des Verbandes, wurden Zug um Zug abgebaut. Unter den politischen Maßnahmen der vergangenen sozial-liberalen Ära degenerierte die einst schlagkräftige Truppe zu einem Verband von „Einzeldienstlern in Moosgrün". Der BGS-Beamte unserer Tage ist darauf programmiert und als Polizeivollzugsbeamter i. BGS entsprechend ausgebildet (s. WELT vom 22. 2. 83). Truppendienst war Innenminister Gerhart Baum verpönt, „Verschulung" lautete die Parole. Wenn im Bundestag von der alten Regierung der Verbandscharakter des BGS beschworen wurde, waren dies stets nur Lippenbekenntnisse.

Mit zu verantworten hat diese Demontage des Verbandscharakters die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Seit der laufbahnrechtlichen Angliederung des BGS an die Polizeien der Länder startete die GdP ihre Angriffe gegen den Grenzschutz. Ihr war sein Konzept von „Führern und Geführten" suspekt. Kein Wunder also, daß GdP-Zeitungen lautstark jene Medien feierten, die – wie vor einigen Monaten eine Hamburger Massen-Illustrierte – „demokratiefeindliche Bestrebungen einzelner aber Einflußreicher" im BGS darstellten.

Doch zum Glück gibt es im BGS noch Männer und Kommandeure, die von ihrem Auftrag her motiviert sind; für die ein Befehl noch ein Befehl ist, und die zu seiner Ausführung nicht erst, wie es einmal einer von ihnen formulierte, „den Gewerkschaftssekretär fragen wollen". Diese Gruppe von BGS-Offizieren hat sich bisher mit Erfolg geweigert, die innere Auszehrung des Grenzschutzes auf Kosten seiner Einsatzfähigkeit mitzumachen.

Die Neuorientierung des BGS zählt zu den dringendsten Maßnahmen der Regierung Kohl im Spektrum der inneren Sicherheit. Denn die Gegner einer solchen Umorientierung schlafen nicht. Schon geriet Kommandeur Ulrich Wegener ins Schußfeld der GdP-Postille „Deutsche Polizei". Das Zielobjekt – Wegeners „Knigge". Ein früherer GdP-Sprecher strickte bei der Illustrierten „Stern" mit an einem vor sachlichen Fehlern strotzenden Bericht über angebliche Vorfälle bei der GSG 9.

Die Absicht, die sich dahinter verbirgt, ist leicht zu erkennen. In zwei Jahren geht der derzeitige Inspekteur des BGS, Karlheinz Ampft, in den Ruhestand. An der Personalbörse wird Ulrich Wegener für die Nachfolge gehandelt. Dies mit allen Mitteln zu verhindern, scheint das Ziel gewisser Kreise in der GdP zu sein. Denn Wegener würde als Inspekteur auf eine überdachte, den Erfordernissen unserer Tage entsprechende Struktur des BGS-Verbandes dringen.

Das hieße: Verbesserung der Ausbildung und Ausrüstung sowie der Stärke. Das hieße aber auch: deutliche Hervorhebung des Verbandscharakters. „Manches im BGS muß neu angefaßt werden", sagte Wegener gegenüber der WELT, „nicht im Sinne früherer Formen, sondern im Sinne einer modernen verbandsmäßig geführten Polizeitruppe, die allen Lagen und Aufträgen im Rahmen der inneren Sicherheit gewachsen ist. Derzeit können wir unseren Auftrag nur mit Schwierigkeiten und nur zum Teil erfüllen."

Da derart klare Konzepte vielen in der GdP verdächtig sind, „schießt" man sich schon jetzt ein, lange vor einem eventuellen Sprung Wegeners auf den Chefsessel im BGS. Diese Methode ist erprobt und bewährt: Der Chef der Grenzschutzfliegergruppe, Leitender Polizeidirektor Erwin Knorr, geriet vor mehreren Jahren ebenfalls ins Kreuzfeuer der GdP und der ihr geneigten Medien. Zwar wurde er in seiner Ehre als Offizier qua Gerichtsentscheid rehabilitiert, wurde jedoch nicht mehr das, was er ohne die gegen ihn entfesselte Kampagne geworden wäre: nämlich Kommandeur eines Grenzschutzkommandos (Generalsrang).

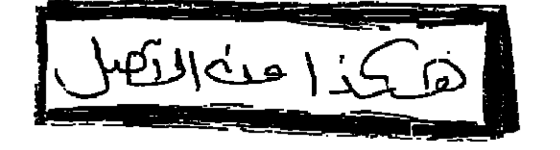
Südwest-SPD rügt Parteispitze

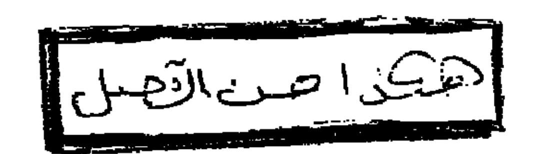
XING-HU KUO, Stuttgart

Nach der Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl hat der Landesvorsitzende der baden-württembergischen Sozialdemokraten, Ulrich Lang, herbe Kritik an der Führungsspitze in Bonn geäußert. In einem Brief an die Kreis- und Ortsvereinsvorsitzenden der Südwest-SPD rügte der Eppler-Nachfolger, ohne allerdings Namen zu nennen, die Bonner Parteiführung mit den Worten: „Die Bundestagswahl ist vor allem in der Wirtschaftspolitik entschieden worden. Die SPD hat als Partei in den letzten Jahren erst die wirtschaftspolitische Diskussion vernachlässigt, dann die Themenführerschaft auf diesem Feld verloren und endlich im Wahlkampf überwiegend nur noch auf die alten Konzepte zurückgreifen können."

Lang empfiehlt dem gescheiterten SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel, jetzt „den dringend notwendigen Neuanfang der Bundespartei zu organisieren".

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc. 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.





Der taktische Kampf um den Neuwahl-Termin

Von D. GURATZSCH

In der hessischen Landespolitik ist es jetzt zu einer Blockade der Regierung Börner durch CDU und Grüne gekommen. Beide Parteien haben angekündigt, daß sie den Haushaltsplan des geschäftsführenden Ministerpräsidenten nach der zweiten Lesung ablehnen wollen. Börners Versuch, mit dem Haushalt sozialdemokratische Grundsatzpositionen in der Landespolitik zu markieren, ist damit gescheitert.

Anlaß für die innenpolitische Zuspitzung ist der Beschluß von Vorstand und Fraktion der SPD gewesen, den beiden anderen Parteien Neuwahlen in Hessen für den 25. September vorzuschlagen. Durch einen erneuten Urnengang der hessischen Wähler sollen die Verhältnisse beendet werden, die durch die Landtagswahl vom 26. September vergangenen Jahres entstanden sind. Seit dieser Wahl verfügt keine der in den Landtag eingezogenen Parteien für sich allein über eine Mehrheit.

Aber es ist auch keine Koalition, es sind nicht einmal Koalitionsgespräche zustande gekommen. Die Grünen haben sich nur zu einer „punktuellen Zusammenarbeit in Sachfragen" bereiterklärt. Die SPD wiederum hat Angebote der CDU zur Bildung einer großen Koalition unbeantwortet gelassen. Angesichts der damit gegebenen Situation ist die Regierung des Ministerpräsidenten Börner in der konstituierenden Sitzung des hessischen Landtages Anfang Dezember zwar zurückgetreten, aber unter Ausnützung einer Möglichkeit, die die hessische Verfassung einräumt, als „geschäftsführend" im Amt geblieben.

Mit ihrer Bereitschaft zu Neuwahlen hat die SPD jetzt einer Forderung nachgegeben, die sowohl die CDU als auch die im Landtag nicht mehr vertretene FDP seit Beginn der Legislaturperiode immer wieder gestellt haben. Gleichzeitig ist sie von einer Zusage abgerückt, die Holger Börner und Fraktionschef Horst Winterstein noch im Januar ausdrücklich bekräftigt hatten: Sie würden in Zusammenhang



mit den Haushaltsberatungen in die von den Grünen geforderten „Grundsatzgespräche" über die hessische Landespolitik eintreten. Damit ist die Basis der rotgrünen Zusammenarbeit in Hessen zerbrochen.

Die Grünen konterten mit schweren Vorwürfen gegen die SPD. Sie hätten es mit einem „unehrlichen Verhandlungspartner zu tun gehabt", der nun „Verrat an seinen eigenen Aussagen" übe.

Gleichzeitig schlugen auch sofort die alten Anwälte der Grünen im linken Parteienspektrum Laut. Für die Jusos meinte deren Landesvorsitzender Norbert Schüren, den Grünen hätten „ernsthafte Sachangebote" im Rahmen der Haushaltsgespräche gemacht werden müssen. Eine Fortsetzung der „Reformpolitik" sei auf Dauer nur durch eine Annäherung von SPD und Grünen zu verwirklichen. Und für die Liberalen Demokraten erklärte Landesvorsitzender Rafael Lewental, mit dem Versäumnis einer Einigung hätten SPD und Grüne „schuldhaft die Gefahr heraufbeschworen, daß in Hessen eine CDU-Regierung ... gebildet werden kann."

Aber Kritik kam auch und besonders von der Union, die, so Landesvorsitzender Walter Wallmann, „jede innere Rechtfertigung" für den von Börner genannten Zeitpunkt von Neuwahlen vermißt. Nach Meinung der hessischen CDU sollte nicht erst am 25. September, sondern noch vor der parlamentarischen Sommerpause, also bereits im Juni gewählt werden. Nur weil die SPD glaube, durch einen späten Wahltermin „parteitaktische Vorteile" erringen zu können, sei sie bereit, die krisenhafte Situation des Landes zu verlängern.

Wallmann schloß nicht aus, daß es künftig auch zu einem gemeinsamen Abstimmungsverhalten von CDU und Grünen gegenüber Börners Regierung kommen werde, und kündigte an, daß die CDU-Fraktion „zu gegebenem Zeitpunkt einen Auflösungsantrag für den Landtag einbringen wird".

Damit ist auch die Strategie schon offenkundig, mit der die CDU in den bevorstehenden hessischen Wahlkampf geht. Sie will dem angeschlagenen Börner keine Chance lassen, sich von dem letzten Niederschlag zu erholen. Dabei ist sie sogar bereit, die positiven Effekte eines späteren Wahltermins zu ignorieren: sinkende Arbeitslosenziffern im Sommer und ein mögliches Erstarken der wiederauferstandenen hessischen FDP.

Börner will mit seinem Beharren auf dem Wahltermin im September den Haushaltsberatungen jenen Raum verschaffen, der auch eine Auswertung im Wahlkampf ermöglicht. Besonders die CDU mit ihrer starken Verankerung in Städten, Gemeinden und Kreisen soll dabei einer Zerreißprobe ausgesetzt werden, denn für Börner ist die Rückkehr zu stabilen sozialdemokratischen Mehrheiten an die Voraussetzung gebunden, daß die SPD der CDU „die Vertrauensbasis in den Rathäusern" wieder abjagen kann. Darauf ist der hintergründige Hinweis des Ministerpräsidenten gemünzt, die Verwaltungen brauchten für ihre Aufgaben „finanzielle Hilfen des Landes", und auch die Verbände und frei-gemeinnützigen Träger seien auf die schnelle Verabschiedung des Haushaltes angewiesen. Ein anderer Wink ist auf den linken Flügel berechnet: Mit ihrer Stimme für die SPD könnten die Wähler dem Lande Hessen dazu verhelfen, „im Interesse der demokratischen Machtbalance ... ein Gegengewicht gegen Bonn zu bilden" und so den „absoluten CDU-Staat" zu verhindern.

Der Konter kam von den Grünen: Um einen „Block gegen Bonn" zu bilden, brauche die SPD keinen Umweg über Neuwahlen zu gehen. Den könne sie haben, wenn sie sich mit den Grünen über eine „Neuorientierung der Landespolitik" einige. Dann, so Sprecher Jan Kuhnert, könne auch über den Haushalt gesprochen werden, und sogar die Wahl eines Ministerpräsidenten Holger Börner durch die Grünen sei möglich.

Für eine Kirche frei von Ideologien

Der Papst mahnt Rebellenpriester und Präsidenten / Eine Bilanz der Mittelamerika-Reise

Von WERNER THOMAS

Als Johannes Paul II. letzten Freitag auf dem Sandino-Flughafen Managuas begrüßt wurde, reichte er auch dem bärtigen Kulturminister und Priester Ernesto Cardenal die Hand. Der Marxist zog seine schwarze Baskenmütze und kniete nieder. Mit ausgestrecktem Zeigefinger mahnte der Mann aus Rom: „Du mußt deine Situation mit der Kirche ins reine bringen." Ein Lächeln ging über die Lippen des Marxisten.

Nachmittags, als der Papst vor 500 000 Gläubigen auf dem Platz des 19. Juli die alternative linke Volkskirche scharf kritisierte, war Ernesto Cardenal unter jenen protestierenden Regierungsvertretern zu entdecken, die ihre rechte Faust ballten und „alle Macht dem Volke" (poder popular) skandierten, selbst während der heiligen Kommunion. Es war die Antwort des rebellischen Priesters auf die Mahnungen am Vormittag.

Nach der Rückkehr in die costaricanische Hauptstadt San José berichtete der Papst seinem Gastgeber Lajos Kada, dem aus Ungarn stammenden Nuntius für Costa Rica und El Salvador, er sei schockiert gewesen. Eine so respektlose Behandlung wie in Managua habe er bisher nirgendwo erlebt. Auch nicht in sozialistischen Staaten.

Bei seinem Panama-Besuch einen Tag danach verurteilte Marcos Gregorio McGrath, der Erzbischof dieses Landes und einer der liberalsten Kirchenführer des Kontinents, das provokative Verhalten der Sandinisten. McGrath: „Zusammen mit allen Kirchen Lateinamerikas und der Welt müssen wir unsere Verwunderung bekunden." Die herzliche Begrüßung in Panama sei „eine Art Wiedergutmachung für das, was gestern geschehen ist". Die zu einer Messe versammelte Menge, etwa 100 000 Menschen, spendete brausenden Beifall.

Viele soziale Probleme

Panama zählte neben Costa Rica, Honduras und Belize aber auch zu den problemloseren Stationen der strapaziösen einwöchigen Papst-Reise durch eine der explosivsten Regionen der Welt. Für Panama blieb dann auch eine unpolitische Predigt reserviert. „Sagt nein zu einem Zusammenleben ohne Ehe, sagt nein zur Scheidung. Sagt nein zu der künstlichen Geburtenkontrolle und dem Verbrechen der Abtreibung, das unschuldiges menschliches Leben tötet. Sagt ja zu der dauerhaften Liebe der Ehe und zum Schutz des Lebens, ja zu der Stabilität der Familie." Dies war eine Ansprache gewesen, die wenig Begeisterung auslöste. Lateinamerika ist der Kontinent mit den höchsten Geburtenzuwachsraten der Welt, durchschnittlich 2,5 Prozent pro Jahr. Viele soziale Probleme werden auf dieses unkontrollierte Wachstum der Bevölkerung zurückgeführt.

Die eindrucksvollsten Stunden erlebte der Papst am Sonntag in Salvador. Das Land, das von einem blutigen Guerrilla-Krieg geschüttelt wird, der in den letzten drei Jahren mehr als 40 000 Menschenleben forderte, konnte einen friedlichen Empfang ohne Zwischenfälle arrangieren. Es hat an diesem Tag nicht ein Todesopfer in der Hauptstadt und Umgebung gegeben. Viele Leute waren sogar aus den schwer umkämpften Provinzen Morazan und Chalatenango gekommen. Fast 700 000 Gläubige drängten sich auf dem Gelände des Metrocentro.

Johannes Paul hatte gleich nach seiner Ankunft am Grab des ermordeten Erzbischofs Romero in der Kathedrale gebetet, ein Ereignis, das die Presse verpaßte. Ursprünglich war der Besuch erst für den späten Nachmittag geplant gewesen. Der Papst wollte die Politisierung dieses Programmteils verhindern. So konnte er im Beisein des neuen Erzbischofs Arturo Rivera Damas in Ruhe vor der Gruft niederknien.

In El Salvador war die linke Volkskirche neben Nicaragua am stärksten verbreitet. 14 Priester und vier Nonnen sind ermordet worden, mindestens vier Geistliche kämpfen heute mit der Guerrilla. Der Romero-Nachfolger brachte die Kirche langsam aus der Schußlinie. Bei einer Rede vor Priestern und Nonnen warnte der Papst: „Es lohnt sich nicht, sein Leben für eine Ideologie, für ein verstümmeltes oder instrumentalisiertes Evangelium oder eine einseitige Option zu geben."

Der Besuch in Guatemala war wegen der Hinrichtungen zunächst überschattet gewesen. Der Papst entschloß sich, das Programm nicht zu ändern, aber einige harte, offene Worte zu sprechen. Die Gelegenheit ergab sich auf dem Campo de Martes in Guatemala City, wo eine Million Gläubige versammelt waren, die gewaltigste Menschenkonzentration dieser Mittelamerika-Tour. Mit deutlich erhobener Stimme forderte Johannes Paul Respekt vor dem menschlichen Leben und „den wehrlosen Teilen der Gesellschaft". Das forderte er besonders von denen, „die in ihrem Inneren den Ruf des christlichen Glaubens spüren". Er brauchte keinen Namen zu nennen, Staatschef General Rios Montt war gemeint. Der Präsident gehört als „wiedergeborener Christ" einer protestantischen Sekte an.

In der Provinzhauptstadt Quetzaltenango, 210 Kilometer von Guatemala City tief in den Indianergebieten gelegen, beklagte der Papst das Schicksal der Maya-Nachfahren, die in den blutigen Kampf der Ideologien geraten sind: „Die Kirche kennt das Ausmaß Eurer Leiden, die Ungerechtigkeit, der Ihr ausgesetzt seid, die Schwierigkeiten, die Ihr habt, Euren Boden und Eure Rechte zu verteidigen." Er versprach: „Die Kirche wird ihre Stimme erheben, wenn sie Eure Würde als Menschen und Kinder Gottes verletzen." Dann forderte er eine Gesetzgebung zum Schutz der eingeborenen Bevölkerung Mittelamerikas.

Hoffnung für kurze Zeit

Aber auch bei dieser Veranstaltung warnte der Papst vor falschen politischen Propheten: „Laßt Euch nicht für Ideologien mißbrauchen." Die Predigt wurde in sechs Indianer-Sprachen übersetzt. Dies war die farbenprächtigste Kulisse der Reise. Die meisten der 500 000 Indios trugen Trachten. Es wurde getanzt und musiziert.

„Queremos la paz, queremos la paz", wir wollen den Frieden. Der Botschafter des Friedens hat diesen Ruf überall gehört. Ob dieser Besuch diese turbulente Region dem Frieden näherbringt, bleibt jedoch fraglich. Der Eindruck entstand unter vielen Beobachtern, daß der Papst wohl nur für kurze Zeit ein Licht der Hoffnung entzünden konnte. In El Salvador droht die Guerrilla bereits, den Kampf zu verschärfen, in Nicaragua wird das Regime sich noch mehr auf seine kubanischen und sowjetischen Freunde stützen. Jetzt steht es auch mit dem Vatikan offen auf Kriegsfuß.

Denn die Position des Papstes war eindeutig. Er duldet keine alternative „Volkskirche". Diese Bewegung, die der Revolution dient, sei „absurd und gefährlich".

Mit großer Wahrscheinlichkeit hat Ernesto Cardenal, der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, letzten Freitag zum letzten Mal vor dem Papst gekniet. Er und die anderen vier Rebellen fühlen sich weiterhin der Revolution verpflichtet, wie es heißt, trotz der diesmal öffentlichen Warnungen. Johannes Paul, der heute nach Rom zurückkehrt, wird dazu in den kommenden Monaten einige Entscheidungen zu treffen haben.

(SAD)

tellte „DDR" zeitweise die Selbstschußanlagen ab?

sellschaft für Menschenrechte kritisiert Absetzung der Vorwürfe gegen Ost-Berlin von der UN-Tagesordnung

WERNER KAHL, Bonn

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt am Main hat durch ihren ständigen Sprecher Erhard Göhl in einem WELT-Gespräch zur diesjährigen Sitzungsperiode der UN-Menschenrechtskommission in Genf Stellung genommen.

WELT: Herr Göhl, obwohl die UNO fortgesetzt Menschenrechtsverletzungen in der „DDR" amtlich registriert, ist die Behandlung der für diese Sitzungsperiode vorgelegten Beschwerden über die „DDR" vor dem Forum der Vereinten Nationen mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Göhl: Dieses Ergebnis kommt einem skandalösen Freispruch für die Ostberliner Führung gleich.

WELT: Was hat die IGFM zur Information der in der Schweiz versammelten Delegationen getan?

Göhl: Wir waren zeitweilig mit einer Beobachterdelegation in Genf. Dort haben wir eine auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts erarbeitete Dokumentation über die Situation an der innerdeutschen Grenze an über dreißig Mitgliedsstaaten (bei insgesamt 43 Mitgliedern) der Menschenrechtskommission übermittelt und zahlreiche Gespräche geführt.

WELT: Was war Ihr Eindruck?

Göhl: Eine nicht zu übersehende Passivität der Delegation der Bundesrepublik veranlaßte offensichtlich andere westliche Delegierte, deutsche Probleme nicht deutscher als die Deutschen vor dem Weltforum zu behandeln.

WELT: Es fällt auf, daß in den letzten Wochen Fluchtaktionen verhältnismäßig glimpflich abgelaufen sind. Hat Ost-Berlin den Schießbefehl aufgehoben?

Göhl: Das wohl leider nicht, aber es ist festzustellen, daß während der Sitzungsperiode der Menschenrechtskommission Fluchten über den Metallgitterzaun gelungen sind, ohne daß die dort montierten Selbstschußautomaten ihre Stahlsplitter gegen Flüchtlinge abfeuerten. Daraus könnte man schließen, daß die Tötungsapparate während der für Ost-Berlin bedeutsamen Tagung der Menschenrechtskommission abgeschaltet waren.

WELT: Welche Aufgaben stellen sich den Menschenrechtlern nun in Deutschland?

Göhl: Die freien Bürger dürfen sich mit der Niederlage in Genf nicht abfinden. Politiker, Institutionen und die Delegation der Bundesrepublik – sie alle müssen für die kommende UN-Tagung Sorge tragen, daß sich die Ostberliner Führung mit Hilfe ahnungsloser Länder der Dritten Welt ihrer Verpflichtung zur Erfüllung der Menschenrechte nicht entziehen kann.

USA: Moskau bildet Kader auf Kuba aus

dpa, **Washington**

Die Sowjetunion bemüht sich nach US-Erkenntnissen gemeinsam mit Kuba, ihren Einfluß in Lateinamerika zu verstärken. Sie bediene sich linker Gruppierungen, um „revolutionäre Regime" an die Macht zu bringen, heißt es in einem Bericht, der gestern vom US-Verteidigungsministerium veröffentlicht wurde.

Zielgebiete seien außer El Salvador Guatemala, Honduras und Costa Rica. Durch den Sieg der Sandinisten in Nicaragua hätten die sowjetisch-kubanischen Anstrengungen starken Auftrieb erhalten.

Um negative Rückwirkungen zu vermeiden, benutze Moskau Kuba „als Instrument, um die sowjetische Strategie in dieser Region auszuführen". Kuba sei auch Basis für die Ausbildung von Kadern und eine Schleuse für Waffen, die für Drittländer bestimmt seien. Auf Kuba seien eine 2600 Mann starke sowjetische Brigade sowie 8000 bis 10 000 Berater stationiert.

Moskau gebe Havana jährlich 3,5 Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe. Seit Anfang der 60er Jahre hätten die Sowjets außerdem Waffen im Wert von drei Milliarden Dollar geliefert. Kuba sei heute imstande, militärisch in den Schiffsverkehr in der Karibik und im Golf von Mexiko einzugreifen.

Außer Nicaragua erhalte auch Grenada sowjetische Militärhilfe. In Peru hielten sich 125 bis 150 Militärberater auf.

Neue Offensive gegen Mudjaheddin?

dpa, **Islamabad**

In Afghanistan scheinen sowjetische und regimetreue afghanische Truppen neue Militäraktionen vorzubereiten. Nach Angaben westlicher Diplomaten in Islamabad (Pakistan) haben die Sowjets ihre Truppen in der südafghanischen Provinz Kandahar zusammengezogen. In Kabul hieß es, eine „größere Operation im Süden" des Landes stehe unmittelbar bevor.

Afghanische Freiheitskämpfer („Mudjaheddin") und westliche Beobachter nehmen an, daß die Sowjets mit dieser Operation noch bis zum Ende des Blockfreien-Gipfels in Neu-Delhi am Freitag warten würden. Unklarheit besteht allerdings darüber, ob das erste Angriffsziel das relativ ruhige Kandahar oder die an der pakistanischen Grenze gelegene Unruhe-Provinz Paktia sein würde.

Der Rücktritt Delaunays kommt Paris ungelegen

Dem General gingen die Etat-Kürzungen zu weit

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Der Generalstabschef des französischen Heeres, Armeegeneral Jean Delaunay, hat Verteidigungsminister Charles Hernu um seine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand gebeten. Der Ministerrat hat dem Gesuch stattgegeben. Zu Delaunays Nachfolger wurde Korpsgeneral René Imbot ernannt. Gründe für den Rücktritt, der normalerweise erst am 1. Juli erfolgen sollte, wurden nicht mitgeteilt. Es gilt indes als sicher, daß der General mit seinem Schritt gegen die wiederholten Kürzungen im Verteidigungshaushalt auf Kosten der konventionellen Bewaffnung des Heeres zugunsten der Atomstreitkräfte protestiert.

Der Pariser „Figaro" meldet, der General habe seinem Minister einen „scharfen und unmißverständlichen Brief" geschrieben, in dem er sich weigerte, weiter die Verantwortung für die augenblickliche Verteidigungspolitik der Regierung zu tragen. Der Minister hatte den Brief aus Rücksicht auf den zweiten Wahlgang der Kommunalwahlen am nächsten Sonntag nicht veröffentlicht. Die Regierung hatte im ersten Wahlgang am letzten Sonntag eine schwere Schlappe erlitten. Minister Hernu selbst muß sich in seiner Gemeinde Villeurbanne bei Lyon zu einer Stichwahl stellen.

Die Affäre Delaunay geht auf den letzten Oktober zurück, als die den Sozialisten nahestehende Pariser Zeitung „Le Matin" Briefe der Stabschefs der drei Teilstreitkräfte Heer, Marine und Luftwaffe an ihren Minister veröffentlichte. In allen drei Briefen wurden ernste Bedenken gegen die Kürzungen in den konventionellen Wehrhaushalten erhoben. Das Ministerium reagierte erbost und kündigte Verfolgung für alle an, die sich einer Indiskretion schuldig gemacht hatten. Inzwischen wurde unauffällig ein höherer Stabsoffizier im Heeresgeneralstab im Zusammenhang mit der Affäre strafversetzt.

Die in den Briefen geäußerten Bedenken werden vor allem im Heer in weiten Kreisen des Offizierkorps geteilt. Zum ersten Mal seit 1959 werden die Kredite für das Heer im Haushalt 1983 nicht erhöht, sondern nominell um etwa 10 Prozent verringert. Im Dezember sperrte Budgetminister Fabius bis auf weiteres und gegen den Willen seines Kollegen Hernu ein weiteres Drittel dieser Kredite. Schließlich wurden Anfang des Jahres überraschend 20 Milliarden des Titels V des Budgets, der die langfristigen Anschaffungen für neues Rüstungsmaterial enthält, „eingefroren". Dies alles offensichtlich wegen der angespannten Haushaltslage und der hohen inneren Verschuldung des Staates.

Diese sukzessiven Kürzungen führen zu immer mehr Einschränkungen im Material und im Mannschaftsbestand. Die verantwortlichen Offiziere wollen dies nicht mehr weiter hinnehmen. General Delaunay hatte den Verbleib auf seinem Posten im Januar davon abhängig gemacht, daß der Mannschaftsbestand des Heeres nicht unter die Zahl von 300 000 sinken würde. Dies ist offenbar jetzt der Fall. Außerdem soll auch beabsichtigt sein, dem Stabschef des Heeres



Der Generalstabschef des französischen Heeres, Jean Delaunay, ist zurückgetreten. FOTO: AFP

die Befehlsgewalt über die taktische Atomstreitmacht zu entziehen.

Verteidigungsminister Hernu hat stets geltend gemacht, daß der Kampfwert des französischen Heeres durch eventuelle Mannschafts- und Materialkürzungen nicht leiden sondern sich im Gegenteil erhöhen werde. Man könne Divisionen mit weniger Soldaten aber sehr viel höherer Feuerkraft entwickeln. Dies gelte besonders für die in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppen.

Dennoch glaubt der „Quotidien de Paris" voraussagen zu können, daß der Rücktritt von General Delaunay weitere Demissionen von höheren Offizieren – die Zeitung deutete sogar an, möglicherweise sogar einer oder beide der zwei anderen Oberbefehlshaber von Luftwaffe und Marine – auslösen könne.

Von allen Seiten Schelte für Palme

HELEN WOMACK, **Stockholm**

Nur fünf Monate nach seinem Amtsantritt bläst Schwedens Regierungschef Olof Palme der Wind stark ins Gesicht. Zwar sind die Sozialdemokraten, die im September 1982 nach sechsjähriger Opposition wieder an die Macht gelangten, laut Meinungsumfragen immer noch die populärste Partei Schwedens; aber Palme persönlich verliert gegenüber seinem konservativen Herausforderer Ulf Adelsohn an Boden. Ihm wird vorgeworfen, die Wirtschaftsprobleme nur oberflächlich angefaßt zu haben. Außenpolitisch geriet er mit seiner Anregung einer atomwaffenfreien Zone in Europa ins Kreuzfeuer.

Palme, der sich nur auf drei Stimmen Mehrheit im Parlament stützen kann, hatte zusammen mit seinen Sozialdemokraten gegen den erbitterten Widerstand schwedischer Unternehmer im Wahlkampf für Arbeiterfonds geworben. Damit sollten sich die Arbeitnehmer in die Firmen einkaufen.

Doch seit der Wahl liegt dieser Plan auf Eis, und an der Börse, die sich vor der Wahl noch in einer tiefen Depression befunden hatte, wird das lebhafteste Geschäft seit Jahren geführt. Dazu trug auch die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit schwedischer Unternehmen bei, indem die neue Regierung im vergangenen Oktober als erste Amtshandlung die Krone um 16 Prozent abwertete.

Auch sinkende Ölpreise wurden als „Göttergeschenk" gepriesen. Wirtschaftsexperten warnen allerdings, daß die Regierung gegen die grundlegendsten Fragen zuwenig tue: geringe Produktivität, hohe Arbeitskosten und fehlende Investitionen.

Palme bekam jedoch auch auf dem Feld der Außenpolitik, wo er bisher seine herausragende Stärke zeigte, Ärger. Kritiker werfen ihm vor, die Außen- und die Verteidigungspolitik an sich reißen zu wollen.

Geradezu eine Protestwelle erhob sich aber über Palmes Vorschlag einer 300 Kilometer breiten atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, dies- und jenseits der Grenze zum Warschauer Pakt. Der im Herbst vorgelegte Plan, der auf der Arbeit einer unabhängigen Kommission internationaler Politiker unter Vorsitz Palmes beruht, wurde zwar von den kommunistischen Staaten begrüßt und mit Zusatzvorschlägen aufgenommen, von der NATO aber als unannehmbar zurückgewiesen. (rtr)

Gekonnt führt Frau Gandhi Regie

dpa, **Neu-Delhi**

Der Libanon-Konflikt und der iranisch-irakische Krieg stehen im Mittelpunkt der Beratungen, die bei der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Neu-Delhi geführt werden. Der libanesische Staatspräsident Amin Gemayel sagte gestern in seiner Rede, die Wiederherstellung des Friedens in seinem Land sei der Schlüssel zur Stabilität im Nahen Osten. Er bat die Konferenzteilnehmer, sich dafür einzusetzen, daß mögliche internationale Konflikte nicht auf sein Land übergreifen, Libanon dürfe nicht wieder zum Experimentierfeld der Politik werden, sagte Gemayel unter dem Applaus der Delegierten.

*

M. NEUBER, **Neu-Delhi**

Indira Gandhi spielt die Rolle der Gastgeberin für die Mächtigen und Bedürftigen der Dritten Welt mit Leichtigkeit. Die Tochter Jawaharlal Nehrus, eines Gründers der Blockfreien, übernahm die Führung dieser Bewegung in einer kritischen Phase. Auf ihr lasten nun hohe Erwartungen für ein besseres Leben in hundertundeiner Nation.

An die Staatsoberhäupter und Regierungschefs gewandt, die ein Drittel der Menschheit repräsentieren, sagte die indische Ministerpräsidentin: „Sie haben mir eine schwere Verantwortung auferlegt. In einer Welt der Machtblöcke zähle ich zu den Ungebundenen. In dieser von den Reichen gelenkten Welt gehöre ich zu den Armen. Und schließlich bin ich eine Frau in einer von Männern beherrschten Welt."

Zeichen zum Wechsel

Die Gipfelkonferenz in Neu-Delhi ist eindeutig von dieser willensstarken Frau geprägt. Sie weiß ihre Fähigkeiten geschickt einzusetzen. Sie bringt die Kontrahenten einander näher, denn der Konsensus ist das ungeschriebene Gesetz der Blockfreien. Sie hält aber standhaft an Positionen fest, sobald sie als gerechtfertigt erkannt worden sind.

Für den Wechsel in der Präsidentschaft war schon ein äußerlicher Eindruck charakteristisch: Ihr Vorgänger Fidel Castro in Uniform. Wie der kubanische Heros kleiden sich andere Revolutionäre militant, so der „Marschall" Samora Machel aus Moçambique, der Comandante Daniel Ortega Saavedra aus Nicaragua, der Oberbefehlshaber Bouterse aus Surinam und natürlich PLO-Chef Yassir Arafat.

Gestandene Generale, wie der argentinische Staatschef Reynaldo Bignone, Pakistans Präsident Mohammed Ziaul Haq und selbst der Kriegsrechtsverwalter von Bangladesch, H. M. Ershad, zeigen sich zivil – ihre Militärregimes sind um Wohlwollen vor allem der in wallenden Gewändern einherschreitenden Emire und Scheiche bemüht. Am Arabischen Golf hängt doch für sie die Öllampe, zum Golf drängt doch von ihnen das Arbeiterheer.

Neben afrikanischen Potentaten von eigenen Gnaden und Greueln wirken hier die Könige, die aus dem Himalaja kamen, entrückt und aus einem mystischen Zeitalter. Kein einziges Mal lächelt der jugendliche Herrscher von Bhutan (auch Kronprinz Sidi Mohammed aus Marokko gibt eine Gestalt von Traurigkeit ab), zieht jedoch mit seiner kniefreien Tracht aus Goldbrokat die Blicke auf sich. Von Nepal wissen wir nun, daß es eine Friedenszone ist.

Ob der Indische Ozean zu einem Friedensmeer erklärt und die Amerikaner zur Aufgabe ihres Stützpunktes Diego Garcia genötigt werden sollen, darüber ist eine Verstimmung zwischen Indien und Sri Lanka aufgekommen. Frau Gandhi will die Großmächte aus ihrer Region weisen und wundert sich, weshalb in Colombo vielleicht andere Sicherheitsüberlegungen vorherrschen.

Mit ausgesuchter Höflichkeit begegnen die Gastgeber dem pakistanischen Staatschef. Als Indira Gandhi Ziaul Haq im weiten Rund der Ehrenplätze sah, schritt sie auf ihn zu und führte ein angeregtes, das protokollarische Maß überschreitendes Gespräch. Da schlief schon der Swapo-Chef Sam Nujoma mit ausgestreckten Beinen in der ersten Reihe.

Vor der imposanten Kulisse des Präsidenten-Palais und der flankierenden Regierungsgebäude wurde ein Marsch zu Ehren der Gründer der Blockfreien-Bewegung uraufgeführt. Nicht einmal die Hälfte der in Delhi anwesenden Staatsoberhäupter ließ sich von dem militärischen Schauspiel anziehen.

Für deutsche Zuschauer ist es beeindruckend, mit welcher Selbstverständlichkeit die militärischen Traditionen der Kolonialmacht in den indischen Streitkräften weiterleben. So schritten Dudelsack-Bläser neben Kapellen der Traditionsregimenter, eingerahmt von den Lanzenreitern der Präsidenten-Garde und den malerischen Kamelreitern der paramilitärischen Grenztruppe. Als die letzten Klänge in der hereinbrechenden Dunkelheit verhallten, wurden die Regierungsgebäude mit einem Schlage illuminiert – orientalische Faszination nach europäischer Präzision auf dem Exerzierfeld.

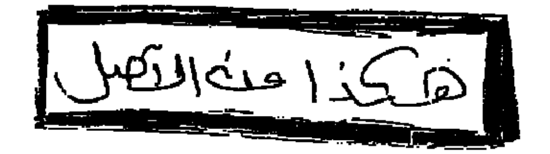
Politiker und die Medien

Ein Dutzend Delegierte der Blockfreien-Konferenz kann den Gipfel nur im Fernsehen verfolgen. Wegen fehlender Impfungen wurden diese Abgesandten aus tropischen Ländern in Quarantäne genommen. Für die Dauer der Tagung stellte die indische Polizei sowohl Anhänger wie Gegner des iranischen Revolutionsführers Khomeini und seines irakischen Widersachers Hussein unter Hausarrest. Ein Protestmarsch von Tibetern, die auf ihr Schicksal im Exil aufmerksam machen wollten, wurde ohne Gewalt zerstreut.

Brach in Neu-Delhi etwa die neue Ära der internationalen Informationsordnung an, nach der in den jungen Nationen seit Jahren verlangt wird? Erfahrene Konferenzbeobachter kritisieren die strikte Trennung von Medien und Staatsmännern bei dem Blockfreien-Gipfel. Nur über Fernseh-Schaltungen und aus einer Flut von Konferenzpapieren kann verfolgt werden, was im Vygan Bhavan abläuft.

Wer von den Journalisten um ein Interview nachsucht, muß sich an einen Computer wenden. Die Kommunikation zwischen der Konferenzstätte und dem Pressezentrum ist nur elektronisch möglich. Bis zur Antwort kann es Stunden oder Tage dauern, nur bei einigen arabischen Herrschern kommt ein promptes Nein. Die meisten Anträge erhielten bisher Fidel Castro, Afghanistans Staatschef Babrak Karmal und PLO-Chef Yassir Arafat.

Für die Fotografen gibt es einen erklärten Favoriten, den Premierminister von Swasiland, Mabandla Ndawmbili Fred Dlamini. Er kam barfüßig und fast schulterfrei in Stammestracht von leuchtenden Farben und mit einem Kopfschmuck, der an ausgefahrene Antennen eines Nachrichtensatelliten erinnert.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Rechtsstatus der Ost-Gebiete

„...olen und das Recht der Deutschen auf ...lbstbestimmung"; WELT vom 8. Februar ...d „Warschauer Kampagne"; WELT vom ... Februar

...undesinnenminister Zimmer...nn hat den für die Bundesrepu...Deutschland verbindlichen, ...en seit den Vertragsverhand...gen bekannten Rechtsstand...kt korrekt vertreten. Dieser ...ndpunkt besagt u. a., daß die ...tsche Frage auch territorial ...h wie vor offen ist. Die Oder-...ße-Gebiete, um deren Rechts...is es bei der gegenwärtigen ...schauer Kampagne wieder ein...geht, sind weder vor den Ost...trägen noch durch sie aus der ...tlichen Zugehörigkeit zu (Ge...t-)Deutschland entlassen wor...

...ach der von allen Bundesregie...gen seit 1949 in Übereinstim...ng mit den drei Westmächten ...retenen Auffassung sind diese ...iete rechtswidrig fremdbesetz... deutsches Staatsgebiet, über ...sen endgültige staatliche Zuge...igkeit erst in einem Friedens...trag mit ganz Deutschland ent...ieden werden kann. Die Ostver...ge bedeuten keine friedensver...liche Regelung und sind keine ...htsgrundlage für die tatsäch...bestehenden Grenzen.

...ach der von östlicher Seite ver...enen Meinung haben die Be...lüsse der Potsdamer Konferenz ...n 2. August 1945 entgegen ih...n Wortlaut, wonach diese Gebie...vorbehaltlich der Friedensrege...g unter politische bzw. sowjeti...e Verwaltung gestellt sind, mit ...stitutiver Wirkung den Über...g an Polen bzw. die Sowjetuni...bewirkt. Dieser Dissens ist in ...Ostverträgen festgeschrieben ...den. Es bleibt also bei den un...schiedlichen Rechtsauffassun...

...n der öffentlichen Diskussion in ...Bundesrepublik wird leider zu ...Kernthese der Warschauer Agi...on nicht oder nur unzulänglich ...llung genommen. Nach dieser ...se ist allein der Wortlaut des ...rschauer Vertrages maßgebend, ...h dem angeblich die in ihm ...schriebene Oder-Neiße-Linie ...e endgültige Westgrenze Polens ... Der Brief zur deutschen Ein..., die Gemeinsame Erklärung ...Bundestages vom 17. Mai 1972, ...Entscheidungen des BVerfG ...n 31. Juli 1973 und 7. Juli 1975, ...Denkschrift der Bundesregierung zu den Verträgen und die Zustimmungsgesetze sowie der Notenwechsel der Bundesregierung mit den drei Westmächten werden von Polen als „innenpolitische Dokumente ohne internationale Bedeutung" abgetan.

Endgültige Regelungen über Gebietsübertragungen sind nach bisher praktiziertem Völkerrecht ausschließlich Sache von Friedensverträgen. Gewaltsam vorgenommene Grenzveränderungen bewirken allein keinen rechtswirksamen Gebietsübergang. Art. I des Warschauer Vertrages ist erkennbar so gefaßt, daß die unterschiedlichen Standpunkte beider Seiten zur rechtlichen Bedeutung des Potsdamer Abkommens unberührt bleiben. Daß der Warschauer Vertrag kein Grenzvertrag ist, ergibt sich auch daraus, daß die in ihm beschriebene Oder-Neiße-Linie von der in Potsdam festgelegten Linie in einem wesentlichen Punkt abweicht.

Alle Ostverträge enthalten eine Vorbehaltsklausel des Inhalts, daß sie nicht durch die von den Parteien früher abgeschlossenen zwei- und mehrseitigen Verträge und Vereinbarungen berührt werden. In Art. IV des Warschauer Vertrags ist diese Klausel dahingehend ergänzt worden, daß der Vertrag auch nicht durch die die beiden Parteien „betreffenden zwei- oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen" berührt wird. Zu diesen Vereinbarungen gehören ohne Zweifel das Potsdamer Abkommen, die alliierten Vereinbarungen und Erklärungen zur Besetzung Deutschlands und über die Verantwortung der vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes. Die Festlegung des Rechtsstatus Deutschlands durch diese Vereinbarungen wird also durch den Warschauer (und ebensowenig durch den Moskauer) Vertrag nicht geändert.

Der Bundesrepublik fehlte und fehlt mit Rücksicht auf die Vorbehaltsrechte der vier Mächte die völkerrechtliche Kompetenz, über den Rechtsstatus (Ganz) Deutschlands zu verfügen. Hätte sie gleichwohl eine solche Verfügung getroffen, was ohne Frage nicht der Fall ist, wäre diese nicht rechtswirksam. Die Bundesrepublik hat nur sich selbst zu den vertraglich vereinbarten Verzichten verpflichten können und verpflichtet. Sie hat Polen gegeben, was rechtlich möglich war und sie hat es ohne Gegenleistung getan.

Erich Heimeshoff, Generalstaatsanwalt a. D., Bochum 1

...Redaktion behält sich das Recht ...Leserbriefe sinnentsprechend zu ...zen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto ...ßer ist die Möglichkeit der Veröf...tlichung.

Gegenrechnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

In Ihrer Ausgabe vom 2. März berichten Sie unter dem Titel „Bundespost wird kritisiert" über die Kritik der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels an den von der Bundespost geplanten Bildschirmtextgebühren. Dabei ist insbesondere die angestellte Kostenkalkulation unrichtig und keineswegs repräsentativ für die mittelständische Wirtschaft.

Um die „Mittelstandsfreundlichkeit" der Bildschirmtextgebühren zu zeigen, genügt ein Blick auf ein typisches Beispiel: Ein mittelständisches Unternehmen, z. B. ein Handwerksbetrieb oder ein Einzelhändler mit lokalem Kundenstamm habe 100 Seiten im Bildschirmtext gespeichert. Monatlich überarbeite oder ändere er 400 Seiten über seinen bestehenden Telefonanschluß. Für eine Seite braucht er im Schnitt zwei Minuten. Dies alles kostet ihm im Jahr 1984, wo die Post auf Speicher- und Verkehrsgebühren ganz verzichtet, 85,60 DM. 1985, wenn die Post die Hälfte dieser Gebühren erläßt, kommt das Angebot auf 136,10 DM. Ab 1986 belaufen sich die Gesamtgebühren auf 186,60 DM. Schon der Vergleich mit dem Preis einer einzigen lokalen Zeitungsanzeige (dreispaltig, 14 cm hoch) mit ca. 800 Zeichen (entspricht dem Vorrat einer Bildschirmtextseite), die im Darmstädter Raum ca. 1140 DM kostet, zeigt die Attraktivität der Bildschirmtextgebühren insbesondere für den Mittelstand. Ähnlich günstig fällt ein entsprechender Vergleich für ein bundesweites Bildschirmtextangebot aus.

Die vorgesehene Gebührenstruktur für den Bildschirmtext kann den häufig vorgetragenen Wunsch nach einem Nulltarif nicht erfüllen. Mit dem vollständigen Verzicht auf Speicher- und Verkehrsgebühren im Jahr 1984, und auf die Hälfte im Jahr 1985, hat Postminister Dr. Christian Schwarz-Schilling jedoch für jeden Bildschirmtext-Anbieter einen attraktiven Einstieg in das Medium sichergestellt.

Peter Grabowsky, Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen

Kannitverstan

Sehr geehrte Herren,

ich habe an der WELT stets geschätzt, daß sie den neumodischen Sprach-Schnickschnack nicht mitgemacht und der Sprache weniger oder kaum kundige Adepten auch nicht an die Terminals gelassen hat.

Aber wer hat auf der letzten Seite Ihrer Ausgabe vom 1. März die Überschrift verfaßt: „Trump Tower: Neuer Skyscraper als Dernier cri des Luxuriösen"?

Mit meiner schon im zweiten Drittel der ersten Jahrhunderthälfte mühsam erworbenen profunden Halbbildung vermag ich das gerade noch zu verstehen, besonders da ein „großes Hochhaus" daneben abgebildet ist. Aber wie soll das denn einer verstehen, der eine solche elitäre Bildung nicht aufweisen kann?

Mit immer noch freundlichen Grüßen

Reinhard Hauschild, Bonn 1

Eine Waldspende

Die Problematik des Umweltschutzes liegt u. a. in seiner Finanzierbarkeit.

Trotz aller politischen Differenzen wird niemand bezweifeln, daß Umwelterhaltung ein notwendiges Unternehmen ist. Warum ruft eine Zeitung wie die WELT nicht zu einer Spendenaktion auf, deren Ertrag einer politisch unabhängigen Kommission zur Verfügung gestellt wird, so daß der Verwendungszweck gewährleistet ist und das Geld in besondere Forschungsvorhaben etc. investiert werden kann?

Dieser Weg einer freiwilligen, auf Einsicht basierenden privaten Spende entspricht stärker einem freiheitlichen System (verbunden mit persönlicher Verantwortung des Einzelnen) als die ständig geforderte staatlich verordnete Abgabe in Form von „Waldpfennigen" etc.

Wichtig ist auch, daß das Feld der Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Umweltschutz nicht einer Gruppe von Leuten überlassen wird, die erklärte Feinde unseres Staates sind.

Eine Spendenaktion wäre zwar nur ein kleiner, aber in die richtige Richtung weisender Schritt. Die Deutschen sind durchaus bereit Geld zu spenden, wenn sie persönlich auf freiwilliger Basis angesprochen werden. Das zeigen die Erfahrungen mit Aktionen für in Not geratene Polen oder Italiener. Warum sollte also nicht auch einmal für das eigene Land eine wirklich freie Abgabe propagiert werden?

Martin Fischer, Hamburg 55

Die Konsequenzen

„West-Option"; WELT vom 16. Februar

Herbert Kremp nimmt Bezug auf die Ausführungen von Außenminister H. D. Genscher, die derselbe kürzlich vor dem Wirtschaftsclub Rhein-Main in Frankfurt gemacht hat. Darin hatte Genscher die Frage unseres Engagements in der Verteidigungspolitik auf den einzig möglichen Nenner gebracht: Auf den politisch-historischen der Entwicklung Deutschlands im Rest des Jahrhunderts. Dazu bringt Kremp die für die Bundesrepublik Deutschland heute zwangsläufig gegebenen Faktoren im Detail ins Bewußtsein, denen wir unter den obwaltenden Umständen verhaftet sind. Auf gut deutsch: die West-Option. (Dabei ist die Lage für die Menschen der DDR aus den gleichen Gründen, wie bei uns, zwingend, nur im entgegengesetzten Sinne, für die Ost-Option.)

Diese Lage wird für beide Teile Deutschlands ohne Frage auf Sicht für den Rest des Jahrhunderts, wenn nicht darüber hinaus, weiter bestimmend sein, und jede politische Haltung, in West und Ost, daraus belasten und bestimmen, abgesehen davon, daß in den beiden Teilen Deutschlands zwei verschiedene Gesellschaftsformen vorgegeben sind.

Dabei ist keineswegs sicher, ob diese verschiedenen Gesellschaftsformen in den beiden Teilstaaten auf Sicht erhalten bleiben. Es kann sich durchaus die Möglichkeit einer Veränderung abzeichnen. Eine solche würde sich zwangsläufig in der DDR nur unter der Oberfläche entwickeln können. In der Bundesrepublik Deutschland dagegen besteht durchaus eine Gegebenheit, auf demokratisch-parlamentarischen Weg Mehrheitsverhältnisse zu schaffen, die zu einer totalen Veränderung unseres heutigen Gesellschaftssystems mit den entsprechenden Konsequenzen auf allen Lebensgebieten führen könnten.

Es braucht nur auf die heutige Entwicklung bei unseren etablierten Parteien und die Warnzeichen hingewiesen werden, die sich durch das Aufkommen der „Grünen-Umweltschutz-Lebensschutzbewegung", mit der Friedensbewegung forciert sichtbar werdenden Haltung, hingewiesen zu werden.

Heribert Rau, Bremen

Wort des Tages

„Eine jede Partei versucht das Bedeutende, daß außer ihr gewachsen ist, als unbedeutend darzustellen; gelingt es ihr aber nicht, so feindet sie es um so bitterer an, je vortrefflicher es ist."

Friedrich Nietzsche, dt. Philosoph (1844–1900)

Personalien

DIPLOMATEN

Henri Froment-Meurice, Frankreichs Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, wird Mitte nächsten Monats Bonn verlassen. Diese Nachricht aus Paris bestätigte auch ein Sprecher der Botschaft. Froment-Meurice war seit Februar 1982 in Bonn akkreditiert. Die Nachricht von der Ablösung des profilierten Diplomaten nach knapp einem Jahr überraschte in Bonn diplomatische Kreise. Denn der Botschafter gehört im französischen Außenministerium zu der Spitzengarde. Bevor er an den Rhein kam, war er Botschafter in Moskau gewesen. Der „Kreml-Experte" war Fachmann in allen Fragen des Ost-West-Verhältnisses. Der Berufsdiplomat hatte sich auch schon früher mit deutschen Angelegenheiten befaßt. In den Jahren von 1975



Henri Froment-Meurice

bis 1979 war er Direktor der Abteilung für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten im Quay d'Orsay und nahm regelmäßig an den deutsch-französischen Gipfeltreffen teil. Schon damals galten seine Noten als Musterbeispiele von Präzision und Schärfe. Der „grand travailleur" hatte zuletzt erfolgreich in Bonn an den Feierlichkeiten zum 20jährigen Bestehen des Deutsch-Französischen Vertrages mitgewirkt, zu dessen „Geburtstag" Frankreichs Staatschef François Mitterrand an den Rhein kam. Froment-Meurice, 1923 in Paris geboren, sein Vater war Direktor der Rothschild-Bank, hatte bisher am Rhein nur Lob geerntet. Hinter seiner Ablösung vermutet man dennoch heute Differenzen mit seiner Regierung.

GEBURTSTAG

Der frühere deutsche Diplomat und Schriftsteller **Hermann Ziock** feiert am 17. März seinen 70. Geburtstag. Sein letztes Buch, ein Kriegstagebuch unter dem Titel „Jeder geht seinen Weg allein", 1981 mit einem Vorwort von Klaus Mehnert, hatte viel Beachtung gefunden. Ziock ist der Sohn eines Zeitungsverlegers. In Greven, Westfalen, wuchs er auf. Zunächst bildete er sich in allen Sparten des Verlagswesens aus. Er begann seine journalistische Tätigkeit beim „Münsterischen Anzeiger" und wechselte dann zum „Duisburger General-Anzeiger" über. 1940 wurde er Kriegsberichterstatter. Nach seiner Kriegsgefangenschaft war er zunächst stellvertretender Chefredakteur der „Westfälischen Nachrichten", dann Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift „FILM". 1951 ging er für deutsche und Schweizer Zeitungen und für den Südwest-Funk als Nahostkorrespondent nach Kairo. 1956 wurde er in der deutschen Botschaft in Kairo Pressereferent. 1963 bis 1968 war er in Bonn im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Referent für Öffentlichkeitsarbeit. Danach ging er bis 1972 noch einmal ins Ausland, als Leiter des Pressereferates nach Neu-Delhi, anschließend noch einmal in das Pressereferat der Botschaft in Kairo. Zu seinen zahlreichen Publikationen über Ägypten gehört auch der im Erdmann Verlag erschienene Reiseführer „Ägypten".

EHRUNG

Professor Dr. **Georges Heeren,** belgischer Hochschullehrer am limburgischen Universitätszentrum in Diepenbeek bei Hasselt, wurde mit dem „Maas-Rhein-Preis" der Industrie- und Handelskammern im Dreiländereck Aachen, Lüttich, Maastricht ausgezeichnet. Er erhielt diesen erstmals verliehenen Preis für eine Veröffentlichung, die sich mit den juristischen Aspekten der Bodenpolitik und Raumordnung in Belgien, in Deutschland und in den Niederlanden beschäftigt. Der Preis, mit 5000 DM dotiert, soll in Zukunft alle fünf Jahre verliehen werden. Bei der Preisverleihung erklärte der Präsident der Handelskammer Hasselt, **Jan Baert,** Zweck und Ziel sei es, das Wissen um die Probleme der Region Maas-Rhein zu vertiefen.

GESTORBEN

Professor Dr. **Bernhard Martin,** Nestor der deutschen Mundartforschung in Marburg, starb im Alter von 93 Jahren. Der Wissenschaftler stammt aus dem Waldecker Land. 1935 wurde er Honorarprofessor an der Universität Marburg. Dort wirkte er entscheidend am Aufbau des „Deutschen Sprachatlas" mit. Als jahrzehntelanger Herausgeber der Schriftenreihe „Deutscher Sprachatlas" erwarb er sich einen großen Ruf. Zu seinen zahlreichen Publikationen gehörten „Die deutschen Mundarten" und „Die hochdeutsche Mundartdichtung".

Moskau droht den USA

● Fortsetzung von Seite 1

flugkörpern. Auch im Weltraum rüste die Sowjetunion gewaltig auf. Sie zeige damit ihre Absicht, den Weltraum eventuell zum Kriegsschauplatz zu machen.

Bei der Raketenrüstung hat die UdSSR nach Angaben des Pentagon zwei neue Interkontinentalraketen mit Feststoffantrieb entwikkelt und das bereits vorhandene Arsenal von SS-17-, SS-18- und SS-19-Raketen modernisiert. Eine der neuen Langstrecken-Raketen entspreche in der Größe etwa der amerikanischen „MX", über deren Aufstellung in den USA bisher noch nicht entschieden ist. Die zweite sei kleiner und solle vermutlich wie die SS 20 von mobilen Rampen abgeschossen werden.

Der neue strategische Langstrecken-Bomber mit dem NATO-Codenamen „Blackjack", der größer ist als der amerikanische B 1, habe seine ersten Flugtests hinter sich und könne 1986 serienreif sein. Mit einer Geschwindigkeit von Mach 2,3 und einem Aktionsradius von 7300 Kilometern könne er, ohne aufzutanken, jedes beliebige Ziel in den USA angreifen.

Das erste Super-Atom-U-Boot vom Typ „Typhoon" (25 000 Tonnen) werde Ende 1983 einsatzbereit sein. Es habe die Tests mit der Langstrecken-Rakete SS-NX-20 bereits hinter sich. Die „Typhoon" kann 20 dieser Raketen mit einer Reichweite von 8300 Kilometern abfeuern. Von den SS-20-Mittelstreckenraketen seien 333 aufgestellt worden.

Bei den Gefechtsfeldwaffen hat die UdSSR ihr Arsenal ebenfalls modernisiert. So ersetzt vor allem die SS 21 allmählich die „Frog-7". Außerdem sollen die taktischen Raketen „SS 23" und „SS 22" allmählich die Geschosse vom Typ „Scaleboard" ablösen. Zur Verteidigung Moskaus habe die UdSSR mit der Dislozierung eines neuen Typs von Boden-Luft-Raketen, der „SA 10", begonnen.

Auch im konventionellen Bereich hat Moskau die Aufrüstung beharrlich fortgesetzt. Die Streitkräfte umfaßten mehr als 190 Divisionen, von denen allein 94 gegenüber dem Mittel- und Nordabschnitt der NATO stationiert seien.

Zum Kräfteverhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion bemerkte das Pentagon, die Sowjets seien bei Langstrecken-Raketen und der Luftverteidigung überlegen. Demgegenüber hätten die USA Vorteile bei den Atom-U-Booten.

„500 Regimekritiker in der Sowjetunion in Haft"

KSZE: Westen hält Sowjets ungelöste Probleme vor

rtr, **Madrid**

Der US-Chefdelegierte auf der in Madrid tagenden KSZE-Nachfolgekonferenz, Max Kampelman, hat der Sowjetunion vorgeworfen, dort seien seit Beginn des Treffens vor 28 Monaten 500 Menschen aus politischen Gründen festgenommen worden. Er verwies darauf, daß Moskau kaum noch Ausreisen genehmige. In Polen hielten trotz Aussetzung des Kriegsrechts die Repressalien an.

Der sowjetische Delegierte Kondraschew bestritt die Angabe Kampelmans, in der UdSSR seien 51 Mitglieder der sogenannten Helsinki-Gruppe in Gefängnissen, Arbeitslagern, psychiatrischen Kliniken oder in der Verbannung. In der Sowjetunion, so Kondraschew, sei niemand wegen der Befolgung der KSZE-Schlußakte von Helsinki inhaftiert.

Kampelman hielt den Vertretern des Ostblocks eine lange Liste ungelöster Probleme vor. Dazu gehörten die Religionsfreiheit, die Störung westlicher Rundfunksendungen, die Gewerkschaftsrechte, die Inhaftierung von Bürgerrechtlern, die Ausweisung von Journalisten und der geographische Geltungsbereich der angestrebten Konferenz über Abrüstung in Europa. Außerdem besteht nach seinen Angaben noch Uneinigkeit über die Forderung des Westens, im Schlußdokument der Nachfolgekonferenz das in Polen nur suspendierte Kriegsrerht zu verurteilen.

Der amerikanische Chefdelegierte forderte alle Konferenzteilnehmer dazu auf, ernsthaft zu verhandeln, um zum Abschluß der Konferenz zu einer Vereinbarung zu kommen. Kampelman sagte, die Vereinigten Staaten seien daran interessiert, das Abschlußdokument noch vor Ostern fertigzustellen. Die USA seien überzeugt, daß alle Staaten die Verpflichtungen einhalten könnten, die sie 1975 mit Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki übernommen hatten. Insbesondere die Sowjetunion und Rumänien hätten diese Schlußakte mehrfach verletzt.

Auf Distanz zur SPD

Kreisky sieht sachliche Übereinstimmung mit Strauß

CARL G. STRÖHM, **Wien**

Der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky hat seine Kritik am Kurs der deutschen Sozialdemokraten (WELT v. 9. 3.) präzisiert: Die SPD habe in den vergangenen Monaten eine Wendung in der Außenpolitik vollzogen, sagte Kreisky in Wien.

Der NATO-Doppelbeschluß, der auch die Nachrüstung vorsieht, sei eine Entscheidung Helmut Schmidts gewesen. Die SPD sei aber von Schmidt abgerückt. Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel habe mit seiner „distanzierten Haltung" zum Doppelbeschluß die Chancen der SPD noch verschlechtert.

Er, Kreisky, halte Schmidts Eintreten für den NATO-Doppelbeschluß für richtig, sagte der österreichische Kanzler und Vorsitzende der Sozialistischen Partei. Persönlich sei er der Meinung, daß die SPD von diesem Beschluß nicht hätte abgehen sollen. Grundsätzlich sei eine Entspannungspolitik in Europa nur bei einem Gleichgewicht der Kräfte möglich. Dieses Gleichgewicht habe die Sowjetunion durch ihre massive Aufrüstung und die Stationierung ihrer SS-20-Raketen eindeutig gestört. Die seinerzeitige Doppelbeschluß-Politik Schmidts, sei, so Kreisky, gerechtfertigt gewesen, weil mit dieser Politik Verhandlungen zwischen Ost und West ermöglicht worden seien.

Es gebe keinen Zweifel, daß Schmidt die höchsten Werte in der Wählergunst besaß, erklärte Kreisky zum Abschneiden der SPD am 6. März. Und: „Es ist wie beim Fußball: Wenn man einen Mann, den man für den besten hält, in die Reserve gibt, muß dies Konsequenzen haben."

Der Kanzler distanzierte sich deutlich vom Kurs der deutschen Sozialdemokraten. In außen- und innenpolitischen Fragen nähmen die österreichischen Sozialisten eine ganz andere Position ein als die SPD, betonte Kreisky.

Allgemeine Überraschung löste aus, daß Kreisky eine gewisse sachliche Übereinstimmung zwischen ihm und dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU) nicht verhehlte. In der Sachpolitik sehe er zwischen seiner Position und jener von Strauß kaum Unterschiede – außer daß der bayerische Politiker noch radikaler für Kernkraftwerke eintrete als er, Kreisky.

Seite 2: Genossenschelte

Mertes für Offenlegung in Ost und West

Co., **Bonn**

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), hat eine Offenlegung der Standorte landgestützter Mittelstreckenwaffen in Ost und West vorgeschlagen. Ein solches Vorgehen wäre eine vertrauensbildende Maßnahme ersten Ranges und würde den Menschen in Ost und West die Zuversicht vermitteln, „daß die beiden Bündnisse auch die Ursache der Rüstungsspirale bekämpfen wollen, nämlich das gegenseitige Mißtrauen", erklärte Mertes gestern.

Der Staatsminister äußerte die Erwartung, „daß die beiden Oppositionsfraktionen, die SPD und die Grünen, die Forderung nach gegenseitiger Offenlegung aller bestehenden und geplanten Standorte" aktiv unterstützten. Die von diesen Parteien verlangte einseitige Offenlegung in der Bundesrepublik würde nach Ansicht von Mertes die Chance gegenseitiger Transparenz zunichte machen.

SPD-Angriff auf Luns zurückgewiesen

Co. **Bonn**

Die Bundesregierung hat gestern einen Angriff der SPD auf NATO-Generalsekretär Joseph Luns bedauert. Regierungssprecher Jürgen Sudhoff erklärte auf Anfrage, Luns genieße das volle Vertrauen und die volle Unterstützung Bonns. „Die Bundesregierung weiß zu würdigen, daß der Generalsekretär weit über ein Jahrzehnt hinaus seine ganze Schaffenskraft der Festigung des Atlantischen Bündnisses gewidmet hat."

Luns hatte am Montag „Zufriedenheit und Freude" über den Wahlsieg der CDU/CSU-FDP-Regierungskoalition in Bonn geäußert. Dieses Ergebnis, so betonte er, werde einen positiven Verlauf der Genfer Mittelstreckenverhandlungen fördern und den Zusammenhalt der Allianzpartner stärken (WELT v. 8. 3.). Darauf reagierte SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischnewski mit einem Brief, in dem er den Generalsekretär beschuldigte, mit seiner „einseitigen Äußerung" seine Kompetenzen erheblich überschritten und dem Bündnis beträchtlichen Schaden zugefügt zu haben. „Ich kann heute besser verstehen, daß viele Politiker im Bündnis der Auffassung sind, daß Ihre Zeit als Generalsekretär des Bündnisses schon seit längerer Zeit zu Ende sein sollte", meinte Wischnewski.

Kompromiß bei Salvador-Hilfe

Kongreß und Weißes Haus einig über Auflagen / Dialog mit Guerrilleros gefordert

TH. KIELINGER, **Washington**

Eine Kompromißformel für die Aufstockung der US-Hilfe für El Salvador scheint jetzt zwischen dem Weißen Haus und dem Kongreß gefunden worden zu sein. Nach einem Gespräch zwischen dem Präsidenten und Vertretern in den Häusern des Kongresses gab der Vorsitzende des Außenpolitischen Senatsausschusses, Charles Percy, die Konditionen bekannt, unter denen die Legislative bereit wäre, das Hilfsersuchen der Administration für El Salvador wohlwollend zu prüfen.

Demnach sollte der zentralamerikanische Staat, als Gegenleistung für erhöhte US-Hilfe

- ein Amnestieprogramm für Guerrillas ausarbeiten;
- das Strafrechtssystem wieder einführen;
- sicherstellen, daß Vertreter der Opposition vor, während und nach den bevorstehenden Wahlen in El Salvador geschützt sind;
- mit den Guerrillas in einen „ernsten Dialog" eintreten.

Um allen Zweifel zu beseitigen, was mit dem letzten Punkt gemeint ist, definierte Clement Zablocki, der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses im Repräsentantenhaus: „Dialog bedeutet nicht Verhandlungen, mit deren Hilfe die Guerrillas Teil der Regierung werden könnten. Sie müssen gewählt werden."

Auf der Klärung dieses zentralen Aspektes der El-Salvador-Debatte hatte Reagan entschieden bestanden. Der Präsident, so kommentierte später ein Sprecher des Weißen Hauses, werde keine Verhandlungen zulassen, „die den demokratischen Prozeß umgehen und hinter dem Rücken des Volkes die Macht einfach aufteilen". Ein offizieller Text des Außenministeriums hielt ebenfalls fest: Mit Verhandlungen meine man einen „Dialog über die Wahlen, nicht über die Machtaufteilung. Wir werden den Aufständischen nicht schenken, was sie nicht durch die Wahlurne gewonnen haben".

Die Bereinigung dieses Streitpunktes um den Begriff des „Dialogs" in El Salvador ist ein großer Erfolg für das Weiße Haus. Er eröffnet die Möglichkeiten für eine umfangreichere Hilfsaktion für El Salvador als bisher angenommen. So deutete Verteidigungsminister Weinberger an, man erwäge jetzt eine Militär-Soforthilfe von 110 Millionen Dollar, 50 Millionen mehr als bislang im Gespräch waren. Mit den zusätzlichen Geldern sollen salvadorianische Truppen in den USA trainiert und das Straßen- und Brückensystem des Landes repariert werden.

Nach Äußerungen des Sprechers des Weißen Haues hat Präsident Reagan jedoch nicht vor, „den Konflikt in El Salvador zu amerikanisieren". Daher soll das geplante Training einer größeren Anzahl salvadorianischer Truppeneinheiten auch in den USA stattfinden, selbst wenn dadurch größere Kosten anfallen. Ziel ist, das Risiko der Einbeziehung amerikanischer Truppen oder Berater in der aktuellen Gefahrenzone so gering wie möglich zu halten.

Entscheidend für die Aussichten einer endgültigen Einigung zwischen Weißem Haus und Kongreß wird sein, daß die Regierung die Militärhilfe für El Salvador in einen breiteren Kontext langfristiger ökonomischer Unterstützung einzubetten weiß. Der Kongreß möchte ohnehin, daß das Ausmaß der Wirtschaftshilfe für El Salvador deutlich über der Ziffer der Militärhilfe liegt. Schon jetzt wird auf dem Kapitol über ein Wirtschaftspaket von 250 Millionen Dollar Hilfe für El Salvador gesprochen.

Als „wahrscheinlich unakzeptabel" hat in einer ersten Reaktion Ruben Zamora, ein Sprecher der Aufständischen, die zwischen dem Weißen Haus und dem Kongreß ausgehandelte Kompromißformel für El Salvador bezeichnet.

Die Rechnung ohne Philips gemacht

dpa/VWD, **Nürnberg**

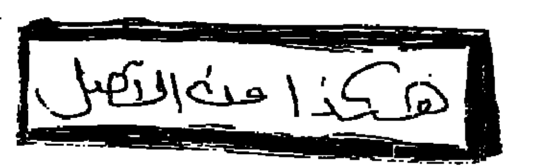
Mit der Aufgabe der Fusion von Grundig (Fürth) und dem französischen Staatskonzern Thomson-Brandt – aufgrund der drohenden Untersagungsverfügung des Bundeskartellamtes – ist gestern der offizielle Schlußstrich unter ein seit mehr als drei Monaten währendes Verwirrspiel gezogen worden.

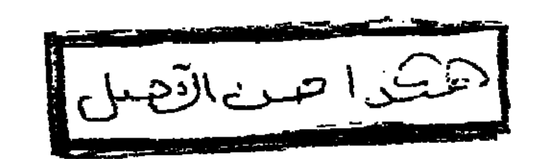
In den Pressestellen der Beteiligten zieht man sich bei Fragen nach den Ursachen auf die Haltung der Berliner Wettbewerbshüter zurück. Aber die Gründe für die „Entlobung" der beiden Wunschpartner liegen tiefer. Die vordergründigste und von Grundig immer wieder in die Diskussion gebrachte Argumentation ist, das Scheitern Politikern, Gewerkschaften und Medien anzulasten. Diesen wird vorgeworfen, eine Anti-Thomson-Kampagne entfacht zu haben. Neben den kartellrechtlichen Problemen sehen Beobachter die Ursachen allerdings in ganz anderen Bereichen.

Zum einen scheinen die Preisvorstellungen der Fürther die Zahlungsbereitschaft des Staatskonzerns überfordert zu haben, zum anderen haben die Grundig-Strategen die Thomson-Rechnung ohne Philips gemacht. In der breiten Öffentlichkeit taktierten die Holländer mit ihren Stellungnahmen zu den Grundig-Plänen äußerst vorsichtig. So wurde die Bedeutung, die man in Eindhoven der 1979 übernommenen 24,5prozentigen Beteiligung an Grundig auch langfristig beimaß, eigentlich nie so recht deutlich. Daß Philips ein vitales Interesse am Bestand des Unternehmens Grundig haben muß, ergibt sich schon aus den Interessen der Holländer als Grundig-Lieferant: Es soll, so Informationen aus der Branche, jährlich um ein Bauelementvolumen von 400 Millionen DM gehen.

Allerdings hat Philips im Verlauf der Grundig/Thomson-Debatte klargestellt, daß sich dieser größte europäische Elektrokonzern der Wichtigkeit der Partnerschaft mit Grundig bewußt sei. Man kann davon ausgehen, daß der von dem Grundig-Berater Ludwig Poullain ins Spiel gebrachte Vorschlag, Philips möge aussteigen, um den Verkauf an Thomson zu ermöglichen, in Eindhoven Verärgerung ausgelöst hat. Mit der Aufnahme der Verkaufsverhandlungen mit Thomson-Brandt ist zudem auch der Boden des zwischen Grundig und Philips geschlossenen Vertragswerks verlassen worden.

Dieses Vertragswerk soll Philips im Falle eines Besitzwechsels bei Grundig nicht nur ein Vorkaufs-, sondern auch ein Vetorecht einräumen. Fragt man bei Philips, ob das aktuelle Verhältnis zu Grundig jetzt belastet sei, wird von einem ungetrübten Verhältnis zum Konzernchef Grundig selbst gesprochen, der auch bei Gesprächen die erste Adresse sei. Wenn auch in Fürth immer wieder betont wird, man sei durchaus in der Lage, seinen Weg allein zu gehen, stellt sich die Frage nach einem starken Partner schon deshalb, weil eben dieser 74jährige Max Grundig sein Erbe bestellt sehen will.





ZINSEN / Nach dem jüngsten Rutsch ein Dämpfer für die Spekulation

Konsumentenkredite und Hypotheken werden jetzt überall billiger

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Sparkassen und Banken verbilligen Überziehungskredite und Ratenkredite für Private um einen halben Prozentpunkt. Die Hypothekenbanken geben die am Kapitalmarkt während der letzten drei Wochen eingetretene Zinssenkung um gut ¼ Prozent an die Bauwilligen weiter. Gleichzeitig zeichnen sich aber am Horizont Entwicklungen ab, die der Zinssenkungsspekulation einen Dämpfer aufsetzen könnten.

Die jetzt in Gang gekommene Zinssenkungsrunde für Konsumentenkredite ist vom Sparkassengewerbe ausgelöst worden. Nach der kräftigen Belebung des Baufinanzierungsgeschäfts sahen einige Sparkassen angesichts der besseren konjunkturellen Stimmung die Chance, mit einer aggressiveren Verkaufspolitik auch das noch recht lahme kürzerfristige Konsumentenkreditgeschäft wieder in Schwung zu bringen. Ersten Vorreitern bei einer Zinssenkung sind inzwischen weitere Sparkassen gefolgt.

Um konkurrenzfähig zu bleiben, ziehen auch die Geschäftsbanken nach. Den Anfang machte die Vereins- und Westbank mit einer Verbilligung von Ratenkrediten von 0,47 auf 0,45 Prozent pro Monat, was bei einer Kreditlaufzeit von drei Jahren einer Effektivzinsermäßigung von 12,35 auf 11,87 Prozent entspricht. Gestern und vorgestern gaben auch die Deutsche Bank und die Commerzbank sowie weitere Institute Zinssenkungen im gleichen Ausmaß bekannt. Außerdem ermäßigten sie die Zinsen für private Überziehungskredite von 11,5 auf elf Prozent.

Spielraum für diese Zinssenkung ohne Einengung der Zinsmargen hat das Kreditgewerbe durch den Rückgang der Geldmarktzinsen erhalten, die auch der Kundschaft für Termineinlagen gezahlt werden. Darin spiegelt sich nicht nur die relativ großzügige Liquiditätsversorgung der Kreditinstitute durch die Bundesbank, sondern auch die Spekulation auf eine Leitzinssenkung, die am 17. März erwartet wird. Zur Verflüssigung des Geldmarktes haben besonders in den letzten beiden Wochen in erheblichem Umfang Devisenmarktinterventionen zur Stützung des französischen und des belgischen Franc beigetragen.

Die Verflüssigung des Geldmarktes und Auslandskäufe deutscher Rentenwerte haben seit Anfang März auch verstärkt auf die Zinsen am Kapitalmarkt gedrückt, wo die Pfandbriefrenditen um einen Viertelprozentpunkt auf 7¼ Prozent für fünfjährige und auf 7⅝ Prozent für zehnjährige Titel gesunken sind, mit denen die Realkreditinstitute ihr Hypothekengeschäft refinanzieren. Diese Verbilligung der Geldeinstandskosten wird jetzt an die Kundschaft weitergegeben. Die Auszahlungskurse für Hypotheken werden erhöht, so zum Beispiel für achtprozentige Darlehen mit zehnjähriger Zinsfestschreibung bis auf 98¾ Prozent, zum Teil sogar auf 99½ Prozent.

Mit dem Rückgang der Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt wurde zugleich eine Senkung der Bundesbankleitzinsen um einen halben Prozentpunkt „vorweggenommen". Teilweise spekulieren die Akteure an den Märkten sogar auf eine einprozentige Senkung von Diskont- und Lombardsatz, und zwar schon seit Wochen, weil der Zentralbankrat mit Rücksicht auf die Wahl bisher auf eine Leitzinssenkung verzichtet hatte. Diese Hoffnung wurde auch durch die Erwartung genährt, daß sich die D-Mark nach einem Wahlsieg der Koalition gegenüber dem Dollar befestigen werde, was, wie man meinte, der Bundesbank weniger Rücksichtnahme auf den Wechselkurs der D-Mark abnötige.

Diese Erwartung hat sich allerdings nur in sehr bescheidenem Ausmaß erfüllt. Der Dollar-Kurs, der kurz nach der Wahl bis auf 2,37 Mark gefallen war, ist inzwischen wieder auf 2,41 Mark gestiegen. Dies ist eine Folge des jüngsten Zinsanstiegs in den USA, in dem sich nach den jüngsten Äußerungen des US-Notenbankchefs Befürchtungen einer Straffung der Geldpolitik spiegeln. Deswegen, aber auch weil nach einer Aufwertung der Mark im EWS eine technisch bedingte Abschwächung der Mark gegenüber dem Dollar nicht auszuschließen ist, werden jetzt erste Zweifel laut, ob die Bundesbank schon am 17. März die Leitzinsen senkt, und vor allem, ob sie einen einprozentigen Schritt wagt, der überdies wegen der Konjunkturbelebung möglicherweise nicht mehr so dringlich erscheint wie noch vor kurzem.

EG-AGRARMINISTER

Beitrittsverhandlungen mit Spanien verzögern sich

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Unerledigt zurückgeben müssen die Landwirtschaftsminister der EG fürs erste den Auftrag des Europäischen Rates zur Revision der Marktordnungen für Mittelmeer-Erzeugnisse. Nach zweitägigen Beratungen trennten sie sich gestern in Brüssel zerstrittener denn je. Dies läßt vor allem für die Beitrittsverhandlungen mit Spanien neue Verzögerungen befürchten.

Die Gespräche mit Madrid sind seit Jahr und Tag mit der Hypothek belastet, daß sich die EG nicht auf eine interne Verhandlungsposition über die mit dem Beitritt verbundenen Agrarprobleme einigen kann. Für Italien, Frankreich und Griechenland ist die Erweiterung überdies nur ein zusätzlicher Grund für eine „Anpassung des gemeinschaftlichen Besitzstandes". Sie fordern seit langem einen Ausbau der Einkommenssicherungen für die Erzeuger von Obst und Gemüse, Wein und Olivenöl.

Frankreich blockiert die Beitrittsverhandlungen mit dem Hinweis auf die ungeklärte Lage in der Gemeinschaft. Vor den Kommunalwahlen war es nicht einmal möglich, grünes Licht für den Beginn der Agrarverhandlungen in den als unstrittig geltenden Bereichen zu geben. Die Staats- und Regierungschefs hatten daher im Dezember versucht, den Fachministern mehr Dampf zu machen. Sie ersuchten sie, die bestehenden Regelungen für die Mittelmeer-Erzeugnisse „dringend vor März 1983 abschließend zu prüfen". Gescheitert ist dieser Auftrag nicht nur an schwer zu überbrückenden Interessengegensätzen zwischen den nördlichen und südlichen EG-Ländern. Auch zwischen Frankreich und Italien gehen die Meinungen in vielen Einzelfragen noch weit auseinander.

Die Kommission hat Vorschläge für eine Verstärkung des Mindestpreissystems für Obst- und Gemüseerzeugnisse unterbreitet. Sie laufen auf einen Ausbau des Schutzes gegen billige Drittlandseinfuhren sowie auf die Verpflichtung aller Obstbauern in der EG hinaus, die von den Erzeugergemeinschaften festgelegten Preise einzuhalten. Frankreich will sogar das Recht durchsetzen, immer dann seine Grenzen zu schließen, wenn auf einem einzelnen Großhandelsmarkt ein Preiseinbruch festgestellt wird. Italien legt großen Wert auf die Abschottung des EG-Marktes vor Drittlandsimporten. Die „Nordstaaten" widersprechen den Forderungen aus handels- und finanzpolitischen Gründen. Die geplante Allgemeinverbindlichkeit von Entscheidungen der Genossenschaften widerspricht auch dem Gebot der Koalitionsfreiheit im deutschen Grundgesetz.

Völlig festgefahren sind die Beratungen über das künftige Preisstützungssystem für Olivenöl. Es muß sowohl der Tatsache Rechnung tragen, daß die EG-Landwirte die spanische Konkurrenz fürchten wie dem Umstand, daß Madrid über kurz oder lang seine Grenzen für Pflanzenöle aus Drittländern öffnen muß. Frankreich und Italien hoffen, die Mehrkosten für die Einkommensgarantien durch eine Fettsteuer finanzieren zu können. Dies stößt bei anderen Ländern auf entschiedenen Widerstand.

von 750 000 – Teilzeitarbeit suchen, weil sie Familie und Verdienst unter einen Hut bringen müssen, bieten sie sich für derlei Hausarbeit geradezu an. Doch sie werden die Vorteile, die sie vermeintlich haben, weil sie sich die Arbeit einteilen können, bezahlen müssen, durch schlechte Bezahlung, mangelnde Sozialleistungen, geringen Arbeitsschutz und noch mehr Isolation.

Lockvögel

Bm. – Supermarkt-Manager müssen Altphilologen sein, denn sie handeln nach dem griechischen Wort „Panta rei" – alles fließt. Darauf bauen sie ihre Preispolitik auf. Sie schleudern mit Bier und Benzin. „Panta rei", wenn mit einem niedrigen Preis für diese liquiden Produkte die Kundenströme anschwellen, dann muß auch der Rubel bei den hochkalkulierten Waren rollen, dann stimmt die Kasse. Daß sie bei den Lockvogelangeboten nicht stimmt, ist leicht am Beispiel des Grenzland-Einkaufszentrums nachzuweisen, das Super für 1,19[9] Mark je Liter abgibt. Kalkulieren wir diesen Preis einmal zurück. Steuern und Abgaben für einen Liter Super belaufen sich zur Zeit auf 65,5 Pfennig je Liter. Bleibt bei 1,19[9] Mark Abgabepreis ein Warenwert von 54,4 Pfennig. Transportkosten bis Duisburg von Rotterdam mindestens 1,6 Pfennig je Liter. Da der Liter in Rotterdam aber nicht unter 51,9 Pfennig zu haben ist, beträgt der Einstandspreis für die Ware frei Duisburg 52,5 Pfennig. In der Kasse bleiben also 2 Pfennig je Liter Benzin. Davon kann kein Tankwart leben.

Noch nichts gelernt

Von EVANGELOS ANTONAROS, Athen

... Athener Industrieverbandes nach „mehr Klarheit, mehr Kontinuität und weniger Staat" sind nicht erhört worden.

Die Folgen dieses Wirrwarrs sind längst spürbar geworden: Von Januar bis November 1982 ist die Industrieproduktion im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um 4,5 Prozent zurückgegangen. Kaum ein Industriebereich ist von diesem Trend verschont geblieben. Die Privatinvestitionen, die bereits unter Papandreous konservativen Vorgängern wegen der allgemeinen Rezession rückläufig waren, haben in einigen Bereichen einen absoluten Stillstand erreicht. Gerüchteweise ist von einer enormen Kapitalflucht zu erfahren, obwohl sie von amtlicher Seite energisch bestritten wird.

Ein Nebenprodukt dieser Umstände ist die bedrohlich wachsende Arbeitslosigkeit, die in den letzten anderthalb Jahren zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte Griechenlands zu einem ernst zu nehmenden Problem geworden ist. Die Arbeitslosenzahl wird auf 220 000 geschätzt. Sie dürfte wesentlich höher sein, weil viele Griechen den Weg zum Arbeitsamt scheuen.

Mit Sonderzuschüssen will nun der Staat die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen fördern, aber es sieht nicht danach aus, daß die Industrie, verunsichert wie sie ist, mitziehen wird. Immer mehr Griechen werden daher im Staatsdienst beschäftigt. Dadurch entsteht aber ein völlig überbürokratisierter Staatsapparat. Diese Beschäftigungspolitik belastet auch die Finanzen aller Staatsfirmen, die tief in den roten Zahlen stecken und trotz Erhöhung der öffentlichten Tarife ohne kräftige Staatssubventionen nicht über die Runden kommen können.

Vor einigen Monaten haben sich die Athener Sozialisten für eine restriktive Einkommenspolitik entschlossen. Die mit lautem Trommelschlag unmittelbar nach ihrer Regierungsbildung angekündigte Indexierung aller Löhne und Gehälter scheint mittlerweile vergessen worden zu sein. Zähneknirschend haben die meisten Griechen den Maßhalteappell Athens geschluckt. Aber die Preise sind im Januar 1983 um sechs Prozent gestiegen, und nur die wenigsten wollen diesen Kaufkraftverlust akzeptieren.

Es ist trotzdem wichtig, daß Athen auf die Einräumung von horrenden Lohnerhöhungen verzichtet, wie sie einst üblich waren. Aber nicht weniger wichtig, daß die Sozialisten ein vernünftiges Sanierungskonzept ausarbeiten. Sonst wird die Talfahrt nicht aufzuhalten sein, eher wird sie sich beschleunigen.

AUF EIN WORT



„Im Verlauf der siebziger Jahre wurde es immer unwahrscheinlicher, daß ungerechtfertigte pessimistische Erwartungen wirklich die Ursache für die schwache Wirtschaftsentwicklung waren. Eher muß man annehmen, daß die Ertragserwartungen deshalb schlecht waren, weil das Kostenniveau, insbesondere die Reallöhne, zu hoch waren."

Prof. Dr. Armin Gutowski, Präsident des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg
FOTO: PETER MITCHELL

Kommission prüft Vorhersagen

dpa/VWD, **Brüssel**

Die jüngste Konjunktur-Prognose der EG-Kommission, die für die Gemeinschaft im laufenden Jahr eine Wachstumsrate von lediglich 0,4 Prozent vorhersagt, wird in diesen Tagen überprüft, weil einige der darin enthaltenen Kernaussagen inzwischen überholt sind. Das verlautete gestern aus Kommissionskreisen in Brüssel. Die ersten Vorhersagen basierten auf den bis Anfang Februar vorliegenden Daten. Damals hätten weder die Zinssenkungen noch die Auswirkungen der Bundestagswahl vorausgesehen werden können. Im übrigen basiere die Prognose unter anderem darauf, daß der Rohölpreis in diesem Jahr nur geringfügig zurückgehen werde. Die Brüsseler Exekutivbehörde wird ihre Neufassung des Konjunkturberichts den EG-Staats- und Regierungschefs vorlegen, die am 20. und 21. März zu einer Gipfeltagung in Brüssel zusammentreffen.

TEXTILINDUSTRIE

Die Branche klagt über die Schwäche am Inlandsmarkt

VWD, **Hamburg**

Eine trübe Bilanz zieht die Textilindustrie für das Jahr 1982. Im jüngsten Bericht des Spitzenverbandes Gesamttextil (Frankfurt) heißt es, die Branche habe eine Einbuße an Aufträgen von drei Prozent hinnehmen müssen. Dabei trat das Auslandsgeschäft auf der Stelle, während der Wert der Inlandsaufträge um vier Prozent zurückfiel. Preisbereinigt lag der gesamte Auftragseingang um sieben Prozent niedriger als im Vorjahr. Mit 32,5 Milliarden Mark lag der Umsatz ebenfalls um ein Prozent unter 1981.

Die Schwäche des Inlandsmarktes läßt sich, wie Gesamttextil hervorhebt, im Textileinzelhandel ablesen. Hier fiel der Jahresumsatz um zwei Prozent zurück. Unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Preisanstiegs von 4,5 Prozent ergibt sich ein Minderabsatz von etwa sechs Prozent. Die Nachfrageschwäche in der Bundesrepublik wirkte auch dämpfend auf den Import. Die Einfuhrzahlen stagnierten bei 26 Milliarden Mark, andererseits verschärfte sich noch der Zwang zum Export. Für ihn weist die Statistik einen Zuwachs von sieben Prozent auf 19 Milliarden Mark aus. Im Jahresverlauf ist eine deutliche Abschwächung der Zuwachsraten zu beobachten. Mit 7,2 Milliarden Mark lag der Einfuhrüberschuß um 14 Prozent niedriger als 1981.

Der Rückgang der Beschäftigten war mit acht (6,9) Prozent auf 260 278 (282 940) Personen stärker als im Vorjahr. Die sich durch den Produktionseinbruch von 1981 ankündigende Reduzierung wurde teilweise erst 1982 vollzogen, erläutert der Verband. Nach wie vor versuchen die Unternehmen, die ungünstige Auftragslage durch Kurzarbeit zu überbrücken. Daher blieb der Kurzarbeiterstand im Jahresverlauf recht hoch. Im Januar wurden 21 000 Kurzarbeiter gezählt, im Dezember waren es 27 000. Die Zahl der Arbeitslosen in den Textil- und Bekleidungsberufen lag im Dezember bei 61 700, das waren 10 000 mehr als vor Jahresfrist. Die Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 11,6 Prozent.

MINERALÖLMARKT

Ende des Preisverfalls bei Benzin noch nicht in Sicht

HANS BAUMANN, **Essen**

Den Vogel schießt wohl zur Zeit am Markt für Vergaserkraftstoff das Herburger Grenzland Einkaufszentrum am Niederrhein ab: Es bietet seinen Kunden Superbenzin zu 1,199 Mark je Liter und Normalbenzin und Diesel zu 1,149 Mark. Doch dieser Preis ist kein Marktpreis, der sich kalkulatorisch rechtfertigen ließe. Es ist ein typischer Lockvogelpreis, mit dem Einkaufszentren Kunden anziehen, um ihr Geschäft mit solider kalkulierter Ware zu machen.

Und dennoch ist der Niedrigstpreis vom Niederrhein typisch für die Lage am Markt für Vergaserkraftstoffe. Die Preise bröckeln nach wie vor ab – nur: sie bröckeln langsamer. Seit Ende letzter Woche befestigen sich die Preise für Vergaserkraftstoff in Rotterdam. Regional sind die Preise noch sehr unterschiedlich. Im Rheinland wird Super zu 1,259 Mark je Liter angeboten, an der Ruhr liegt die Tiefmarke bei 1,289. Im Bundesdurchschnitt kostet Super 1,34 Mark und Normalbenzin in der Selbstbedienung 1,261 Mark.

Der Run der Tankstellenpächter auf die Umstellung auf SB ist groß. Doch da sich bei der Umrüstung die Provision grob halbiert, der Markt aber mengenmäßig kaum noch wächst, müssen andere Tankstellen ausscheiden, wenn ein Pächter auf SB umrüstet. Mengenmäßig fließen heute 80 Prozent des Vergaserkraftstoffes aus SB-Säulen.

Seit Spätherbst 1982 hat sich der Benzinpreis um 16 Pfennig je Liter verringert. In dieser Tendenz liegt auch das leichte Heizöl. Es kostet zur Zeit im Bundesdurchschnitt 58 Pfennig je Liter frei Haus ohne Mehrwertsteuer bei Partien zwischen 3000 und 5000 Liter. Seit Spätherbst 1982 gab dieser Preis um 18 Pfennig nach. Die Kauflust ist schwach. Man wartet auf weiter fallende Preise.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Sorgen um Baunachfrage

Köln (VWD) – Mit einer weiter sinkenden Bautätigkeit im öffentlichen Sektor rechnet Präsident Günther Herion vom Hauptverband der deutschen Bauindustrie für 1983. Angesichts der schlechten Finanzlage der Länder und Gemeinden, auf die 55 Prozent des Inlandsumsatzes der Branche entfällt, könne nur ein Nachtragshaushalt die öffentliche Baunachfrage beleben. Andernfalls, so Herion, müsse mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Bauindustrie gerechnet werden. Nach Angaben des Verbandssprechers dürfte nach einem Rückgang von etwa fünf Prozent im vergangenen Jahr die Bauproduktion im ersten Halbjahr 1983 einen weiteren Einbruch erfahren.

Ausgeprägtes Tief

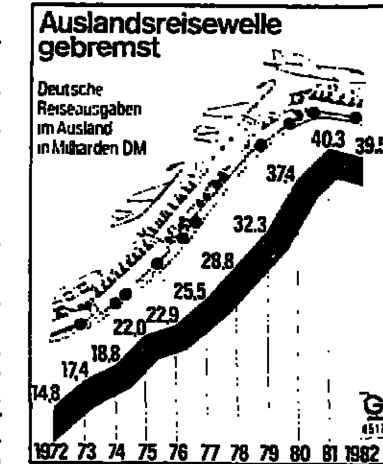
Wiesbaden (dpa/VWD) – Als „enttäuschend" hat der Bundesarbeitgeberverband Chemie, Wiesbaden, die wirtschaftliche Entwicklung seiner Branche im vergangenen Jahr bezeichnet. Die Abwärtsentwicklung sei noch etwas ausgeprägter verlaufen als in der Industrie insgesamt, hieß es in der jüngsten Veröffentlichung des Verbandes. Die Produktion sank um 4,8 Prozent und erreichte mit einem Indexstand von 103,1 das Niveau des Basisjahres 1976. Dagegen betrug das Produktionsminus des produzierenden Gewerbes 3,1 Prozent. Trotzdem verringerte sich die Zahl der Beschäftigten nur um 1,1 Prozent auf rund 558 900 (gesamte Industrie: minus 3,5 Prozent).

Gemeinsame Regeln

Bonn (DW.) – In 59 Richtlinien wurden gemeinsame Regeln für alle Automobilteile bis auf Windschutzscheiben, Anhängergewichte und Reifen erlassen. Damit gibt es zwischen den EG-Mitgliedstaaten weniger technische Handelshemmnisse als zwischen den Einzelstaaten der USA. Eine gemeinschaftliche Zulassung von Automobilen steht aber immer noch aus, weil die drei letzten Richtlinienvorschläge seit Jahren im Ministerrat blockiert sind, heißt es in der Antwort der EG-Kommission zur Frage des EG-Abgeordneten Dieter Rogalla.

Tilgung eingestellt

New York (dpa/VWD) – Die peruanische Zentralbank hat nach New Yorker Berichten die Geschäftsbanken des Landes angewiesen, ihre Tilgungszahlungen an ausländische Gläubiger für kurzfristige Kredite in Höhe von etwa zwei Milliarden Dollar (4,8 Milliarden Mark) einzustellen. Die Großbanken, die in New York mit dem peruanischen Finanzminister Carlos Rodriguez Pastor zusammengetroffen waren, haben angeblich diese Aktion befürwortet. Peru wünscht außerdem für dieses Jahr Neukredite von 880 Millionen Dollar (2,1 Milliarden Mark).



Die Rezession hat sich auch auf den Reisemarkt ausgewirkt. Die Ausgaben deutscher Touristen und Geschäftsreisenden im Ausland sanken im vergangenen Jahr um zwei Prozent auf 39,5 Milliarden Mark. QUELLE: GLOBUS

Iran zahlt zurück

Washington (AFP) – Vier weitere amerikanische Banken werden von der iranischen Regierung entsprechend den Bestimmungen des Abkommens über die Geiselfreilassung eine Gesamtsumme von 8,7 Millionen Dollar als Rückzahlung von Krediten erhalten. Dies gab das amerikanische Schatzministerium am Dienstag in Washington bekannt. Damit wird Teheran amerikanischen Banken insgesamt 37,3 Millionen Dollar von den 1,42 Milliarden Dollar ausgezahlt haben, die auf einem Sperrkonto bei der britischen Staatsbank deponiert wurden.

Tests für Kernkraftwerke

Washington (AP) – Ein internationales Abkommen über die Untersuchung der Sicherheit von Atomkraftwerken bei verschiedenen angenommenen Unfällen ist in Washington unterzeichnet worden. An den Versuchen im Testgelände der US-Energiebehörde in Idaho Falls sind neben den USA die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, die Schweiz, Italien, Großbritannien, Schweden, Finnland und Japan beteiligt. Zur Finanzierung der sieben oder acht bis 1985 vorgesehenen Versuche wurden 91 Millionen Dollar bereitgestellt.

USA / Kritik an Vereinten Nationen

Schlimme Regulationslawine

H.-A. SIEBERT, Washington

Ungewöhnlich scharf hat die amerikanische UN-Botschafterin Jeane J. Kirkpatrick die Vereinten Nationen angegriffen. Sie wirft der multinationalen Organisation mit Sitz in New York weitreichende ordnungspolitische Veränderungen vor, gegen die sich die freien Marktwirtschaften des Westens kaum wehren könnten. Sie würden einfach überstimmt.

Innerhalb der UN finde ein Kampf statt, den die USA und ihre Verbündeten verlieren würden, erklärt Frau Kirkpatrick in einer Veröffentlichung des American Enterprise Institute in Washington. Losgebrochen sei eine Regulationslawine; die meisten Maßnahmen zielten jedoch in die falsche Richtung. Sie würden ideologisch, politisch und technisch „verbogen".

„Die Regulationen werden als Instrument zur Umverteilung dessen benutzt, was man den Reichtum der Welt nennt", betont Frau Kirkpatrick. Und weiter: „Die internationale Bürokratie fungiert als die ‚neue Klasse', zu der Macht transferiert wird. Erwartet und von vielen gewünscht wird ein globaler Sozialismus." Armut könne jedoch nur durch Wirtschaftswachstum, nicht aber durch Umverteilung beseitigt werden.

Als Beispiele nennt Frau Kirkpatrick das neue internationale Seerecht, Vorschriften für Aktivitäten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern, Verhaltensmaßregeln für transnationale Unternehmen, Herstellungsformeln für Babynahrung der Weltgesundheitsorganisation sowie die von der UN Conference on Trade and Development geplanten Kodices für den Technologietransfer und die Registrierung von Schiffen. Außerdem weist die von der Georgetown-Universität in Washington beurlaubte Professorin auf Versuche hin, das internationale Patentsystem, den Agrarhandel, die Verwendung von Pestiziden und die Bilanzierungsregeln zu verändern. Frau Kirkpatrick: „Die Liste ist riesenlang."

Die Botschafterin attackiert vor allem die „Gruppe der 77", die inzwischen aus 126 Entwicklungsländern besteht. Jeder Staat habe eigene Interessen, was zu einer endlosen Reihe von Vorschlägen führe. Die Einigkeit des Blocks werde „gekauft", und zwar durch „die stillschweigende Hinnahme extremster Forderungen anderer Regierungen". Weit verbreitet in der UN seien Demagogie und Zynismus. Das UN-Seerecht bezeichnet Frau Kirkpatrick als schlimmstes Exempel globaler Umverteilung.

Kritik übt Frau Kirkpatrick daran, daß nichtstaatliche Organisationen einen immer stärkeren Einfluß auf den Regulierungsprozeß durch die Vereinten Nationen nehmen. Es handele sich zumeist um private Institutionen, die im politischen System ihres Heimatlandes nicht anerkannt würden.

ARABIENHANDEL / Hohes Niveau wird sinken

Erstmals wieder Überschuß

HEINZ HECK, Bonn

Der sinkende Ölpreis hat 1982 den erwarteten Tendenzumschwung im deutsch-arabischen Handel gebracht: Erstmals seit 1978 erzielte die Bundesrepublik im Warenverkehr mit der 21 Staaten umfassenden Gruppe der arabischen Länder wieder einen Exportüberschuß. Dem Überschuß von 6,2 Mrd. DM stand 1981 noch ein Defizit von 4,8 Mrd. DM gegenüber, so daß insgesamt ein „Swing" von rund 11 Mrd. DM erzielt werden konnte.

Der deutsche Export in diese Länder nahm 1982 gegenüber dem Vorjahr um 17,2 Prozent auf 34,5 Mrd. DM zu, während die im wesentlichen aus Rohöl bestehende Einfuhr um 17,3 Prozent auf 28,3 Mrd. DM zurückging. Damit konnte, wie das Wirtschaftsministerium (BMWi) gestern mitteilte, die Position dieses wichtigsten Exportmarkts außerhalb Europas weiter gefestigt werden. Zum Vergleich: Die Ausfuhr nach Nordamerika erreichte mit 30,6 Mrd. DM 7,2 Prozent der Gesamtausfuhr, die in die europäische Sowjetunion machte nur 20,5 Mrd. DM oder 4,9 Prozent aus.

Mit Blick auf die fallenden Ölpreise bezweifelt das BMWi allerdings auch, daß der deutsche Arabien-Export auch 1983 „dieses hohe Niveau" halten könne. Bereits im zweiten Halbjahr 1982 seien die Einnahmen der arabischen Ölländer „spürbar" zurückgegangen, und die Aussichten für 1983 seien nicht günstiger. Es gebe zur Zeit keine Anzeichen dafür, daß sie ihre Exportmengen an Erdöl steigern könnten.

OECD / Österreich hat besser abgeschnitten als die meisten Industriestaaten

Vollbeschäftigung nicht lange zu halten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Durchweg bessere Wirtschaftsergebnisse als die meisten anderen westlichen Industriestaaten erzielte Österreich in den letzten Jahren. Zwar hat sich seit 1980 unter dem Eindruck von Stagnation und Rezession auch dort die Arbeitslosigkeit erhöht. Mit zuletzt 3,7 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung (nach 2,4 Prozent 1981 und 1,9 Prozent 1980) lag sie aber immer noch erheblich unter dem OECD-Durchschnitt (9 Prozent).

Diese relative Vollbeschäftigung – das wichtigste Ziel der sozialistischen Regierung in Wien – hält aber das OECD-Sekretariat in seinem jetzt veröffentlichten Österreich-Bericht bis Anfang der neunziger Jahre schon aus demographischen Gründen für in Frage gestellt: Die Bevölkerung im berufstätigen Alter wird sich in dieser Zeit sehr stark erhöhen.

Andererseits droht bis 1985 die Stellennachfrage schwach zu bleiben. Zwar erwarten die OECD-Experten, daß das Bruttosozialprodukt Österreichs im nächsten Jahr um 2,2 Prozent und die Industrieproduktion um 3.6 Prozent zunimmt. Aber diese Fortschritte dürften im wesentlichen durch die Ausnutzung des Kapazitätsüberhangs sowie durch Rationalisierungsinvestitionen ermöglicht werden und deshalb kaum Neueinstellungen zur Folge haben. Demzufolge drohe die Arbeitslosenquote von über 4,8 Prozent 1983 auf 5,2 Prozent 1984 anzuwachsen.

Größere Möglichkeiten für eine Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie von Österreich in den siebziger Jahren mit Erfolg praktiziert wurde, sieht das OECD-Sekretariat diesmal nicht. Denn das Land müsse jetzt stärker auf die Erhaltung seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit bedacht sein. Zwar lag die österreichische Inflationsrate von 5,4 Prozent in 1982 oder 4,6 Prozent im Jahresvergleich Dezember nahe der deutschen von 5,3 und 4,6 Prozent. Jedoch sind die Löhne neuerdings stärker als in der Bundesrepublik gestiegen. Die OECD hält deshalb und um ein günstigeres Investitionsklima zu schaffen, eine strengere Einkommenspolitik für notwendig.

Schließlich werden in dem Bericht Maßnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen empfohlen, darunter die Kürzung der öffentlichen Subventionen für wenig produktive Investitionen. Mit 2,25 Prozent des Bruttosozialprodukts hielt sich das österreichische Budgetdefizit 1982 aber noch in vertretbaren Grenzen für eine Rezessionsphase. Die Leistungsbilanz des Landes war sogar praktisch ausgeglichen, und sie wird das auch in diesem Jahr bleiben.

Zusammenfassend stellt die OECD fest, daß sich Österreich in den nächsten 18 Monaten einen leichten wirtschaftlichen Wiederaufschwung leisten kann, ohne die in den letzten Jahren an der Preis- und Außenhandelsfront erzielten günstigen Ergebnisse zu gefährden, jedoch auch ohne der zunehmenden Arbeitslosigkeit Einhalt gebieten zu können.

GROSSBRITANNIEN / Urabstimmung der Bergleute

Streik findet nicht statt

WILHELM FURLER, London

Eine überraschend große Mehrheit der knapp 210 000 britischen Bergleute hat die Streik-Herausforderung ihrer Gewerkschaftsspitze zurückgewiesen. Das steht bereits jetzt fest, obwohl das offizielle Ergebnis der landesweiten Urabstimmung erst im Verlauf des heutigen Donnerstags vorliegen wird.

Damit hat der militante, linksgerichtete Präsident der britischen Bergleute-Gewerkschaft, Arthur Scargill, seine zweite vernichtende Niederlage innerhalb von nur vier Monaten hinnehmen müssen. Während es bei der Abstimmung Ende Oktober/Anfang November vergangenen Jahres noch um die viele Bergleute verwirrende Kombination der Forderung nach höheren Bezügen sowie der Ablehnung von Zechen-Stillegungen ging (Scargill verlor damals mit 81 952 gegen 125 233 Stimmen), konzentrierte sich der streikfreudige Gewerkschaftsführer diesmal ausschließlich auf das sensible Problem der Zechenschließungen.

Wie es aussieht, hat er sich erneut gründlich verkalkuliert. Für einen landesweiten Streik wären mindestens 55 Prozent der abgegebenen Stimmen nötig gewesen. Den jetzt vorliegenden Hochrechnungen zufolge dürften sich 65 Prozent der Bergleute gegen Kampfmaßnahmen entschieden haben.

Die jüngste Kampagne der Gewerkschaftsführung wurde ausgelöst durch die Ankündigung der staatlichen Kohlegesellschaft National Coal Board, eine 108 Jahre alte Kohlegrube in Südwales zu schließen. Obwohl die mageren Kohlereste aus dieser Zeche nur im völlig veralteten Verfahren gefördert werden können, womit es zu einem Jahresverlust von mehr als 25 Millionen Mark kommt, traten die 540 Kumpel in den Streik, dem sich alle 23 000 Bergleute in den 33 Zechen von Südwales anschlossen.

Scargill und seine Funktionäre nahmen diese Gelegenheit zum Anlaß, die britischen Bergleute zum Streik gegen jede Zechenstillegung aufzurufen, sofern nicht auch das letzte Stück Kohle gefördert worden sei. Auch die Warnung der Gewerkschaftsführung, die von der Regierung in Aussicht gestellte Berufung des derzeitigen Chairman von British Stelel, Ian MacGregor, zum neuen Vorsitzenden des Coal Board würde eine massive Vernichtung von Arbeitsplätzen zur Folge haben, konnte die Bergleute nicht schrecken.

136. Igedo übertrifft alle Erwartungen

HERBERT KLAR, Düsseldorf

Erhöhte Besucherzahlen und eine verstärkte Ordertätigkeit kennzeichneten den Geschäftsverlauf der größten internationalen Modemesse, der 136. Igedo, die gestern in Düsseldorf zu Ende ging. 43 728 Einkäufer aus dem In- und Ausland vergaben mit 36,5 Prozent den größten Teil ihres Vorordervolumens für die Modesaison Herbst/Winter 1983/84, wurde mitgeteilt.

Aussagen von Industrie und Handel betonen, daß der bisher zu verzeichnende Rückgang des Gesamtordervolumens deutlich gestoppt werden konnte. Nach Angaben der Messeleitung verzeichneten über 78 Prozent der Hersteller ein erhebliches Order-Plus gegenüber 1982 oder konnten mit dem Vorjahresergebnis abschließen. Auch die aktuelle Ware in der Nachorder wurde um fast 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Für Einkäufer und Hersteller war die Igedo ein alle Erwartungen übertreffender Erfolg. Bei der Handels- und Einkäuferstruktur war eine starke Zunahme der Bekleidungsfachgeschäfte zu verzeichnen. Bei den verschiedenen Produktgruppen galt die besondere Aufmerksamkeit des Handels den Bereichen Strick, Kleider, Blusen, Hosen, Röcke und den Accessoires. Die 137. Igedo findet vom 24. bis 27. April in Düsseldorf statt.

COLONIA BAUSPARKASSE / Optimismus für 19

Über Branchen-Durchschn

HERBERT KLAR, Düsseldorf

Ein „über Erwarten gutes Geschäftsjahr" verzeichnete die Colonia Bausparkasse AG, Dortmund, 1982, dem 50. Jahr ihres Bestehens, betonte der Vorsitzende des Vorstandes Wolfgang D. Klöckler. Das im Vergleich zum Branchendurchschnitt (minus 17 Prozent) relativ günstige Abschneiden seiner Gesellschaft führte Klöckler auf erhöhte Vertriebsanstrengungen zurück. Besonders vor dem Hintergrund der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sei man zufrieden.

Das Institut, das im Mittelfeld der privaten Bausparkassen liegt, hat 29 700 neue Verträge (minus 9,4 Prozent) mit einer Netto-Bausparsumme von 952 Mill. DM abgeschlossen. Dabei betrug die durchschnittliche Bausparsumme je Vertrag 32 100 (29 000) DM. Groß- und Schnellsparverträge hatten am Neugeschäft nur noch einen Anteil von 3,4 (5,1) Prozent.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wuchs der Gesamtvertragsbestand der Colonia Bausparkasse u Mill. DM (plus 5,8 Prozent) Mrd. DM Bausparsumme. Die der Verträge nahm um 5,2 Pro auf 258 000 DM zu. Der gesa Geldeingang stieg um knapp Prozent auf 371,6 Mill. DM. D gen sank der Spargeldeingang 7 Prozent auf 225,6 Mill. DM. Einlagenbestand nahm dem auf 984 Mill. DM (plus 6,2 Proz zu. An Bausparer wurden 425 DM ausgezahlt (minus 13,5 zent). Der Darlehensbestand auf 867,4 Mill. DM (plus 6,8 zent). Die Bilanzsumme er sich geringfügig auf 1,14 Mrd.

Mit dem Jahresergebnis ist zufrieden, da es neben einer un änderten Dividende von 11 zent eine angemessene Zuführ zu den Rücklagen erlaubt.

Für 1983 ist Klöckler „relati timistisch" und rechnet dami noch in diesem Jahr die Bind für Bausparverträge von 10 au Jahre verkürzt wird sowie die günstigten Einkommensgrenz überprüft werden.

JAPAN / Sparhaushalt verabschiedet

Schuldenberg wächst weiter

FRED de la TROBE, Tokio

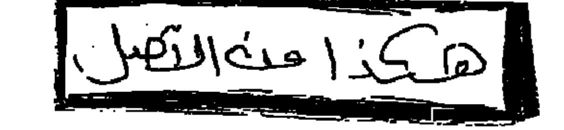
Das japanische Abgeordnetenhaus hat den Staatshaushalt für das Fiskaljahr 1983/84 (April–März) mit der Mehrheit der Regierungspartei verabschiedet. Das als „Sparetat" bezeichnete Budget in Höhe von 503,8 Mrd. DM liegt nur um 1,4 Prozent höher als der Vorjahreshaushalt. Die sechs wichtigsten Ausgabenposten waren Leistungen für Sozialversicherung, Schuldendienst des Staates, Finanzausgleich mit den Gebietskörperschaften, öffentliche Bauarbeiten, Bildungswesen und Verteidigung.

Nicht zuletzt auf Druck der Vereinigten Staaten wurden die Verteidigungsausgaben um 6,5 Prozent angehoben. Außerdem mußte der Schuldendienst um 4,6 Prozent erhöht werden. Die anderen Ausgaben stagnierten, während der Finanzausgleich mit den Gebietskörperschaften einen um 20 Prozent niedrigeren Betrag vorsieht.

Der neue Haushalt steht im Zeichen der steigenden Schuldenlast des Staates und eines enormen Budgetdefizits. Die Staatsschuld ist auf nahezu eine Billion Mark angeschwollen. Das entspricht mehr als einem Drittel des für 1983/84 erwarteten Bruttosozialprodukts. Das ist ein Anteil, den n noch Großbritannien übertrifft.

Auf die Ausgabe neuer Obligati nen kann der Staat weiterhin ni verzichten, um die Lücke bei d Einkommen zu schließen. Im ko menden Fiskaljahr wird es sich einen Betrag von 133,5 Mrd. M handeln. Der Schuldendienst, d zweitgrößte Ausgabenposten Haushalt, wird 1983/84 nicht we ger als 81,9 Mrd. Mark ausmach Die Steuereinnahmen decken kommenden Fiskaljahr ledigl 64 Prozent der Gesamtausgaben

Der hohe Schuldenberg und d Defizite wirken auf die allgem Wirtschaftsentwicklung Bremsklötze. In ihrem neue Bericht stellt die Bank von Ja fest, daß ein Ende der Konjunk flaute nicht in Sicht ist. Die landsnachfrage, Exporte Umsätze und Gewinne der Un nehmen werden danach in d kommenden Monaten weiterh unbefriedigend bleiben. Die Ka talinvestitionen der Industrie w den der Zentralbank zufolge in d sem Jahr sogar um 2,3 Proz abnehmen. Die Arbeitslosenquo erreichte im Januar mit 2,72 Pr zent den höchsten Stand seit Jahren; 1,6 Millionen Personen w ren erwerbslos. (SA



SSAG / Zufriedenstellendes Ergebnis

wache NE-Metallmärkte

IK SCHMIDT, Hannover
.. die ungünstige Preisent- ..g für Blei und Zink und ..ußen im Erdgas- und Erdölbe- .. sich 1982 negativ auf die Er- ..gsrechnung der Preussag AG, ..nnover, auswirkten, beurteilt ..er *Vorstand das vorläufige* ..ahresergebnis als zufriedenstel- ..end. Dazu beigetragen haben vor ..llem die Sparten Verkehr und ..ohle. Der Baubereich weise eine ..egenüber dem Vorjahr stabilisier- .. Ertragsentwicklung aus. Kon- ..rete Zahlen werden in dem Zwi- ..chenbericht nicht genannt, ..benso wie Aussagen zur Dividen- ... Für 1981 hatte die Preussag 16 ..rozent ausgeschüttet. Inzwischen ..urde das Grundkapital auf 350 ..15) Mill. DM aufgestockt.

Innerhalb des Konzerns stiegen die Fremdumsätze im Berichtsjahr nur leicht, um 1,3 Prozent, auf 4,04 (3,98) Mrd. DM. Auch hier verlief die Entwicklung der einzelnen Geschäftsbereiche unterschiedlich. So ging der Umsatz mit Metallen, der wichtigsten Sparte, auf 1,11 (1,15) Mrd. DM zurück. Erhöhte Umsätze weisen dagegen die Bereiche Verkehr (637 nach 555 Mill. DM), Erdöl und Chemie (830 nach 824 Mill. DM) und Kohle (876 nach 853 Mill. DM) aus. Der Bau-Umsatz verringerte sich auf 581 (595) Mill. DM. Die Investitionen erreichten 374 (294) Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter im Konzern nahm um 247 auf 16 743 ab.

Unverändert schwach, so *schreibt der Preussag-Vorstand,* blieb die Nachfrage auf den NE-Metallmärkten. Zwar seien die Zink-Notierungen an der Londoner Metallbörse etwas angestiegen. Der rückläufige Pfund-Kurs führte jedoch im letzten Quartal zu niedrigeren DM-Gegenwerten. Weitgehend störungsfrei verlief die Produktion in den inländischen Zink- und Bleihütten. Die verschlechterte Preissituation und die ungünstige Absatzlage für Blei auf dem nordamerikanischen Markt veranlaßte die Preussag, den Betrieb der Hütte in Montreal im November vorläufig einzustellen.

Differenziert verlief die Geschäftsentwicklung bei der britischen AMC-Gruppe. Im internationalen Effektivhandel blieb das Geschäft unbefriedigend. Vor allem in den USA ging der Metallhandel, mit Ausnahme von Kupfer, stark zurück. In Kanada und London profitierte AMC dagegen von lebhaften Handelsaktivitäten.

AEG-GLÄUBIGERVERSAMMLUNG / Um elf Uhr wurde das Ereignis auf heute vertagt

Die einzige Sensation betraf die Tochter Telefunken

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Knapp einen Monat vor ihrem hundertsten Geburtstag steht die kränkelnde alte Dame wieder im Rampenlicht: Die AEG-Telefunken AG, Frankfurt, – oder besser – ihr Vorstand, trifft sich mit den Gläubigern zum Vergleichstermin. Viel Spannung liegt nicht mehr über dem Ereignis, wenn es auch um Deutschlands größte Nachkriegsinsolvenz geht. Schließlich sind die erforderlichen Mehrheiten schon im voraus über schriftliche Zusagen erreicht worden.

So nimmt es auch nicht wunder, daß die Stimme der Vergleichsrichterin Marion Peppler aus dem *dröhnenden* Zentrallautsprecher der Frankfurter Festhalle (mit ihren maximal 11 000 Sitzplätzen sonst Ort von Sechstagerennen, Rock-Konzerten oder Eisrevuen) nur über eine recht kleine Schar Unverzagter hinwegdonnerte. Gerade 200 bis 300 distinguierte Herren und (wenige) Damen erschienen, überwiegend „Profis" wie Anwälte oder Firmenjuristen.

Um es vorwegzunehmen: Um 11 Uhr war das Tagessoll vollbracht, die Mittwochsveranstaltung abgeschlossen. Ganze vier Fragen kamen aus dem Auditorium. Die einzige Sensation des Vormittags: Vergleichsverwalter Wilhelm Schaaf, nach 20 Jahren im Pleiten-Geschäft ein kühler Routinier der Materie, verkündete den Verkauf von drei Vierteln der Telefunken GmbH an den französischen Konzern Thomson-Brandt.

Ansonsten ließ man über sich ergehen, was die Vergleichsordnung vorschreibt. *Entsprechend* der Paragraphen-Dramaturgie verlas die Richterin den Vergleichsvorschlag, um ihn von einem Konzern-Vertreter bestätigen zu lassen. Anschließend Verlesung des Pflichtgutachtens von der Industrie- und Handelskammer, die mit Akribie noch einmal die Ursachen der Pleite zusammengefaßt hat.

Den längsten Auftritt hat wie üblich der Vergleichsverwalter, der sich mit der Entwicklung der letzten 5 Jahre bis zum Vergleich auseinandersetzen muß. Sehr klar zeigt er die Hauptursachen für die Finanzlücken der AEG auf: 1,7 Milliarden Mark Verluste im Kernkraft-Geschäft und 2,3 Milliarden nicht gebildeter Pensionsrückstellungen (die schließlich auch unverzinsliches Fremdkapital sind) addieren sich allein bereits zu einer Lücke von 4 Milliarden, die durch die wachsenden Verluste im Konsumenten-Geschäft auch nicht kleiner geworden ist.

Auch die Stoßrichtung der Sanierung deutet er an: 6,4 der 8 Milliarden Mark Umsatz im Investitionsgütergeschäft wurden mit Gewinn oder ausgeglichen getätigt, 1,6 Milliarden mit Verlust. Die 4,5 Milliarden Konsumgüterumsatz aber brachten nur große Verluste. Interessant schließlich noch der Status zur Vergleichseröffnung am 9. August 1982: Den 2,7 Milliarden verfügbaren Vermögens standen 6,7 Milliarden quotenberechtigter Verpflichtungen gegenüber.

Die Versammlung wird am Donnerstag und Freitag mit den Erörterungen der einzelnen Forderungen und Stimmrechte fortgesetzt. Überraschungen wird es auch dabei nicht mehr geben. Denn das Ergebnis der Schlußabstimmung liegt schon fest. Den endgültigen Schlußpunkt setzt schließlich die Richterin – sie hält die Einigung der AEG mit ihren Gläubigern im Bestätigungsbeschluß fest. Danach läuft für die AEG die Stoppuhr für die Erfüllung des Vergleichsangebots. Auch hier scheint schon alles gelaufen. Denn gegenüber den Lieferanten stehen nur 50 Millionen Mark offen; der Rest der rund 1,3 Milliarden Vergleichsschulden liegt bei den Banken.

WASSERWIRTSCHAFT

„Trinkwasser ist einwandfrei"

HANS BAUMANN, München

„Über 96 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland erhalten einwandfreies Trinkwasser aus der öffentlichen Versorgung. Damit ist im internationalen Vergleich ein Spitzenplatz gesichert." Mit diesem Zitat aus dem Wasserversorgungsbericht des Bundesinnenministers hob der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft, Fritz Gläser, auf einer internationalen wasserwirtschaftlichen Tagung in München den hohen technischen und biologischen Stand der deutschen Wasserversorgung hervor.

Für die Bundesrepublik gilt es nach Gläser, diesen hohen Leistungsstand zu erhalten und nach Möglichkeit auszubauen. Voraussetzung dazu sei die Investitionsmöglichkeit der Wasserwerke. Die Bereitschaft dazu sei in hohem Maße vorhanden, wie der Einsatz von 2,3 Mrd. DM im vergangenen Jahr erwiesen habe. Er verwies darauf, daß vor der Freigabe der Wasserpreise in der Bundesrepublik 1959 lediglich knapp 400 Mill. DM investiert worden seien. Die Prognosen seines Verbandes zeigten, daß auch in den kommenden Jahren hohe Investitionen zu erwarten seien. Der Wasserverbrauch ist 1982 bei Haushalten und Kleinverbrauch nur noch um 2,5 Prozent gestiegen. In der Industrie ging er sogar leicht zurück. Bis zum Jahr 2000 rechnet der Verband mit jährlicher Zunahme des Wasserverbrauchs in Haushalten um 1 Prozent.

PHILIPP HOLZMANN / Auftragseingang gestiegen

Mit dem Ergebnis zufrieden

INGE ADHAM, Frankfurt

Wir haben „im Geschäftsjahr 1982 wieder ein zufriedenstellendes Gesamtergebnis erzielt", schreibt der Vorstand der Philipp Holzmann AG seinen Aktionären in einem ersten Überblick über das vergangene Jahr. Die Aktionäre können also mindestens mit 10 DM *Dividende je 50-DM-Aktie* rechnen, die im vergangenen Jahr aus dem Überschuß von 43 (40) Mill. DM gezahlt worden waren.

Auch bei Holzmann hat die ungünstige gesamtwirtschaftliche Lage einige der inländischen Tochtergesellschaften beeinflußt. Das Inlandsgeschäft der Muttergesellschaft schloß aber positiv ab, und auch das Auslandsgeschäft (inklusive USA) lief „insgesamt ohne größere Beeinträchtigungen".

Wie erwartet blieb die Bauleistung im Konzern mit 7364 (i. V. 7674) Mill. DM um 4 Prozent unter dem Vorjahresstand. Dafür sorgte das Auslaufen einiger ausländischer Großprojekte, was die Auslandsbauleistung um gut 6 Prozent auf 5101 (5430) Mill. DM sinken ließ.

Beim Auftragszugang zeigt Holzmann wie gewohnt Plusraten (plus 5 Prozent). Die neuen Aufträge flossen jedoch sehr ungleichmäßig: So holte die Muttergesellschaft im Ausland 34,6 Prozent mehr Aufträge als im Jahr vorher herein, bei den Beteiligungsgesellschaften waren die neuen Aufträge dagegen ein Fünftel kleiner. Traditionell stark im Geschäft war Holzmann auch im vergangenen Jahr in Saudi-Arabien; im laufenden Jahr *wurde bereits ein erster* neuer Großauftrag (Internationales Sportstadion in Riad) für 830 Mill. DM abgeschlossen.

In das neue Geschäftsjahr ist Holzmann mit einem Auftragsbestand von 9612 (9020) Mill. DM gegangen, 6,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Davon stammen 1876 (plus 2,6 Prozent) aus dem Inland und 7736 Mill. DM (plus 7,6) Prozent) aus dem Ausland. Neue Großbaustellen in Saudi-Arabien haben im letzten Quartal 1982 wieder zu steigendem Personalbedarf geführt, relativiert der Vorstand den Rückgang der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl im Ausland um gut 14 Prozent auf 23 100 Mitarbeiter; im Inland arbeiteten 1982 im Jahresdurchschnitt 14 500 Beschäftigte, 0,7 Prozent mehr als 1981. Investiert wurden in der AG wieder 75 Mill. DM für Ersatz- und Rationalisierung im Inland sowie Geräte für Auslandsbaustellen.

DEUTSCHE HYPO / Aktionärswünsche erfüllt

Chancen werden noch besser

C. DERTINGER, Frankfurt

Auf das Glatteis der Prognose wollte sich Rudolf Fabian, Vorstandssprecher der zum Dresdner-Bank-Konzern gehörenden Deutschen Hypothekenbank Frankfurt-Bremen (Meininger) nicht locken lassen; aber bei sinkenden Zinsen – *Fabian schließt einen Rückgang des zehnjährigen Kapitalmarktzinses* von jetzt 7,6 auf glatte 6 Prozent nicht aus – und nach 1 Mrd. DM Darlehenszusagen seit Jahresbeginn (im ganzen Vorjahr gut 1,7 Mrd. DM) erscheint seine Hoffnung, daß der 1982 schon spürbar gestiegene *Ertrag* in diesem Jahr noch deutlich zunimmt, wohl begründet.

Für 1982 beteiligt die Bank ihre Aktionäre, darunter ein Fünftel freie, an dem von 25,6 auf 31,5 Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß mit 2,50 DM Bonus auf die unveränderte Dividende von 10 DM je 50-DM-Aktie, und als zusätzlichen Bonbon verteilt sie, wie gestern bereits berichtet, Gratisaktien im Verhältnis zehn zu eins, womit sie auf der letzten Hauptversammlung postulierten Aktionärswünschen entgegenkommt. Die offenen Rücklagen werden um 19,75 auf 279,5 Mill. DM gestärkt. Mit 323,7 Mill. DM Eigenmitteln verfügt die Bank dann über einen Umlaufspielraum von 3,5 Mrd. DM, der sich durch Tilgungsrückflüsse auf mehr als 5,4 Mrd. DM erhöht.

Die Ertragsverbesserung auf das Spitzenniveau von 1979 spiegelt sich nicht nur in der Zunahme des Zinsüberschusses einschließlich des „Einmalertrags" von 79,7 auf 94,5 Mill. DM, also um 18,6 Prozent, *sondern auch in der Steigerung* des EEV-Steueraufwands um 24 Prozent auf 42,3 Mill. DM sowie vor allem auch im Anwachsen des „passivischen Rechnungsabgrenzungspostens", des steuerfreien Ertragsdepots, von 50 auf 70 Mill. DM, in dem die Damnen für niedrig verzinsliche Darlehen, also eigentlich Zinsbestandteile, bis zur Auflösung aufbewahrt werden.

In dem 1982 von 1,65 auf 1,73 Mrd. DM gestiegenen Neugeschäft dominierten erstmals seit zehn Jahren wieder die Hypothekenzusagen mit einem Anteil von 927 Mill. DM, während das Kommunalgeschäft von 949 auf 799 Mill. DM zurückging. Ausgezahlt wurden 1,5 (1,8) Mrd. Darlehen. Wegen der hohen Tilgungen von 1,25 Mrd. DM schlug sich das Neugeschäft jedoch nur in einer bescheidenen Steigerung des Darlehensbestands von 12,9 auf 13,1 Mrd. DM und der Bilanzsumme von 13,4 auf 13,7 Mrd. DM nieder.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Katharina Hirling geb. Schmidt, Kauffrau, Inh. d. Fa. „Der Herr"; **Ahrensburg:** Beauty Boutique, Inh. Karin Erxleben geb. *Hennings*; ***Aschaffenburg:** Georg Hofmeister* GmbH, Haibach; **Berlin:** SOB-Beteiligungsges.mbH & Co. Grundstücksverwaltungs-KG; HAF-Beteiligungsges. mbH & Co. Grundstücksverwaltungs-KG; Wolfgang Lischetzke; **Calw:** Nachl. d. Franz Hornung, Wilberg; RUC-Konfektions-GmbH, Haiterbach; **Coburg:** Nachl. d. Hein Walter; **Duisburg:** Die Brücke-Verein zur Förderung der Brücke-Arbeit f. unorganisierte Jugend im Bistum Essen, Oberhausen; **Essen:** GOP Unternehmensberatung Essen GmbH; **Gütersloh:** Fortkord u. Böckenhüser KG; **Hannover:** „Go-Gärtchen" Gaststättenbewirtschaftungs- u. Beteiligungsges. mbH; Kaufbeuren: Ferdinand Brandl GmbH, Germaringen; **Koblenz:** Beamten-Einkauf eG; **Köln:** H. Bungart KG, Fabrik elektr. Maschinen; **Landshut:** Nachl. d. Reinhold Dengler, Maurer, Mammingerschwaigen; **Lörrach:** GKK Leiterplatten GmbH; **Meldorf:** Johannes Arens, Kaufmann, Ostrohe; **Donauwörth, Amtsgericht Nördlingen:** Nachl. d. Heinz Klaus Krupsky, Neuburg/Donau; **Passau:** Josef Esselberger, Bauunternehmer; **Remscheid:** Jung + Jung GmbH, Solingen; **Saarlouis:** SATEX-Bekleidungsfertigung GmbH, Wadgassen; **Schlüchtern:** Nachl. d. Reinhard Thiedemann, Bad Soden-Salmünster; **Wesel:** Radio Gneiser GmbH, Voerde; *Horst Gneiser, Kaufmann,* Alleininh. d. Fa. 1) IMONIG 2) Wilhelm Schulz Maschinen- u. Apparatebau; **Würzburg:** Gradl GmbH; **Wuppertal:** Annemarie Krauter, Velbert.

Anschlußkonkurs eröffnet: Frankfurt/Main: KG in Fa. KAISER-OMNIA Bausysteme GmbH & Co; **Hannover:** Nachl. d. Helmut Beye, Inh. d. Einzelfa. Helmut Beye, Garten- u. Landschaftsbau; **Köln:** Bruncken-Elektromotoren GmbH; **Recklinghausen:** Osthushenrich u. Wilms o. H. Hosenfabrik, Datteln; Peter Reinhard Wilms, Olfen; **Wuppertal:** Thomas-Werkzeuge Paul Thomas GmbH & Co. KG;

Vergleich eröffnet: Neustadt: a) Fa. Mohr & Federhaff AG, b) Fa. IBAG-Vertrieb GmbH, c) Fa. MFL Prüf- u. Meßsysteme.

Vergleich beantragt: Freiburg i. Br.: Freiburger Air Service GmbH; **Göppingen:** esbi Süddeutsche Baumwolle-Industrie AG, Kuchen; **Hannover:** Wolfgang Heine GmbH & Co; **Schwelm:** Fritz Wülfing KG, Ennepetal-Milspe; **Ulm (Donau):** Süddeutsche Elektrowärme-Fabrik f. Heizkissen, Heizdecken u. Bettwärmer-Ges. mbH;

NAMEN

Staatssekretär a. D. Dr. Georg-Wilhelm Rehm und Prof. Hans Süssenguth sowie der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, **Heinz Kluncker,** haben ihre Aufsichtsratsmandate bei der Lufthansa AG, Köln, niedergelegt. Als Nachfolger wurden **Alfred Bayer,** Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, und **Dr. Rudolf Eberhard,** Präsident der deutschen Zentrale für Tourismus, bestellt. Die Gewerkschaft ÖTV hat **Franz Holländer** benannt.

Dr. Wilhelm Hartmann, Aufsichtsratsvorsitzender in drei Unternehmen der Iduna-Versicherungsgruppe, Hamburg, wird am 10. März 75 Jahre alt.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich R. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Ernüchterung bei den Aktien

Gewinnmitnahmen sorgten für sinkende Notierungen

Obwohl die private Bankenkundschaft ihre Aktienkäufe nahezu unvermindert fortgesetzt hat und auch aus dem Ausland mehr Kauf- als Verkaufsaufträge vorlagen, gaben die Aktien mehrheitlich unter Schwankungen nach. Ausschlaggebend dafür war die wachsende Neigung inländischer institutioneller Anleger, zumindest einen Teil der Kursgewinne sicherzustellen. Sie wiesen aber darauf hin, daß damit keine grundsätzliche Neueinschätzung des Aktienmarktes verbunden ist, sondern sie bereit sind, bei weichenden Notierungen wieder in die Aktien zurückzukehren. Der Entschluß, gerade jetzt Gewinne zu realisieren, wurde durch den vorangegangenen Rückschlag am New Yorker Aktienmarkt psychologisch beeinflußt.

Relativ wenig von Glattstellungen betroffen waren Siemens-Aktien, die gegenüber dem Vortag nur um 1,50 DM zurückfielen. Hier lagen allerdings recht massive Kaufaufträge aus dem Ausland vor, die teilweise vorbörslich abgewickelt worden waren. Bei den Autoaktien gab es dagegen Einbußen bis zu 5 DM. Zu einer Sonderbewegung kam es bei der Preussag, wo der Kurs um rund 4 DM anzog. In Börsenkreisen wird aufgrund des jüngsten Aktionärsbriefes vermutet, daß die Dividende trotz des 1982 rückläufig gewesenen Ertrages gehalten werden kann und daß die jetzt anziehenden Rohstoffpreise dem Unternehmen zugute kommen.

Düsseldorf: Keramag erhöhten sich um 4 DM auf 175 DM, Biewag stiegen um 5 DM auf 157 DM und Allianz Leben schlossen mit einem Plus von 30 DM auf 1850 DM. Hochtief fielen um 17 DM auf 525 DM. Stinnes verminderten sich um 5 DM auf 505 DM und Ravensburger Spinne sanken um 4 DM auf 147 DM.

Frankfurt: Einzelne Standardwerte wurden bis zu 8 DM pro Aktie zurückgenommen; relativ gut behauptet waren Preussag und Kaufhausaktien. So Cassella 335 DM (minus 10 DM), Enka 112 DM (minus 8 DM), Neckermann bei Minusankündigung 81 DM (minus 9 DM), Aesculap 301 (minus 9 DM).

Hamburg: HEW wurden mit 114 DM plus 0,50 DM und NWK Vz. mit 162,50 DM minus 1,50 DM bezahlt. Die regionalen Banken tendierten schwächer, Vereins- u. Westbank 293 DM minus 2 DM und Hypothekenbank Hamburg 469 DM minus 2 DM. Conti Gummi gaben um 1 DM und Phoenix 1,80 DM nach. Reichelt wurden mit 69 DM gehandelt.

München: Audi verbesserten sich um 9 DM auf 207 DM. Agrob Vz. gaben um 5,30 DM auf 505 DM nach, Deckel verminderten sich um 4,90 DM auf 105 DM, Grünzweig fielen um 5 DM auf 187 DM und Leonische Draht sanken um 7 DM auf 311 DM.

Berlin: Dt. Hypobank Berlin zogen um 6,50 DM, DUB-Schultheiss um 6 DM und Engelhardt um 5 DM an. Bekula konnten sich um 2,50 DM und Adca um 1,40 DM verbessern. Berthold büßten 6,80 DM, Schering 5,80 DM, AEG und Herlitz Vz. je 4 DM und Berliner Kindl 3 DM ein. DeTeWe verloren 2 DM, Herlitz Stämme und Orenstein je 1 DM.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

(Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München; Aktien-Umsätze; Inlandszertifikate)

	9.3.	8.3.
H AachM Beteil. 9	578	568
H Aach. M. Vers. 5	265	255T
D Aach. Rück. 9+7,5	820bB	820
D Aseag *4	190G	190G
M Ack-Gögg 2,5	95	101
H Adca 0	87	86,5
D Adler 9	298G	298G
F Adt AG 7,5	165bG	170
F AEG-Telef. 0	53,5	58,4
D AEG-Kabel 7 + 1	231	231
S Aesculap 8	301	312
D Agrippina *7	610T	615T
M Agrob *9	349	345
M dgl. Vz. *11	350,5	357,8

	9.3.	8.3.
H Breitenb.-C. *28	495bB	490TG
H Br. Straßb. *0	230G	230G
H Br. Vulkan 0	39,9	39
H Br. Wollk. 6	125,5	125,5
F BBC 6	212,5	218
S BSU Textil %12	1200G	1200G
D Buckau-W. 0	111,5	112,5
D Buderus *12,6	350bG	352
M Bgl. Br. Ing. *11+1	715G	715
S Bgl. Brh. Rav. *5	400G	400G
D Burbach 3,2	145T	145T
S Calw D. *18	660G	660bG
F Cassella *9	335	345
F Ceag 0	90,1	91

	9.3.	8.3.
H Elkraft 0	55	55
B Engelhardt 6	227	222T
D Enka 3,33	116	120
M Erlus 10	350bB	340B
M Erste Kulmb. 8	770	765B
S esbi *0	72TB	80bG
S Essl. Masch. *10	485	470G
M Esterer *30	640B	650bB
D Farb. Liqu. RM 0	11,35	11,6
F Flachglas 10	282	290
H Flb. Schiff 3	131,8	129,8
D Ford *0	950T	950T
B Forst Ebn. *4	2150B	2150B

	9.3.	8.3.
H Holsten-Br. 6	254,9	258
F Holzmann 10	523	521
D Horten 2,5	140	138
B Hw. Kayser *12	241G	241bG
D Hussel 7	222	222,2
D Huta Heg. 5	145	145bG
M Hutschenr. 8,5+1	232bG	240bB
H Hypo Hbg. 10+2	449	474
D IKB 7	176	184
S IWKA 0	133,5	134
M Isar-Amper 6	272	272bG
D Isenbeck *9,5	300G	300G
H Jacobsen *6	626G	622G
H Jute Bremen *6	290T	295G

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Junge Aktien

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

	9.3.	8.3.
Delta Airlines	46,375	47
Digital Equipm.	130,125	131,875
Dow Chemical	31,875	32,75
Du Pont	40,75	41,625
Eastern Gas-Fuel	20,125	20,125
Eastman Kodak	84,75	85,875
Exxon	30,75	31
Fabergé	19,50	19,625
Firestone	18,875	19,125
Fluor	21	21,50
Ford	39,375	40
Foster Wheeler	13,50	13,375
Fruehauf	33,625	33,50
GAF Corp.	15,75	18,875
General Dynamics	41,625	41,875
General Electric	104	108

	9.3.	8.3.
Pfizer	75,75	77
Phibro	66	68
Phillips Petroleum	33,25	33,75
Philip Morris	61,25	62,50
Pittston	14,375	13,75
Polaroid	28,75	29
Prime Computer	40,50	41,875
Procter & Gamble	54,50	56,25
RCA	24,50	25,375
Revlon	36,50	36,50
Reynolds Ind.	49,75	49,875
Rockwell Int.	51,75	51,75
Rorer Group	24,625	24,875
Schlumberger	42	41,25
Sears, Roebuck	34	34,75
Shell Oil	38,125	38,50

Toronto

	9.3.	8.3.
BP Canada	33	33
Bluesky Oil	2,90	2,80
Brenda Mines	14	14
Brunswick M. & Sm.	15,75	16
Can. Cement	16,125	16
Cdn. Imperial Bk.	33,50	33,75
Cdn. Pacific Ltd.	43,50	44,25
Cdn. Pacif. Enterpr.	21,25	21,75
Cominco	51,875	52
Coseco Res.	3,50	3,55
Denison Mines	35	37
Dome Petroleum	3,75	3,80
Domtar	24,375	24,25
Falconbridge Nickel	58,50	58
Great Lakes Paper	75,50	77
Gulf Canada	13,375	13,625

London

	9.3.	8.3.
Barclays Bank	508	495
Beecham	403	384
Bowater	195	198
B. A. T. Industries	635	650
Br. Leyland	27	27
British Petroleum	312	318
Burmah Oil	131	133
Cadbury Schweppes	125	124
Charter Cons.	231	228
Cons. Gold Fields	494	494
Cons. Murchison	430	425
Courtaulds	–	92
De Beers $	730	735
Distillers	229	235
Driefontein $	31,5	33
Dunlop	46	46

Mailand

	9.3.	8.3.
Lepetit St.	29300	29540
Magneti Marelli	782	796
Mediobanca	66000	66800
Mondadori	3790	3895
Montedison	137	139,25
Olivetti Vz.	2640	2920
dgl. St.	2795	2890
Pirelli SpA	1699	1720
Rinascente	359	364,25
RAS	136700	137000
S. A. I.	15800	15800
SIP	2020	2071
Snia Viscosa	955	970
STET	1875	1900
Index	–	205,51

Wien

	9.3.	8.3.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	209	209
Gösser-Brauerei	197	196
Länderbank Vz.	208	208
Österr. Brau AG	200	–
Perlmooser	319	295
Reininghaus	–	250
Schwechater Br.	136	136
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	164	164
Universale Hoch/Tief	–	216
Veitscher Magnesit	184	176
Index	51,3	51,15

Tokio

	9.3.	8.3.
Tokyo El. Power	1110	1100
Toray	349	350
Toyota Motor	985	998
Index	589,54	591,72

Kopenhagen

	9.3.	8.3.
Den Danske Bank	254	240,75
Jyske Bank	393,25	394
Kopenh. Handelsbk.	245,50	249,50
Novo Industri	2130	2700
Privatbanken	244	247,75
Ostasiat. Komp.	124	141
Dan. Sukkerfabr.	480	488
For. Bryggerier St.	750	750
Kgl. Porc. Fabr.	260	260

Zürich

Brüssel

	9.3.	8.3.
Arbed	1205	1104
Brux. Lambert	1750	1670
Cockerill Ougrée	95	95
Ebes	2090	2050
Gevaert	2080	1890
Kreditbank	4990	4505
Pétrofina	4680	4705
Soc. Gén. d. Belg.	1460	1408
Soffina	4190	4050
Solvay	2430	2345
UCB	2890	2885
Index	108,74	109,25

Madrid

Hongkong

Singapur

	9.3.	8.3.
Cycle + Carr.	4,46	4,20
Cold Storage	4,46	4,90
Dev. Bk. of Sing.	8,95	–
Fraser + Neave	7,65	7,98
Kl. Kepong	2,51	2,48
Mal. Banking	7,50	7,25
Nat. Iron	8,30	8,30
OCBC	10,20	10,28
Sime Darby	2,33	2,50
Singapur Land	7,55	7,60
Un. Overs. Bank	4,66	4,48

Paris

Sydney

	9.3.	8.3.
Brok. Hill South	4,00	4,00
Brok. Hill Prop.	6,50	6,60
Coles	2,45	2,48
CRA	4,45	4,65
CSR (Theiss)	2,65	2,75
Metals Expl.	0,55	0,55
MIM-Holdings	4,27	4,53
Myer Emporium	1,33	1,32
North Broken Hill	2,45	2,56
Oakbridge	1,05	1,18
Peko Wallsend	6,36	6,50
Poseidon	4,44	4,85
Thomas Nat. Tr.	1,62	1,70
Waltons	–	0,43
Western Mining	4,15	4,30
Woodside Petr.	0,72	0,71
Index	516,7	524,5

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 9. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛–9⅜	5–5¼	3½–4⅛
3 Monate	9¼–9½	5–5¼	3½–4
6 Monate	9¼–9⅜	5–5¼	3½–4
12 Monate	9⅜–9¾	5⅛–5½	3⅝–4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9. 3.: Tagesgeld 5,80–5,90 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 5,40–5,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9. 3.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 9. 3.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 9. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,50 Verkauf 25,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 9. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1285,00	1565,05
10 US-Dollar (Indian) **)	918,00	1172,94
5 US-Dollar (Liberty)	393,00	540,14
1 £ Sovereign alt	235,00	288,15
1 £ Sovereign Elizabeth II	236,00	284,78
20 belgische Franken	178,00	235,04
10 Rubel Tscherwonez	245,00	305,10
2 südafrikanische Rand	231,00	283,63
Krüger Rand, neu	1035,00	1214,75
Maple Leaf	1033,00	1212,49
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	237,00	301,71
20 schweiz. Franken „Vreneli"	222,00	279,11
20 franz. Franken „Napoléon"	218,00	274,59
100 österr. Kronen (Neuprägung)	950,00	1141,30
20 österr. Kronen (Neuprägung)	192,00	238,56
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	139,95
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	440,00	586,75
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	138,99

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Der Handel in Dollar/DM konzentrierte sich am 9. 3. im Bereich 2,4050–2,4130, also nochmals höher als am Vortag. Äußerungen des FED-Chefs Volcker am Vortag wurden dahingehend interpretiert, daß die erhoffte weitere Zinssenkung vorerst auf sich warten läßt und führte zur Positionsglattstellung. Auch das englische Pfund lag mit 1,5040 gegen US-Dollar und einer amtlichen Notierung von 3,622 gegen DM wieder höher, nachdem ein Scheitern der OPEC-Konferenz vorerst noch abgewendet wurde. Die gestrige Diskonterhöhung um 2½ Prozent brachte keinen entlastenden Effekt. Der bFrs wurde mit 94 Mio. in der Notiz am unteren Interventionspunkt gestützt. Die übrigen Währungen wiesen fast ausnahmslos Kursgewinne gegenüber der DM auf. US-Dollar in: Amsterdam 2,6895; Brüssel 47,51; Paris 6,8500; Mailand 1427,50; Wien 16,9280; Zürich 2,0579; Pfund/Dollar 1,5035.

Devisenterminmarkt

Enttäuschte Hoffnungen im Hinblick auf Zinssenkungen lassen die Dollar-Zinssätze gut ⅛ Prozent anziehen und führen zu höheren Dollar-Deports in den Bereichen über 1 Monat.

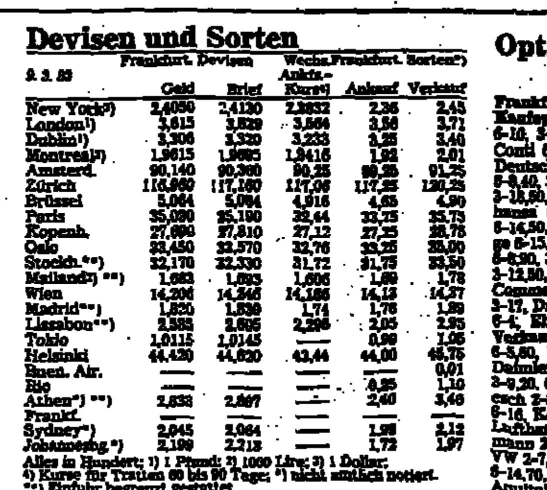
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,88/0,78	2,62/2,52	5,10/4,90
Pfund/Dollar	0,28/0,25	0,73/0,69	1,18/1,13
Pfund/DM	2,60/1,20	6,20/4,80	10,80/9,40
FF/DM	211/195	280/264	370/354

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,89) – 8,50 (7,21)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,15, 2 Jahre 5,82.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,20, Rendite 6,94.

Devisen und Sorten

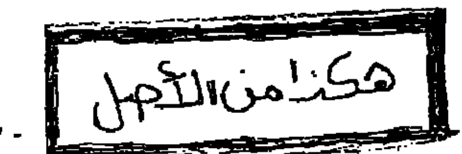


9. 3. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten²) Ankfs.-Kurse⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,4050	2,4130	2,3832	2,36	2,45
London¹)	3,615	3,629	3,564	3,56	3,71
Dublin¹)	3,306	3,320	3,233	3,25	3,40
Montreal³)	1,9615	1,9695	1,9416	1,92	2,01
Amsterd.	90,140	90,300	90,25	89,25	91,25
Zürich	116,960	117,160	117,06	117,25	120,25
Brüssel	5,064	5,084	4,916	4,65	4,90
Paris	35,080	35,190	32,44	33,75	35,75
Kopenh.	27,690	27,810	27,12	27,25	28,75
Oslo	33,450	33,570	32,76	33,25	35,00
Stockh.**)	32,170	32,330	31,72	31,75	33,50
Mailand²) **)	1,683	1,693	1,606	1,60	1,78
Wien	14,206	14,246	14,186	14,13	14,37
Madrid**)	1,820	1,830	1,74	1,76	1,89
Lissabon**)	2,585	2,605	2,296	2,05	2,95
Tokio	1,0115	1,0145	—	0,98	1,05
Helsinki	44,420	44,620	43,44	44,00	45,75
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,85	1,10
Athen*) **)	2,838	2,867	—	2,40	3,46
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,045	2,064	—	1,98	2,12
Johannesbg.*)	2,190	2,212	—	1,72	1,97

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 9. 3.: 654 Optionen, 35 100 (56 580) Aktien. Kaufoptionen: AEG 6-14, 2-8,70, BASF 6-10, 3-8,50, Bayer 6-10, 3-6, 2-7, BMW 3-18, Bewag 6-7,20, BBC 6-20, 2-12, Conti 6-0,80, Daimler 6-44, Deutsche Babcock 6-18, 2-12, Deutsche Babcock Vorzüge 6-18, 3-15, 2-10,40, Hoechst 6-9,40, 3-8, 2-5,20, Hoesch 6-7,80, 3-6,50, 3-4, Karstadt 6-27, 3-18,50, KHD 6-20, 2-15, Klöckner 6-8, 2-7,30, 3-4,50, Lufthansa 6-10,60, Lufthansa Vorzüge 3-8,50, Mannesmann 6-14,50, 2-7, Mercedes 6-28,50, RWE 6-16, 2-12, RWE Vorzüge 6-15, Schering 6-21, Siemens 6-23, 3-17,50, 2-14, Thyssen 6-8,90, 3-7,40, Veba 6-11,50, VEW 6-13, 3-8,50, VW 6-16,40, 3-12,50, 2-10, Bay. Vereinsbank 6-24, 3-18, BHF-Bank 2-10, Commerzbank 3-11,50, 3-11, 3-7,20, Deutsche Bank 6-19, 3-17, Dresdner Bank 6-15,40, 2-12, 2-8, Xerox 6-11, Philips 6-4, Elf Aquitaine 6-9,60, Norsk Hydro 6-12,50, 2-8. – Verkaufsoptionen: AEG 2-7,60, 3-7,90, 6-10,60, BASF 6-5,60, BMW 2-10, 6-21, BBC 2-10, 6-14, Conti 3-5, 6-6, Daimler 2-13, 3-14,80, 6-25, Deutsche Babcock 3-7,90, 3-9,20, 6-11,40, Deutsche Babcock Vorzüge 3-9,20, 6-12, Hoesch 2-3,70, 3-4, Kali + Salz 3-6,50, 6-12, Karstadt 2-10,6 [illegible] 6-16, Kaufhof 2-11, 6-14,50, Klöckner 2-4,40, 3-4,80, 6-6 [illegible] Lufthansa 2-6, 6-7,60, Lufthansa Vorzüge 6-7,60, Mannesmann 2-6, Preussag 2-3,40, 6-10, Siemens 2-8, 3-9,50, 6 [illegible] VW 2-7,50, 6-10, Dresdner Bank 2-8, 3-9, 6-12,50, IBM [illegible] 6-14,70, Litton 6-9,40, Sperry Rand 6-5,40, Philips 3-2,50 [illegible] Aquitaine 6-6, Norsk Hydro 3-5, 6-6.



	Fällig	9.3.	8.3.
[illegible]		[illegible]	100,5G
[illegible]		[illegible]	100
[illegible]		[illegible]	100,2G
[illegible]		[illegible]	100,55
[illegible]		[illegible]	100,55
[illegible]		[illegible]	100,7
[illegible]		[illegible]	99,9
[illegible]		[illegible]	99,9G
[illegible]		[illegible]	101,8G
[illegible]		[illegible]	101,2
[illegible]		[illegible]	101,85
[illegible]		[illegible]	99,2
[illegible]		[illegible]	99,85
[illegible]		[illegible]	102,5
[illegible]		[illegible]	99,85
[illegible]		[illegible]	100
[illegible]		104,2	104,15G
[illegible]		101,4bG	101,4bG
[illegible]		102	101,95
[illegible]		103,05	103bG
[illegible]		103,1	103,1
[illegible]		97,65	97,8
[illegible]		97,1	97,25
[illegible]		100,6	100,7
[illegible]		98,2	98,1
[illegible]		100,7	100,7
[illegible]		99,15G	97,15
[illegible]		98,55G	98,55
[illegible]		96,5	96,6
[illegible]		95,9	96,1
[illegible]		97,2	97
[illegible]		97,25	97,15G
[illegible]		98T	98,15
[illegible]		100,1	100,45
[illegible]		111,95	112,2bG
[illegible]		100,8	100,9
[illegible]		102,9	103
[illegible]	8/89	102,9	103,1
[illegible]	9/89	100,95	100,95
[illegible]	11/89	102	102,1bG
[illegible] dgl. 80 I	1/90	101,9bG	101,9
[illegible] dgl. 80	4/90	112,55	112,7
5½ dgl. 78	5/90	93,5	93,5
8½ dgl. 80 I	7/90	104,55	104,15
8¼ dgl. 80 II	11/90	104,50G	104,2
7¾ dgl. 82	11/90	101,95	102,1
9 dgl. 81	2/91	108,25	108,4
10½ dgl. 81	7/91	115,2	115,2
10¾ dgl. 81	9/91	118,75	118,95
10 dgl. 81 II	12/91	114,85	114,9
9¾ dgl. 82 I	1/92	113,05	113,2
9¾ dgl. 82 II	3/92	113,05	113,15
6 dgl. 78 II	3/93	93,5	93,35
9,5 dgl. 82	4/92	111,85	112,05
9 dgl. 82	5/92	109,05	109,2
8¾ dgl. 82	6/92	106,3bG	106,25
9 dgl. 82	8/92	109,05	109,2
8½ dgl. 82	9/92	107,8	107,8
7¾ dgl. 82	12/92	101,95	102,1
7½ dgl. 83	1/93	100,65	100,75G
7½ 83 II	3/93	100,7	100,95
7¾ B.Obl. 79 S.1	12/84	102,3	102,3
8 dgl. 80 S.2	2/85	103,1G	103,1G
8½ dgl. 80 S.3	2/85	103,8	103,8
9¾ dgl. 80 S.4	3/85	105,5	105,5
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	104,7	104,7
8½ dgl. 80 S.6	5/85	103,85	103,85G
8 dgl. 80 S.7	6/85	103,5	103,5
7½ dgl. 80 S.8	8/85	102,55	102,5
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	104,2	104,3bG
8½ dgl. 80 S.10	1/86	105	105
9 dgl. 81 S.11	1/86	105,2	105,4
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	107,8	107,8G
10 dgl. 81 S.13	3/86	108,45	108,5
9¾ dgl. 81 S.14	4/86	107,25G	107,25G
10 dgl. 81 S.15	4/86	108,65	108,65
10½ dgl. 81 S.16	6/86	110,05	110,15
11 dgl. 81 S.17	8/86	111,75	111,8
10¾ dgl. 81 S.18	10/86	110,45	110,5
10 dgl. 81 S.19	10/86	109	109,1
9½ dgl. 81 S.20	11/86	107,25G	107,25
10¾ dgl. 81 S.21	11/86	109,7	109,75
10 dgl. 81 S.22	11/86	108,85	108,95
9½ dgl. 81 S.23	12/86	107,4	107,5
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	108,5	108,85
9½ dgl. 82 S.25	3/87	107,95	108,05
9¾ dgl. 82 S.26	4/87	107,1	107,4
9 dgl. 82 S.27	4/87	106,45	106,45
8½ dgl. 82 S.28	5/87	104,75	104,95
9½ dgl. 82 S.29	7/87	108,55	108,65
9 dgl. 82 S.30	8/87	106,6	107
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	105,6	106
8½ dgl. 82 S.32	10/87	103,9bG	104,35
8 dgl. 82 S.33	11/87	103,05	103,4
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	102	102,45
7½ dgl. 82 S.35	12/87	101,1	101,3

Bundesbahn

	Fällig	9.3.	8.3.
4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,5G
5½ Bdbahn 58	10/83	100G	100G
8¼ dgl. 75	5/83	100,3	100,3
10 dgl. 73 II	11/83	102,7	102,7
7½ dgl. 72	2/84	101,55	101,65G
8 dgl. 72	9/84	102,6	102,5
8¼ dgl. 76	9/84	102,95	102,8
6 dgl. 78 III	11/84	99,75	99,75
6½ dgl. 79	2/85	100,55	100,65
8½ dgl. 73	2/85	104,05	104,15
7 dgl. 77	2/87	99,9	100G

	Fällig	9.3.	8.3.
6 dgl. 77	9/87	96,35	96,35G
6 dgl. 78 II	7/88	95,45	95,5
6½ dgl. 77	5/89	96,5	96,5G
8 dgl. 79 I	7/89	103,2bG	103,2
6 dgl. 78 I	2/90	93,6	93,6
8 dgl. 80 II	7/90	103,25	103,25
9 dgl. 81	3/91	107,8	107,85
10½ dgl. 81	9/91	116,8	116,8
10¾ dgl. 81	11/91	115,55	115,55
8 dgl. 80 I	2/92	103,2	103,3
10 dgl. 82	2/92	114,50	114,6
9½ dgl. 82	7/92	111,65	111,75
8 dgl. 82	11/92	102,95	103,85
7¾ dgl. 83	1/93	101,95	102,1

Bundespost

	Fällig	9.3.	8.3.
4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,5G
5½ Bdpost 58	10/83	100G	100G
6 dgl. 63 II	7/83	100,2	100,2
8 dgl. 72 II	12/85	101,9	101,9
6½ dgl. 68	4/88	99,8	99,8
8 dgl. 72 I	9/87	102,9	102,95
10 dgl. 81	3/89	111,1	111,2
10¾ dgl. 81	6/89	112,65	112,75
8 dgl. 80	3/90	103,5	103,65
7¾ dgl. 80	9/90	102,3	102,25G
8¾ dgl. 80	12/90	106,85	107
10½ dgl. 81	10/91	117,05	117,15
9¾ dgl. 82	2/92	112,95	112,95
8¾ dgl. 82	6/92	108	108,15
8½ dgl. 82	10/92	106,15	106,3
7¾ dgl. 83	2/93	101,95	102,3

Länder – Städte

		9.3.	8.3.
5½ Bd.-Wttbg. 58	83	99,75G	99,75G
8 dgl. 71	83	101G	101G
8½ dgl. 75	85	100	100bG
6¾ dgl. 78	86	97,5	98
8¼ dgl. 82	92	103	103G
7 Bayern 66	86	101G	101G
6½ dgl. 67	87	–	–
6 dgl. 68	85	99,5G	99,5
7½ dgl. 71	85	100,15G	100,15G
7 dgl. 72	84	101G	101G
8½ dgl. 75	85	100,05G	100,05G
7½ dgl. 76	84	101,5	101,5
6 dgl. 78	88	95,4	95,5
8¾ dgl. 80	90	105,75	106,5G
8¾ dgl. 82	92	106,5G	106,75
8½ Berlin 70	85	102,3G	102,3
7½ dgl. 71	83	100,2G	100,2G
8 dgl. 72	85	101,25	101,25
8½ dgl. 75	83	100,25G	100,3
7½ dgl. 76	84	100,6G	100,6G
7 dgl. 77	85	101G	101
6½ dgl. 78	88	98G	98G
8¾ dgl. 80	88	106,25G	106,25G
7¾ Bremen 71	87	101,25G	101,25G
8 dgl. 72	87	103G	102,5
8½ dgl. 75	85	100G	100,15G
8½ Hamburg 70	85	103,3	103,3
6½ dgl. 77	92	96,6G	96,6G
8 dgl. 80	90	105G	105
9¾ dgl. 82	92	112,5G	112,5G
8 Hessen 71	86	100,75	101
6¾ dgl. 78	88	95,5bG	95,5bG
6 Nieders. 69	84	100,2G	100,2G
8½ dgl. 70	85	105,6G	105,6G
7½ dgl. 72	87	102	102
8 dgl. 72	87	103,25	103,25G
7½ dgl. 79	87	101,1	101,25G
7¾ dgl. 82	92	102	102
7½ NRW 71	83	101,15	101,15bG
8 dgl. 75	85	100,55bG	99,9bG
7½ dgl. 83	95	100	100,25bG
6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,6G	99,6G
6½ dgl. 68	83	100G	100G
8 dgl. 71	86	101,25	101,25
6½ Saar 68	85	100G	100G
8½ dgl. 70	85	102,8G	102,8
7 dgl. 72	87	99,9G	99,9
6 dgl. 78	88	96,75G	96,25
5½ Schl.-H. 59	84	99,75G	99,75G
6 dgl. 64 II	84	100,2G	100,2G
7½ dgl. 72	87	100,5	100,75
8½ dgl. 75	85	103,75G	103,75
7 Essen 72	85	100,4bG	100,4bG
7½ Köln 71	83	100G	100G
6 München 63	85	99,9G	99,9G
6 dgl. 64	84	99,75G	99,75G
6 Stuttgart 63	83	100bG	100bG
7½ dgl. 71	86	102	102
7¾ dgl. 72	87	102	102

Öffentliche Anleihen gedrückt

Die aus dem Ausland einströmenden Gelder sind vorwiegend den Aktien zugute gekommen. Da außerdem in den USA der Rentenmarkt schwächer tendierte, fehlte es am deutschen Rentenmarkt an Anregungen, zumal wegen des steigenden Dollars die für die nächste Woche erhoffte Diskontsenkung in manchen Kreisen in Frage gestellt wird. Öffentliche Anleihen wurden bis zu 0,20 Prozentpunkte zurückgenommen. Im Handel und der Banken haben die Renditen für fünfjährige Papiere auf 7,28 Prozent für Zehn-Jahrestitel auf 7,64 Prozent angezogen.

Sonderinstitute

	9.3.	8.3.
5 DSLB Pf 35	87bG	87bG
6 dgl. Pf 37	83,5	83,5
7 dgl. Pf 65	95	95
8 dgl. Pf 118	97,5	97,5
5 dgl. KO 36	98	98
5½ dgl. KO 45	97,5	97,5
7 dgl. KO 58	104,5	104,5
6½ dgl. KO 67	97,25bG	97,25bG
8½ dgl. KO 94	108	108
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	99,75bG	99,75bG
6½ dgl. 69	99,75	99,75
6¾ dgl. IS 90	92,6	92,6
7½ K. f. W. 70	101,25	101,25
8 dgl. 78	102,25G	102,25G
8 dgl. 76	101,8G	101,8
7½ dgl. 79	100,3	100,5
10 dgl. 81	113,4	113,45
8½ dgl. 82	104,8	104,85
6 Landw.-Rtbk. 20	99,25G	99,25G
6 dgl. 26	99,25G	99,25G
7½ dgl. 27	100,5	100,5
8 dgl. 29	100,3G	100,3G
9½ dgl. 36	103,15	103,15
6¾ dgl. 59	100,75G	100,75G
10 dgl. 120	106,5G	106,5G
8½ dgl. 127	103,5G	103,5G
9 dgl. 131	105,5G	105,5G
7¾ LAG 76/16	101,95	101,9
8 dgl. 76/17	102,8G	102,8G
6½ dgl. 77/18	97,7G	97,75G
5½ dgl. 78/19	99,85	99,85
7 dgl. 79/20	99,65bG	99,65bG

Bankschuldverschreib.

	9.3.	8.3.
7 All. Hyp. Pf 2	101G	100
6½ dgl. Pf 7	93G	92G
6½ dgl. Pf 98	97G	96G
7 dgl. Pf 99	101G	100,5G
6½ dgl. Pf 100	100G	100G
7½ dgl. Pf 101	101,5G	100,5G
6 dgl. KO 1	85G	84G
6½ dgl. KO 66	100,25G	100,25G
6 Bd. Komm.Ldbk. 69	84G	84G
7 dgl. Pf 76	95G	95G
6½ dgl. KO 64	87G	87G
6½ Bay. Hdbk. Pf. 3	87	87
7 Bay. Hdbk. KO 2	101,75	101,75
6 Bay. Hypo. Pf. 30	82,5	82,5
7 dgl. Pf 3	95,5	95,5
6½ dgl. KO 6	87,5	87,5
6 Bayer. Vbk. Pf. 39	82bG	82bG
6½ dgl. Pf 8	89	89
7 dgl. KO 3	101,25	101,25
8 Bln. Pfbr. Bk. 51 – fr. Bln. Pfbr.Amt	102,5	102,5
7½ dgl. 35	100G	100G
7½ dgl. 47	99,5G	99,5G
6 Br. H. Hp. Pf 71	82	82
7 dgl. Pf. 72	99,75	99,75
6½ dgl. Pf. 75	87,75	87,75
6½ D.Centrbd. Pf 125	90	90
9 dgl. Pf 190	102,75	102,75
7 dgl. KO 113	100,5bG	100,5bG
6 DG HYP Pf 48	85G	83G
5½ dgl. Pf 58	77G	77G
7 dgl. Pf 69	101,4	101,6G
5¾ D. Gen. Bk. IS 70	92G	92G
6 dgl. IS 71	98,95G	98,95G
6¾ dgl. IS 73	96,5G	96,5G
6½ dgl. IS 74	95,5	95,5G
6½ dgl. IS 75	99G	99G

	9.3.	8.3.
7½ D. GiroKO 101	102,25G	102,25G
10 dgl. KO 125	104,35G	104,35G
9 dgl. KO 179	107,5	107,5G
9¾ dgl. KO 180	109,8	109,8G
9½ dgl. KO 181	110,25G	110,25G
9 dgl. IS/K	101,15G	101,15G
6 D.Hyp.Brem.Pf 118	82G	82G
7 dgl. Pf 123	98,95G	98,95G
6½ dgl. KO 125	97,15G	97,15G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	84G	84G
7 dgl. Pf 150	93G	93G
6½ dgl. Pf 149	87,5G	87,5G
8½ D. Schiffb. Pf 83	103,6	103,6
7½ dgl. Pf 84	102,5	102,5
6 Fr. Hyp Pf 98	83G	83G
7 dgl. Pf. 113	95,5	95,5G
6½ dgl. Pf 119	90G	90G
10 dgl. Pf 168	102,3	102,3
8 dgl. KO 220	102,4G	102,4G
7¾ dgl. KO 222	101,85G	101,85G
10 dgl. KO 226	106,25G	106,25G
9¾ dgl. KO 228	110,6G	110,6G
8½ dgl. KO 231	103,45G	103,45G
9 dgl. KO 232	104,65G	104,65G
6 Hbg. Ldbk. Pf 48	85	85
9 dgl. IS 44	101	101
10 dgl. IS 46	101	101
9½ dgl. IS 53	105,65	105,65
8½ dgl. IS 92	105,5	105,5
8 dgl. IS 96	103,7	103,7
9¾ dgl. KO 110	110,75	110,75
9 dgl. KO 111	108	108
5½ H. Ldbk. Pf 43	81G	81G
7 dgl. Pf 54	97,1	97,1G
9 dgl. Pf 76	102,95G	102,95G
6 dgl. Pf 87	100G	100G
6 dgl. KO 47	83G	83G
6½ dgl. KO 81	88G	88G
7 dgl. KO 203	97,9G	97,9G
7½ dgl. KO 204	99,1G	99,1G
6 Hyp.I.Hbg. Pf 46	85,5	85,5
6½ dgl. Pf 80	93	93
9 dgl. Pf. 117	100,5	100,5
8 dgl. Pf 248	102,35	102,35
9 dgl. KO 125	101,55	101,55
8 dgl. KO 175	103,1	103,1
9 dgl. KO 259	105,35	105,35
9¾ dgl. KO 262	105,15	105,15
6½ Lb.Rh.-Pf. Pf 16	87,25G	87,25G
7 dgl. Pf 24	97,5GG	97,5GG
6 dgl. Pf 26	90,25G	90,25G
7 dgl. KO 150	98,25G	98,25G
6½ dgl. KO 151	100G	100G
6½ dgl. KO 154	98,75G	98,75G
8 dgl. KO 168	102,5G	102,5G
8½ dgl. KO 171	102,5G	102,5G
8½ dgl. KO 174	103,75G	103,75G
9 dgl. KO 177	104,25G	104,25G
9¾ dgl. KO 180	104,25G	104,25G
9½ dgl. KO 181	108,75G	108,75G
9 dgl. IS 12	101,4G	101,4G
6½ dgl. IS 35	100G	100G
6 Ldbk. Saar Pf 18	89G	89G
6½ dgl. KO 69	101,25G	101,25G
7 dgl. KO 70	99,75G	99,75G
7 dgl. KO 73	101,4G	101,4G
7¾ dgl. KO 76	102,5G	102,5G
7½ dgl. KO 79	102,5G	102,5G
8½ dgl. KO 85	105,75G	105,75G
9 dgl. KO 88	110,75G	110,75G
9¾ dgl. KO 89	105,75G	105,75G
7¾ dgl. KO 90	103,15G	103,15G
6 Ldbk. S.-H. Pf 87	85	85
7 dgl. Pf 95	93	93
8 dgl. Pf 80	102,7	102,7
7¾ dgl. Pf 81	102,1	102,1
7¾ dgl. Pf 83	100,5	100,5
8 dgl. KO 98	102,5	102,5
9¾ dgl. KO 242	111	111
7¾ dgl. KO 248	102,5	102,5
7 LKB Pf 27 fr. Bd.Ldkr.	96,5G	96,5G
6½ dgl. Pf 29	92	92
6½ LKB Pf 22 fr. W. Ldkr.	93,5G	93,5G
7 dgl. Pf 45	94G	94G
8 LKB KO 1	100G	100G
6¾ Lüb.Hyp. Pf 62	89	89
9 dgl. Pf 92	101,35	101,35
8 dgl. Pf 168	102,5	102,5

	9.3.	8.3.
8¼ dgl. Pf 174	103,45	103,45
8½ dgl. Pf 175	103,75	103,75
9½ dgl. Pf 178	105,75	105,75
6 dgl. KO 39	84	84
7¾ dgl. KO 170	100	100
9 dgl. KO 180	105	105
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	98	98
7 dgl. KO 25	95	95
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	99	99
6½ dgl. Pf 34	90,5	90,5
6 dgl. KO 27	87,5	87,5
9 Nord.LB IS 20	100,85	100,85
8 Old. Lbk. IS 75	100,5	100,5
8 dgl. IS 76 I	102,1	102,1
8 dgl. IS 76 II	102,7	102,7
7½ dgl. IS 77	102	102
6 dgl. IS 78	98	98
6 Pfälz. Hyp. 57	92,4G	90,7G
7 dgl. Pf 99	100	100G
8½ dgl. Pf 134	102,9G	102,35G
7½ dgl. Pf 191	100G	98,9G
9 dgl. Pf 195	102,85	102,4G
9¾ dgl. Pf 196	105,8	105,35G
7¾ dgl. Pf 197	101G	101G
8½ dgl. KO 169	103,1G	102G
8 dgl. KO 173	102,1G	100,3G
7¾ dgl. KO 180	100,9G	100,9G
7 Rheinhod. Pf 60	92bG	92bG
6½ dgl. Pf 64	84,5	84,5
6 S.H. Ldsch. Pf 19	86	86
7 dgl. Pf 20	94	94
6½ dgl. Pf 21	88,5	88,5
8½ dgl. Pf 31	106,5	106,5
6½ St.KrOld. Pf 53	89,8G	89,8G
7½ dgl. Pf 66	100,1G	100,15G
8 dgl. Pf 65	100G	100G
9 dgl. Pf 67	102,8G	102,8G
7½ dgl. KO 35	100,25G	100,5G
6 Südboden Pf 41	90	90
5½ dgl. Pf 57	79,5	79,5
7 dgl. Pf 105	100	100
6 Vbk. I. Nbg. Pf 56	91,25	91,25
7 dgl. Pf 102	95,5	95,5
9 dgl. Pf 131	102,25	102,25
10 West LB IS 577	101,45	101,45
6½ Westhyp. KO 58	92	92
6 Wt. Ldsch. Pf 12	91,5G	91,5G
7 dgl. Pf 13	96,5	96,5
5½ dgl. Pf 14	86G	86G
6 Württ.Hyp.KO 30	83G	83G
7 W. Ldbk. KO 44	98,2G	98,2G
8½ dgl. 69	100,3G	100,3G
7 Wü. Ko.Lbk. Pf 48	97,7G	97,7G
9 dgl. Pf 83	103,25G	103,25G

Industrieanleihen

	9.3.	8.3.
6 Badenwerk 64	99,5	99,5
6 dgl. 78	94,5	95
5 BASF 59	98G	98G
5 Bayernw. 59	97,5G	97,5G
8 Chem. Hüls 71	102	101T
7¾ Cont. Gum. 71	100G	–
6 Dt. Texaco 64	97,8G	97,8G
6 Gelsenb. 64	99G	99G
6 GHH Akt. 63	99,6G	99,6G
6 GHH Sterkr. 63	99,6G	99,6G
6 HEW 58	99,75G	99,75G
5½ dgl. 62	97,25G	97,25G
6 dgl. 63	99,75	99,75G
7½ dgl. 71	101,25	101,25G
7¾ dgl. 71	101,5G	101,5G
4½ Harpen 59	1695	1695
6 Hoechst 63	99T	–
6 dgl. 64	99T	99T
6 Hoesch 64	98,5T	98,75T
7½ dgl. 71	99,5G	99,5G
7½ Karstadt 71	100T	99,9T
7½ Kaufhof 71	100	100bG
7¾ dgl. 71	100T	100
7½ dgl. 76	100,25	100bG
6 Klöckner W. 63	98,5G	98,5G
7½ dgl. 71	95,75T	95,75
8 dgl. 72	97,45	97,25

	9.3.	8.3.
6 Krupp 64	98,75T	98,75T
6 Linde 64	98,25	98,25G
5 Mannesmann 59	98,5T	98,25T
6 Moselkraft 63	98,5T	98,5T
6 NWK 58	99,75G	99,75G
6 dgl. 61	99G	99G
6 dgl. 62	98G	98G
6 ObDon. Krwk. 64	95T	95T
5½ Öst.BayK. 58	99G	99G
6 Rat.Vdb. Stk. 68	98G	98G
5½ Rh.Braunk. 58	98G	98G
6 dgl. 63	95,75T	95,5
6 dgl. 65	95,5T	95,5T
5½ RWE 59	99T	99T
6 dgl. 63	–	–
4 dgl. 65	95,5bG	95,5T
7¾ dgl. 71	100,1	100,2T
7 dgl. 72	98,3G	98,1G
6 Rh.-M.-Don. 62	98,25G	98T
6½ dgl. 68	100,25G	100,25G
8 Schleswag 71	100,2G	100,2G
5 STEAG 59	97,5G	97,5G
6 Thyssen 65	99T	99,25T
7½ dgl. 71	99,8G	99,8T
8 dgl. 72	100,3T	100,3T
7¼ dgl. 77	97,5T	97,5T
5 Veba 59	98T	98T
8 VEW 71	100,5T	100,75
6½ dgl. 77	96T	96T
7 VW 72	98,6	98,6
5½ Wintersh. 58	98G	98G

Wandelanleihen

	9.3.	8.3.
4½ AKZO 69	84G	84G
3½ All Nippon 78	92,25	95
3½ Asahi Opt. 78	96,5G	96,5G
4¾ Canon Inc. 77	267G	270G
3½ Cas. Comp. 78	160G	163,5G
5 D Bk. Lux. 77	99,9	99,9
5½ Daiei Inc. 80	111,25G	111,25G
4½ Fujitsu Lim. 78	385T	390T
5 dgl. 79	256T	260T
5½ Hoogovens 68	80G	80G
3½ Izumiya Co 78	91,75	91,75
3½ Jusco Co. 78	95G	95
4 Kansai El. 79	100,5	101
6 Koshihiroku Pho.81	109G	109,5G
6½ dgl. 82	111G	111G
6 Komatsu 76	138	141
3½ Korakuen 78	90,5	90,25
7½ Kraft Inc. 70	105,5T	105,5T
3½ Marudai F 78	92G	92
6 Michelin Inc. 79	94G	94G
5½ Minolta 77	140G	142,5G
4 dgl. 79	110	110
6½ Mitsub. Ch. 76	164G	165G
6,75 Mitsub. H 81	124	124G
6 dgl. 81	104,5	104,5
6 Nichii Co Ltd 80	115	115T
7 Nippon Sh. Gl. 82	110,25	110,25
3½ Nippon Sh. 78	152,5G	153G
3½ NissanMot. 78	91,5	91G
4 Nisshin Steel 78	125G	128,5G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
5½ Olympus 78	205G	205G
3½ Omron Tat 79	163G	160G
4½ Orient Fin 79	208G	208G
3½ Ricoh Comp. 78	117,3	118T
6½ Rothm. Int. 72	94,5bG	94,75
3½ SankyoElec. 78	92,75G	92,5G
5½ Sanyo Elec. 78	144G	146G
3½ Seiyu Stores 78	94T	94T
6½ Sekisui 76	148G	148G
3½ Stanley 78	95,5G	94G
6 Taiyo Yuden Co. 82	106	106
5 Texaco Int. 66	96,75	96,75
3½ Tok. Elec. 78	–	248G
4½ Tok. Sanyo 77	215G	215G
4 Tokyu Land 79	98	97,5T
3½ Trio Kenw. 78	94	94,25G
6½ Uny Ltd. 79	113	113

Optionsscheine

	9.3.	8.3.
11 BASF 82	25,2	23,9
7¾ Bayer Fin. 79	21,2	21,5
10½ Bayer Fin. 82	26,1	26
6¾ Ciba-Geigy 75	591	610
3½ Commerzbk. 78	36	36,2
4½ Dt. Bk. Comp. 77	95	95,5
10 Hoechst 75	125	130
6¾ dgl. 79	29	29,5
8 Hoechst 83	45,5	45,1
7½ Jap.Syn.Rubber82	718	722
6½ Wells F. 73	184	188

Optionsanleihen

	9.3.	8.3.
8½ BASF 74 m O	127,5	127,6
8½ BASF 74 oO	101,25	102
5½ Stumpf 88 mO	96	96
3½ Stumpf oO	73	73

Währungsanleihen

	9.3.	8.3.
8 Brasilien 72	99,5G	99,5G
6½ Kopenhagen 72	97,5	93T
7,875 Norwegen 78	97,75G	97,75G
9½ dgl. 79	100G	100G
7½ Sira-Kvina 68	–	–

Optionsanleihen

	9.3.	8.3.
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	106,25	106
3½ dgl. 78 oO DM	91	91bG
4½ C F DT. Bk. 77 mO S	115G	115G
4½ dgl. 77 oO S	82,5	82
6½ Wells F. 73 mO DM	108	109T
6½ dgl. 73 oO DM	95T	95,5T

Optionsscheine

	9.3.	8.3.
8½ BASF 74	137,9	139

Wandelanleihen

	9.3.	8.3.
5 Bayer 69	101,5	101,8
8 Bay Wa 75	100T	100T
8 Beiersdorf 82	145	146
4½ Commerzbk. 78	98bG	98,9
9 Girmes 74	295	301bG

Anmerkungen:

* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	9.3.	8.3.
7¾ AKZO 85	99,75G	99,75G
6 dgl. 84	97G	97G
6½ dgl. 86	96,5G	96,5G
7¾ Arbed 85	95,5G	95,5G
7½ dgl. 86	79,5G	79,5G
9 dgl. 87	85	85
6¾ Ardal 89	95,5G	95,5G
10 dgl. 88	104T	104T
8 Austr. 87	103,25G	103,25G
8¾ dgl. 87	103,5G	103,5G
7½ BEC 85	100,25G	100,25G
4¾ CFDB 85	99,2/9,7	99,2/9,7
5 dgl. 84	98,5/9,2	98,5/9,2
6½ Estel 84	92G	92G
6¼ dgl. 85	90G	90G
8¾ dgl. 87	91G	91G
6¾ Euratom 91	95G	93G
6¾ Eurofima 87	99G	99G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	91G	91G
6½ Lufthansa 84	97G	97G
6 Montanunion 90	93,25G	93,25G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99G	99G
7½ Parker-H. 87	95,5G	95,5G
8 S. A. R. 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,9G	99,9G
7¾ Schweden 89	96G	96G
6¾ Weltbank 83	100G	100G
6½ dgl. 85	98	98
7¼ dgl. 87	99/9,5	99/9,5
7¾ dgl. 90	99,5G	99,5G
9 dgl. 88	103/3,75	103/3,75
8½ dgl. 88	102,25	102,25
7¾ dgl. 88	100,75G	100,75G
9½ dgl. 89	103,5	103,5
8 dgl. 90	100,5	100,5
11 dgl. 91	113G	113G

Ausländische Aktien

	9.3.	8.3.
F L'Air Liquide	–	–
D Alza	45,7G	48,5
F Alcan	76	77
F Alcoa	87	85,5
F Alg. Bk. Nedld.	315	318
F All Nippon Air	3,5G	3,5G
F Amax	59,4	58,8
F Am. Cyanamid	94	97,5
D American Expr.	134,5T	145T
D Am Motors	17,5	18
F Am. T & T	158,5	159,5
F Amro Bank	46	47,5
M Anglo Am. Gold	278	281
F Anglo Am.m.O.	44,1	46
F dgl. o.O.	43	44bG
F Arbed	40G	40,1
F Asahi Chem.	2,8T	2,8
M Atl. Richfield	98,3	99,8
H Atlas Copco	43,5	43,5G
M Avon	82	85,5
F Bell Canada	–	17,5
F Banco Central	25,8	25,8
D Beatrice Foods	60G	60,5GexD
D Bell Canada	48GexD	49T
F Boeing	85,8	85
F Bowater	7,2	7,2bG
D BP	11,5	11,5
M Broken Hill	13,8	14,25
F Bull	14,8	14,8
F Cdn. Pacific	84,8	84G
F Canon	11,45	11
F Casio Comp.	11,1	10,8
F Caterpillar	107	108
D Ch. Manhattan	127,5	128
F Chrysler	38,4	38,4
M Citicorp.	96,3	100,8
F City Investing	74G	76
F Coca-Cola	122exD	125
D Colgate	40G	40,5
F Cons. Gold F.	18,2	18,4
D Cont. Group	93G	92G
F Control Data	112,5D	116
F Courtaulds	–	–
M CRA	9,35	9,8
M CSR	5,6	6
F Dart & Kraft	161	146
M De Beers Cons.	17,58	17,25
F Deere Comp.	81,8	81G
F Diam Shamr.	58,4	58,8bG
M Digital Equipm.	314,5	312
M Disney Prod.	185,5	185
F Distillers	–	–
M Dome Petroleum	7,55	7,7
D Dow Chemical	77,5	78
F Dunlop	–	–
D DuPont	99T	100,9
M East Drief. Gold	77	77,5
D East Air Lines	22,9	23,9
F Eastman Kodak	206	204G
F Elf Aquitaine	41	42,9
D Ericsson	113T	110T
D Esmark	139T	140G
D Exxon	74	75,9
D Fiat St.	4,45	4,45
D dgl. Vz.	3,3G	3,5bB
F Finsider	0,10	0,10
D Fisons	18G	18G
M Fluor	51,3	52,2
D Ford	95G	95,5
F Foseco Minsep	5,45	5,3T
F Fujitsu	9,7	9,6
F General Electric	251,8	254
F General Mining	61	62,5
D General Motors	145	147
D Gen. Shopping	570G	567G
M Getty Oil	136,9	138,4
D Gevaert	97T	94T
F Goodyear	75	75,5
H Grace	103G	105G
D GKN	5,4T	5,4G
F Gulf	76	79
F Highveld m. St.	10,9G	10,9G
F dgl. o. St.	10,8	10,8
F Hitachi	780G	800
M Holiday Inns	96,3	96,5
F Homestake	122,5	126
D Hoogovens	20,3	21,7
F IBM	242	245,5
F ICI	14,05	14,5
M Imperial Oil	55G	55,2
F Inco	30,5	31,5
F Int. T & T	86	86
D Istituto Fin.	8,5T	8,5T
F Italcementi	66,8	67,5
F Izumiya	4,3G	4,3G
F Japan Line	1,9	1,8
D Jusco	5,7G	5,7G
F Kawasaki Kisen	1,5T	1,5T
F Kawasaki Steel	1,4T	1,4T
M Kloof Gold Min.	106G	108,3
F Komatsu	5,1G	5,2
D KLM	148	150
F Kubota	3,3T	3,05G
D Lafarge	–	94T
D Litton Ind.	142G	145
M M.I.M. Hold.	17,75	19,2
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	2,8G	2,9G
F Marudai Food	5,75G	5,75G

	9.3.	8.3.
D Matsushita El.	11,8	13,1
M McDonald's	144	144,1
F McDonnell D.	115G	115,5
D Minnesota M.	191T	195T
D Minolta Camera	4,6T	4,5T
F Mitsubishi Chem.	2,5	2,5G
F Mitsubishi El.	3,7T	3,8
F Mitsui Bk.	4,1G	4,1G
F Mitsui & Co.	3,9G	4bG
F Mitsui Engin.	1,6	1,58G
F Mitsui O. S. K.	2G	2G
F Mitsumi El.	4,7	4,45
H Mobil Oil	69	69
F Monsanto	217,9	217
F Montedison	0,25	0,24
M Nat. Semicond.	71,9	73,5
D Nat. Westminster	19T	19T
F Nestlé	4550	4600
D Nikko Sec.	4,15TG	4,15bG
F Nippon El.	9,8T	9,8
F Nippon Kokan	1,45	1,4G
F Nippon Shinpan	8,2T	8,2G
F Nippon Yusen	2,6G	2,6G
F Nissan Motor	7,7	7,7
F Nisshin Steel	1,3G	1,3G
F Nissho-Iwai	3G	3G
F Norsk Hydro	101,8	102,8
F Norton Simon	40	40
H Occ. Petroleum	46	46,5
D Océ v. d. Grint	169T	170
F Olivetti Vz.	4,6	4,85
F Olympus Optical	10,8G	10,8G
H v. Ommeren	21	22
F Omron Tateisi	10,6	10,5G
F Pakhoed	44	45,3
M PanAm	13,28	13,5
M Pepsi	88,8	89,1
F Pernod-Ricard	145T	150T
F Peugeot	38	39
F Philip Morris	146	151
H Philips	32,1	32,8
D Phoenix Ass.	11G	11G
F Pirelli	2,8	2,9bG
M Polaroid	60,3	60,2
F Procter & G.	135	136
F Rank Org.	5,3	5,35
F Ricoh	6,8G	6,8G
F Rio Tinto NA-St.	19,4	18,6
H Robeco	241,5	240,5
F Rockwell	125	125
H Rolinco	225	226
F Rorento	146,5	149
F Rothmans Int.	4,3G	4,4bB
H Royal Dutch	87	84,5
F Sanko Steamship	2,2	2G
M Santos	9,05	9,75
F Sankyo Electric	4,4G	4,4G
F Sanyo Elec.	4,4G	4,4G
F Sanwa Bk.	4,9G	4,9G
M SASOL	8,3	8,25
F Schlumberger	102	101
F Schw. Alum.	721	741
F Schw. Bankverein	300,5	300
M Sears, Roebuck	81	82,8
D Seibu Stores	6,9G	6,9G
F Sekisui Prefab.	7,2G	7,2G
F Selected Risk	28T	29T
H Shell T & T	14G	14,3G
F Snia Viscosa	1,68	1,75
D Solvay	113T	112T
D Sony Corp.	34,6	35,5
D Sperry Corp.	84,5	85
F Stanley Elec.	4,8T	4,8T
F Steyr-Daimler-P.	25,6T	25,7T
F Sumitomo Heavy	1,55	1,6T
D Sumitomo Metal	1,7T	1,6bG
F Sumitomo Shoji	4,3T	4,3T
D Sun	79G	82bGB
F Swissair	945G	940G
F Taisei Kens.	2,4bG	2,3G
M Tandy	135	134
F Tenneco	80,5G	82,9
D Thomson-CSF	62G	63bB
D Thorn Emi	18,2G	18T
D Tokyo Pac	218G	210G
F Tokyo Sanyo El.	4,5T	4,4G
F Trio Kenwood	5,6G	5,4G
F TRW Inc.	162G	162
D Toray	3,4G	3,6G
D Toshiba	3,3G	3,5G
D UAL	80	83G
H Unilever	181,5	185
D Uniroyal	29G	29,5
F United Techn.	156	160
F US Steel	57,5	57,4
M Vaal Reefs Expl.	241	246,1
F Vaitscher Magn.	–	–
D [illegible]	428	426B
D Volvo A	132T	130T
D dgl. Nam B	130T	130T
F Warner Commun.	74	71
F Warner Lambert	77G	79
F Wells Fargo	69	71
M Western Deep L.	128,5	129,5
M Western Mining	8,7	9,15
F West.-Utrecht H.	91	90,8
D Xerox Corp.	90	99,4

Warenpreise – Termine

In sämtlichen Positionen angezogen haben am Dienstag die Kupfer-Terminnotierungen an der New Yorker Comex, während Silber und Gold auf breiter Front nachgaben. Kakao wurde ebenfalls durchweg schwächer notiert. Bei Kaffee war die Tendenz überwiegend schwächer.

Getreide und Getreideprodukte

	8. 3.	7. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	312,00	315,75
Mai	323,50	327,75
Juli	335,25	339,75
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	8. 3.	7. 3.
St. Lawrence 1 CW	233,91	233,71
Amber Durum	213,51	228,71
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	117,90	117,90
Mai	119,60	120,60
Juli	122,40	122,70
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	101,40	101,80
Mai	98,00	98,60
Juli	97,20	97,60
Hafer Chicago (c/bush)	8. 3.	7. 3.
März	149,25	150,00
Mai	154,75	158,00
Juli	162,00	165,25
Mais Chicago (c/bush)		
März	276,00	279,50
Mai	286,25	288,75
Juli	291,25	294,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	8. 3.	7. 3.
März	102,30	102,80
Mai	103,50	104,60
Juli	103,90	105,40
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	8. 3.	7. 3.
März	9,60	9,56
Mai	9,90	9,87
Juli	10,04	9,98
Sept.	9,85	9,75
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
März	17,70	17,56
Mai	18,20	18,12
Sept.	18,25	18,00

Genußmittel

	8. 3.	7. 3.
Kaffee New York (c/lb)	8. 3.	7. 3.
Terminkontr. März	123,75	124,75
Mai	121,11	121,70
Juli	119,86	120,30
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	1798	1769
Mai	1850	1818
Juli	1879	1840
Umsatz	2225	2615
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,32	6,39
Juli	6,57	6,67
Sept.	6,90	6,99
Okt.	7,14	7,23
Jan.	7,80	7,53
Umsatz	5350	7975
Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	8. 3.	7. 3.
	6,14	6,15
Kaffee London (£/t) Robusta-	8. 3.	7. 3.
Kontr. März	1660–1665	1665–1668
Mai	1666–1667	1658–1659
Juli	1568–1569	1562–1564
Umsatz	2252	1716
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1324–1327	1314–1315
Mai	1337–1338	1327–1328
Juli	1351–1352	1336–1338
Umsatz	5008	3956
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Mai	111,85–111,95	113,05–113,10
Aug.	119,05–119,25	120,20–120,25
Okt.	125,25–125,50	126,30–126,60
Dez.	131,00–131,25	132,00–132,25
März	140,00–140,25	141,00–141,50
Mai	142,50–144,50	144,00–145,50
Umsatz	1025	1729

	8. 3.	7. 3.
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	8. 3.	7. 3.
schw. Sarawak spez.	277,50	282,50
weißer Sarawak	355,00	355,00
weißer Muntok	360,00	360,00
Orangensaft New York (c/lb)	8. 3.	7. 3.
März	112,30	110,75
Mai	109,50	107,90
Juli	108,65	107,20
Sept.	108,50	107,50
Nov.	105,90	105,30
Umsatz	600	300

Öle, Fette, Tierprodukte

	8. 3.	7. 3.
Erdnußöl New York (c/lb)	8. 3.	7. 3.
Südstaaten fob Werk	25,25	25,50
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	22,50	23,25
Sojaöl Chicago (c/lb) März	16,83	16,91
Mai	17,16	17,29
Juli	17,52	17,69
Aug.	17,67	17,82
Sept.	17,80	17,95
Okt.	17,90	18,05
Dez.	18,20	18,35
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	17,50	17,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	16,50	16,50
Choise white hog 4% fr. F.	14,875	14,875
Talg New York (c/lb) top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	12,75	12,50
Schweine Chicago (c/lb) April	52,25	51,70
Juni	55,15	54,47
Juli	55,25	54,75
Schweinebäuche Chicago (c/lb) März	74,15	72,20
Mai	75,40	73,50
Juli	75,65	73,70

	8. 3.	7. 3.
Häute Chicago (c/lb)	8. 3.	7. 3.
Ochsen einh. schwere River Northern	37,50	37,50
Kühe einh. schwere River Northern	52,00	52,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) März	571,00	574,00
Mai	584,25	589,50
Juli	596,00	601,00
Aug.	601,00	605,00
Sept.	603,00	608,00
Nov.	614,50	620,00
Jan.	626,50	632,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) März	169,50	171,00
Mai	174,00	175,40
Juli	176,80	178,30
Aug.	178,50	179,80
Sept.	180,00	181,50
Okt.	181,70	183,00
Dez.	186,00	187,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	8. 3.	7. 3.
März	284,80	285,20
Mai	290,80	291,20
Juli	297,30	298,10
Kokosöl New York (c/lb)	8. 3.	7. 3.
Westküste fob Werk	21,25	21,375
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	9. 3.	8. 3.
jegl. Herk. cif	435,00	440,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	382,50	385,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	365,00	365,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	101,00	101,00
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	482,50	480,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	257,00	248,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	8. 3.	7. 3.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	8. 3.	7. 3.
März	72,15	72,00
Mai	71,45	71,25
Juli	70,50	70,60
Okt.	69,50	69,60
Dez.	69,00	69,80
März	70,30	70,05
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	55,00	54,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	8. 3.	7. 3.
März	375–388	373–382
Mai	392–398	388–392
Aug.	414–416	410–411
Umsatz	201	87
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	8. 3.	7. 3.
Mai	43,60	43,60
Juli	44,20	44,20
Okt.	44,50	44,50–45,00
Dez.	45,30	45,30
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	8. 3.	7. 3.
März	552,0–555,0	540,0–542,0
Mai	573,5–574,5	559,0–561,5
Juli	585,0–591,0	573,0–575,0
Umsatz	462	–
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	8. 3.	7. 3.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	8. 3.	7. 3.
März	14 196	14 220
April	14 275	14 308
Kautschuk London (p/kg)	8. 3.	7. 3.
Nr. 1 RSS loco	–	74,50–76,50
April	77,50–78,50	73,20–74,00
Mai	77,70–78,50	73,20–73,50
April/Juni	–	–
Tendenz: ruhig		

	8. 3.	7. 3.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	8. 3.	7. 3.
Nr. 1 RSS loco:	234,00–235,00	228,50–229,50
März	237,50–238,50	232,50–233,50
April	250,50–251,50	245,50–246,50
Nr. 2 RSS März	233,00–234,00	228,50–229,50
Nr. 3 RSS März	231,00–232,00	226,50–227,50
Nr. 4 RSS März	223,50–224,50	219,00–220,00
Tendenz: sehr fest		
Jute London (£/lgt)	8. 3.	7. 3.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	9. 3.	8. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	105,97–106,15	106,07–106,25
drittfolg. Monat	110,32–110,68	110,05–110,23
Zink: Basis London		
laufend Monat	163,31–163,67	160,46–160,84
drittfolg Monat	168,75–169,11	165,97–166,06
Produz.-Preis	180,23	179,74
Reinzinn 99,9%	3431–3465	3436–3470

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	9. 3.	8. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	387,03–389,21	383,63–385,80
Blei in Kabeln	113,75–114,75	113,75–114,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	9. 3.	8. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	326–331	325–329
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	367	363–365
MS 63	367–369	355–367

Zinn-Preis Penang

	8. 3.	7. 3.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring.$/kg)	29,61	29,87

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	9. 3.	8. 3.
Leg. 225	269–284	269–284
Leg. 226	272–286	272–286
Leg. 231	315–330	315–330
Leg. 233	330–347	330–347

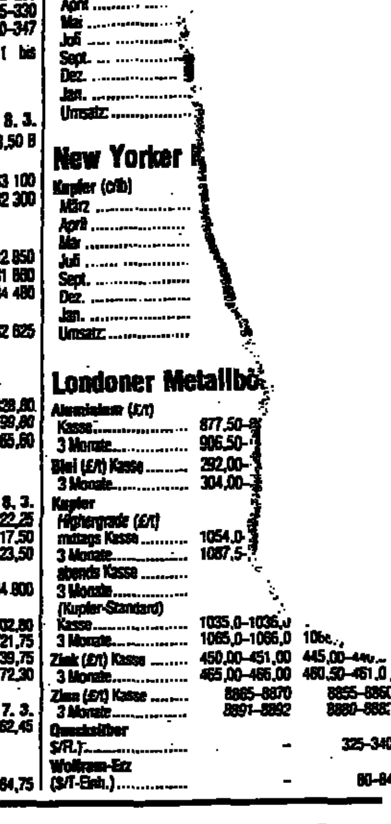
Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	9. 3.	8. 3.
Platin (DM je g)	33,50 B	33,50 B
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 100	33 100
Rücknahmepr.	32 300	32 300
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 230	32 850
Rücknahmepr.	32 230	31 880
verarbeitet	34 870	34 480
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 915	32 625
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	834,70	828,80
Rücknahmepr.	805,50	799,80
Verarbeitet	871,70	865,60

Internationale Edelmetalle

	9. 3.	8. 3.
Gold (US-$/Feinunze) London	9. 3.	8. 3.
10.30	424,25	422,25
15.00	426,00	417,50
Zürich mittags	424,25–425,25	422,50–423,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 500	94 800
Silber (p/Feinunze) London Kasse	704,10	702,80
3 Monate	722,90	721,75
6 Monate	740,50	739,75
12 Monate	773,50	772,30
Platin (£-Feinunze) London	8. 3.	7. 3.
fr. Markt	270,15	262,45
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	65,75	64,75



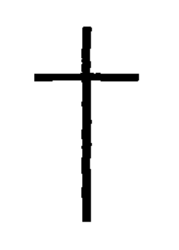
New Yorker [illegible]
Gold H & H
Silber H & H
Platin fr. Händler
Produz.-Preis
Palladium fr. Händlerpr.
Produz.-Preis
Silber (c/Feinunze)
März
April
Mai
Juli
Sept.
Dez.
Jan.
Umsatz

New Yorker [illegible]

Kupfer (c/lb)
März
April
Mai
Juli
Sept.
Dez.
Jan.
Umsatz

Londoner Metallbö[illegible]

Aluminium (£/t) Kasse	877,50-[illegible]	
3 Monate	906,50-[illegible]	
Blei (£/t) Kasse	292,00-[illegible]	
3 Monate	304,00-[illegible]	
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1054,0-[illegible]	
3 Monate	1087,5-[illegible]	
abends Kasse		
3 Monate		
(Kupfer-Standard) Kasse	1035,0–1036,0	[illegible]
3 Monate	1065,0–1066,0	[illegible]
Zink (£/t) Kasse	450,00–451,00	445,00–[illegible]
3 Monate	465,00–466,00	460,50–461,0[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	8865–8870	8855–886[illegible]
3 Monate	8891–8892	8880–888[illegible]
Quecksilber $/Fl.	–	325–340
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–84



Max Ihn

* 25. Januar 1890 † 8. März 1983

Herta Ihn geb. von Wecus
Karla Schilling geb. Ihn
Ludwig Menge
Karl-Ludwig Menge

4300 Essen 1, Lenaustr. 12

Die Trauerfeier zur Einäscherung findet statt am Freitag, dem 11. März 1983, um 12.00 Uhr in der Trauerhalle des Parkfriedhofes (neue Halle) Steeler Straße.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen. Anstelle von evtl. zugedachten Kranzspenden bitten wir um eine Überweisung auf das Konto des Deutschen Roten Kreuzes, *Kto.-Nr. 414141 (BLZ 500 509 99)*. Deutsche *Girozentrale – Deutsche Kommunalbank* Frankfurt a. M.

Am 6. März 1983 ist das frühere Mitglied der Geschäftsführung der Esso Chemie GmbH, Herr

Georg Prasse

im Alter von 72 Jahren verstorben.

Herr Prasse stand über 40 Jahre in den Diensten der Esso. Seine vielseitigen Erfahrungen im Verkaufsgeschäft, sein außergewöhnlicher Ideenreichtum und sein unermüdlicher Einsatz befähigten ihn, erfolgreich viele verantwortungsvolle Aufgaben in unserer Organisation zu übernehmen.

Er erfreute sich großer Wertschätzung bei allen seinen Mitarbeitern und Vorgesetzten.

Wir trauern mit den Angehörigen um eine verdiente und beliebte Persönlichkeit, der wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Köln/Hamburg, den 7. März 1983

ESSO A. G.
ESSO CHEMIE GMBH

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 14. März 1983, um 12.00 Uhr in der Halle B des Krematoriums Hamburg-Ohlsdorf statt.

FINANZANZEIGEN



MANNESMANN

Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Umtauschangebot an die Aktionäre der Mannesmann Demag AG

– Wertpapier-Kenn-Nummer 558 400 –

Durch die in den vergangenen Jahren verfolgte Unternehmenspolitik wurde bei Mannesmann eine weitgehende Diversifikation und damit ein größerer Ausgleich konjunktureller und struktureller Risiken erreicht. Zur Anpassung an neue Marktstrukturen und zur Sicherung der Ertragskraft werden auch künftig entsprechende Maßnahmen erforderlich sein.

Der Vorstand der Mannesmann AG hält es daher für richtig, den außenstehenden Aktionären der Mannesmann Demag AG die Möglichkeit zu geben, sich im Wege des Tauschs von Demag-Aktien in Mannesmann-Aktien am Gesamtunternehmen zu beteiligen.

An der Mannesmann Demag AG ist die Mannesmann AG zur Zeit mit 91,8% beteiligt.

Im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat der Mannesmann AG bieten wir den Aktionären der Mannesmann Demag AG an,

je 1 Aktie der Mannesmann Demag AG über nom. DM 50,–
mit Gewinnanteilschein Nr. 49 ff und Erneuerungsschein
– Wertpapier-Kenn-Nummer 558 400 –

in

je 1 Aktie der Mannesmann AG über nom. DM 50,–
mit Gewinnanteilschein Nr. 37 ff und Erneuerungsschein
– Wertpapier-Kenn-Nummer 656 002 –
sowie einen Barbetrag von DM 15,–

umzutauschen.

Die Angemessenheit des Umtauschverhältnisses zwischen Aktien der Mannesmann Demag AG und Aktien der Mannesmann AG wurde durch die Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, überprüft. Die Prüfer kamen hierbei zu dem Ergebnis, daß ein Umtauschverhältnis 1:1 als angemessen anzusehen ist.

Die Mannesmann AG verpflichtet sich, diejenigen Aktionäre, die das Tauschangebot angenommen haben, durch eine zusätzliche Entschädigung (Nachbesserung) solchen Aktionären gleichzustellen, die künftig für Aufgabe oder Verlust ihrer Aktionärsrechte zugunsten der Mannesmann AG oder zugunsten eines ihr nahestehenden Dritten einen günstigeren Ausgleich erhalten sollten.

Diese Verpflichtung gilt für einen Zeitraum von 24 Monaten nach Veröffentlichung des Umtauschangebots im Bundesanzeiger. Die Frist verlängert sich bis zum Abschluß eines zwischenzeitlich rechtshängig gewordenen, gegen irgendein nachfolgendes Angebot gerichteten Verfahrens auf gerichtliche Bestimmung einer angemessenen Abfindung.

An dieses Umtauschangebot halten wir uns bis zum 7. April 1983 gebunden.

Wir bitten die Aktionäre der Mannesmann Demag AG, die das Umtauschangebot annehmen wollen, ihre Aktien

in der Zeit vom 10. März bis 7. April 1983 einschließlich

bei einer der nachstehend aufgeführten Banken oder deren Niederlassungen schriftlich zum Umtausch anzumelden und unwiderruflich zur Verfügung zu stellen:

Deutsche Bank AG	Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG	Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Commerzbank AG	Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG	Delbrück & Co.
Deutsche Genossenschaftsbank	Dresdner Bank AG
Merck, Finck & Co.	Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.	*Trinkaus & Burkhardt*
Westdeutsche Landesbank Girozentrale	Westfalenbank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner	Deutsche Bank Saar AG

Der Dividendenschein Nr. 48 verbleibt den Aktionären zur Entgegennahme der Ausgleichszahlung für das Geschäftsjahr 1982.

Die für den Umtausch erforderlichen neuen Mannesmann-Aktien werden nach Ablauf der Umtauschfrist durch Ausnutzung des genehmigten Kapitals gemäß § 3 Abs. 5 der Satzung der Mannesmann AG geschaffen. Die neuen Aktien werden zunächst von einem Bankenkonsortium unter der Führung der Deutsche Bank AG übernommen, und zwar treuhänderisch für die umtauschbereiten Aktionäre der Mannesmann Demag AG. Nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister (voraussichtlich Mitte April 1983) werden die Aktien unverzüglich den Berechtigten zur Verfügung gestellt.

Die aus der Ausnutzung des genehmigten Kapitals hervorgehenden neuen Mannesmann-Aktien werden zunächst in Form einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Wertpapiersammelbank Nordrhein-Westfalen AG, Düsseldorf, hinterlegt wird und an der die umtauschenden Aktionäre der Mannesmann Demag AG durch Gutschrift auf Girosammeldepotkonto beteiligt werden. Gedruckte Einzelurkunden werden nach Dividendengleichheit mit den alten Aktien, d. h. ab 30. Juni 1983, vorliegen. Bis dahin können Ansprüche auf Auslieferung von Einzelurkunden nicht geltend gemacht werden.

Die Zulassung der neuen Aktien zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen wird umgehend nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister beantragt. Der Handel und die amtliche Notierung der neuen Aktien werden voraussichtlich Anfang Mai 1983 aufgenommen.

Der Aktienumtausch sowie die Vergütung der Barbeträge sind für die Aktionäre der Mannesmann Demag AG provisions-, spesen- und börsenumsatzsteuerfrei.

Düsseldorf, im März 1983

Der Vorstand



gegr. 1871

Vereinsbank in Nürnberg

Aktiengesellschaft

Nürnberg

Wir laden unsere Aktionäre zu der am

Mittwoch, dem 20. April 1983, 10.30 Uhr,

in unserem Bankgebäude in Nürnberg, Marienstraße 3, stattfindenden

102. ordentlichen Hauptversammlung

ein.

Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Bekanntmachung im Bundesanzeiger Nr. 48 vom 10. März 1983.

Nürnberg, den 10. März 1983

Der Vorstand

FUSSBALL / Fortuna Köln im Pokal-Halbfinale

upp Derwall verblüfft iber Schatzschneider

MARCUS BERG, Köln

Otto Rehhagel von Werder Bre-
ien besuchte Isabella Schatz-
chneider mit Blumen und brachte
r Tochter Nicole Spielsachen
Der 1. FC Nürnberg ließ mit-
n, auch der Vater des Mittel-
ners könne einen Job erhalten
Platzwart. In Gelsenkirchen
Dieter Schatzschneider Ne-
nnahmen als Verwalter einer
halle kassieren können, hät-
i Schalke 04 einen Vertrag
rieben. Der 1. FC Kaisers-
vollte ihm ein Haus bauen,
München lockte und er-
r Antwort: „Nordlicht
rdlicht."

be Bundesliga hat Dieter
neider, 24 Jahre alt, 1,84
umworben. Warum saß
irer Jupp Derwall am
abend auf einem Neben-
iatz des großen Fußballs, im Köl-
er *Südstadt-Stadion. Da* fragte er
verblüfft: „Spielt der immer so
gut?" Galt der Besuch Derwalls
tatsächlich Dieter Schatzschnei-
der? Es darf spekuliert werden, der Spieler selbst tut es nicht und reagiert so direkt, wie er auf dem Fußballfeld dem Tor zustrebt: „Quatsch, ich bin doch kein Idiot, mir so etwas einzubilden."

Schatzschneider hat dem Zweitliga-Klub Fortuna Köln im deutschen Fußball-Pokal zur Überraschung und zu viel Geld verholfen. Ein Kopfball und ein von ihm verwandelter Elfmeter ließen Borussia Mönchengladbach im Viertelfinale ausscheiden. Der „Lange", so wird er *genannt, grinste* nur: „Niemand soll mir vorwerfen, ich würde hier nur abkassieren."

Der Verdacht lag nahe, als Fortuna Kölns einfallsreicher Präsident und Mäzen, Jean Löring kurz vor Weihnachten, von der Konkurrenz mißtrauisch beäugt, sein Leihgeschäft aushandelte. Hannover 96 *brauchte Geld, der Aufstieg* war bereits verspielt, der größte Schatz im Aufgebot der Spieler wurde nicht mehr sportlich, nur noch als Schuldendämpfer gebraucht. So zahlte Löring denn 230 000 Mark Leihgebühr für Schatzschneider, damit er bis Saisonende für seinen Klub Tore schießen kann. Danach, für 1,4 Millionen Mark, wechselt der Mittelstürmer dorthin, wo er immer hinwollte, allen anderen Verlockungen zum Trotz – zum Hamburger SV.

13 000 Mark verdient Schatzschneider bei Fortuna Köln im Monat, für jeden Sieg der Mannschaft erhält er noch 1500 Mark Prämie. Das kann schon den Neid wecken. Und so gab es denn auch Kollegenschelte, nicht offen, sondern in feiger Anonymität: Schatzschneider sei ein „Stehgeiger", der wenig laufe und egoistisch auf seine Torchance lauere. Das ist Muster ohne Wert, die Statistik spricht eine andere Sprache: Neun Treffer in der Zweiten Liga, meist entscheidende zum Punktgewinn, drei im Pokal, eins ließ Eintracht Braunschweig ausscheiden, zwei jetzt Mönchengladbach.

Schatzschneider antwortet auf *solche Kritik ohnehin geradlinig* und deutlich: „Egoismus? Ja, warum denn nicht, solange ich diesen Egoismus in den Dienst der ganzen Mannschaft stelle. Drei Mann vor der Tribüne austricksen – das bringt doch gar nichts. Tore zählen. Es nützt doch auch nichts, wenn einer läuft und läuft und läuft, aber alles verkehrt macht. Besser ist, einer läuft weniger und macht alles richtig – zum Beispiel Tore."

Schatzschneider gehört eben zu den Spielertypen, bei denen Ästheten voreilig die Nase rümpfen und urteilen: Der kann ja nur Tore schießen. Von der Statur und in seiner Kopfballstärke ähnelt er Horst Hrubesch, den er beim deutschen Meister ablösen wird. Die Ballführung mit herausgestrecktem Hinterteil und die Witterung für gute Tormöglichkeiten erinnert an Gerd Müller.

Und – das Spiel gegen Mönchengladbach zeigte es deutlich – vieles *ist Vorurteil. Schatzschneider lief* und kämpfte, spielte kluge Doppelpässe. Jupp Derwall lobte: „Das ist schon ein guter Mann." Und Kollegen aus der Bundesliga schlossen sich an! Nationalspieler Pierre Littbarski: „Er wird beim Hamburger SV noch mehr Furore machen als Horst Hrubesch."

Vor dem Sieg noch ein Gepäckmarsch

DW. Bonn

Das Halbfinale des deutschen Fußball-Pokals ist komplett. Mit dem 1. FC Köln und Fortuna Köln (2:1 über Mönchengladbach im Wiederholungsspiel) stehen in dieser Runde erstmals nach 16 Jahren (München 60 und Bayern München) *zwei Klubs aus einer Stadt.* Hinzu kommen der VfB Stuttgart und Borussia Dortmund.

Die Dortmunder hatten am Dienstag abend Mühe, den VfL Bochum mit 3:1 zu besiegen. Die Entscheidung fiel erst in der Verlängerung nach Toren von Raducanu und dem bisher unbekannten Amateur Franz Schmedding, der als Bundeswehrsoldat morgens noch einen Gepäckmarsch über 12 Kilometer absolvieren mußte. In der regulären Spielzeit hatten Keser für Dortmund und Pater für Bochum die Treffer erzielt. Die Spiele des Halbfinales werden am Samstag innerhalb der „Sportschau" im ersten Fernsehprogramm (ARD) ausgelost.

In einem Nachholspiel der Bundesliga baute der Hamburger SV seine Führung in der Tabelle auf zwei Punkte gegenüber den Verfolgern Bayern München und Borussia Dortmund (beide 32:14 Punkte) aus. Ohne Rolff (vier gelbe Karten), Kaltz, Milewski und Hartwig (alle verletzt) besiegten die Hamburger Fortuna Düsseldorf mit 2:0. Hieronymus und Thomas von Heesen erzielten die Tore. Von Heesen, der im Dezember am Meniskus operiert worden war, war bei seinem ersten Einsatz nach der Verletzungspause der beste Spieler des deutschen Meisters.

MOTORSPORT / Sonntag beginnt die Formel-1-Weltmeisterschaft – Keine Chance für die alten Saugmotoren?

Araber zeigen stolz ihren Turbo „made by Porsche"

DANIEL HAUSER, Bonn

Privat fährt er ein Auto mit Turbo-Motor – einen schwedischen Saab. Doch seinen Formel-1-Rennwagen bewegt der finnische Weltmeister Keke Rosberg mit Hilfe eines traditionellen Saugmotors der englischen Firma Cosworth. So gilt denn der Titelverteidiger vor dem ersten Weltmeisterschaftslauf am Sonntag in Rio de Janeiro eher als Außenseiter. Die turboangetriebenen Autos – so scheint es – sind allzu überlegen: Der Ferrari des Franzosen René Arnoux, der Renault seines Landsmanns Alain Prost und der Brabham-BMW des Brasilianers Nelson Piquet.

Und Williams? Das Team stellte in den letzten fünf Jahren zwei Weltmeister: 1980 den Australier Alan Jones (jetzt bei Arrows), 1982 Rosberg. Ist die Ära Williams nun vorbei, verzichtet man freiwillig auf die schnelleren, mitunter 700 PS starken Turbo-Triebwerke? Teamchef Frank Williams führte in einem Gespräch mit der französischen Sportzeitung „L'Equipe" trotz des Turbo-Verzichts seine beiden Fahrer Rosberg und Jacques Laffite (Frankreich) als Top-Favoriten für die Grand-Prix-Saison 1983 auf. Erst danach räumte er auch Prost, Arnoux, Piquet und Lauda Chancen ein.

Rosberg sagte dazu: „Wir brauchen einen Turbo, aber einen zuverlässigen, und deshalb warten wir ab. Wenn wir in Rio sehr langsam sind, dann kann es mit einem neuen Williams sehr schnell gehen." Die Vorbereitungen dafür scheinen getroffen. Das Chassis wurde bereits für einen turboangetriebenen Rennwagen ausgelegt, die drei Geldgeber des Teams, die arabische Luftverkehrsgesellschaft „Saudia", die arabische Firma „Techniques d'Avant Garde" (TAG) und die Mineralölfirma „Mobil" haben zusammen noch einmal vier Millionen Dollar mehr bereitgestellt als 1982. Wie hoch der Gesamt-Etat wirklich ist, weiß wohl nur Frank Williams.

„Es gibt mehr fertige Turbomotoren als gemeinhin bekannt ist. Zum Beispiel wurde auch der neue Alfa-Romeo-Turbo anderen Teams angeboten", sagt Weltmeister Rosberg. *Williams hat* denn auch fleißig seine Fühler ausgestreckt, schien bereits mit BMW im Sommer 1982 handelseinig zu sein. Doch dann zogen sich die Araber zurück und erteilten dem japanischen Honda-Werk einen Auftrag. Neuerdings spricht Frank Williams über die Vorzüge eines Matra-Turbos im Williams.

Doch gestern nun stellte die saudiarabische Gruppe TAG auf dem Genfer Autosalon einen bei Porsche in Weissach entwickelten Motor vor, der die Eingravierung trägt: „TAG made by Porsche."

Der Sechszylinder-V-Motor mit 1,5 Liter Hubraum und zwei Turbo-Doppelladern leistet rund 600 PS. Noch in der zweiten Hälfte der Saison soll der Motor im McLaren des früheren Weltmeisters Niki Lauda (Österreich) eingesetzt werden. Das Unternehmen TAG, das sein Geld damit verdient, arabischen Staaten *zur Industrialisierung* zu verhelfen und Petrodollars in Europa und Amerika zu vermehren, hat sich gegenüber Porsche bereit erklärt, den Motor vorerst *nur exklusiv im McLaren* zu verwenden.

Doch die TAG ist auch der finanzielle Motor des Weltmeister-Teams Williams. Und der 30jährige *Araber Mansour Ojjeh,* einer der Präsidenten von TAG, sagte: „Keine andere Sportart besitzt ein derart hohes technisches Niveau und ist so werbewirksam. Zu unserem Image, Avantgardismus in der Technik zu fördern und an ihm zu partizipieren, paßt die Formel 1 – und besonders das Williams-Team. Solange wir im Grand-Prix-Business sind, halten wir Williams die Treue."

Der Turbo-Lader ermöglicht in der Formel 1 nunmehr Spitzengeschwindigkeiten bis zu 400 Kilometern in der Stunde. Beim herkömmlichen Coswoth-Triebwerk liegt sie bei etwa 320 Stundenkilometern. Die Überlegenheit der Turbo-Motoren gab es freilich auch schon 1982, wenngleich nicht so gebündelt wie in diesem Jahr, und dennoch wurde Rosberg mit Saugmotor Weltmeister. Viel Lob gab es deshalb vom früheren Williams-Weltmeister Alan Jones für Konstrukteur Patrick Head. Jones: „Eine Menge Leute haben Patrick vorgeworfen, er wäre in seiner Arbeitsweise zu zurückhaltend. Ich sehe das *nicht so.* Patrick stellt die Sicherheit über alles, und es hat einige Unfälle gegeben, bei denen ich verdammt froh darüber war, einen Williams zu fahren. Aber auch sonst war *das Auto ein Meisterstück,* einer der größten Rennwagen aller Zeiten, würde ich sagen. Für mich war es wirklich ein einzigartiges Privileg, ihn fahren zu dürfen."

Dieses Privileg haben nun Weltmeister Rosberg und der Franzose Laffite – aber (vorerst) ohne Turbomotor. Vor diesen feuerspeienden *Triebwerken ist es Rosberg* allerdings auch bange. Er fordert ein Verbot der Tankstopps während der Formel-1-Rennen. Rosberg: „Ich habe immer Angst, wenn Fahrer mit 1000 bis 1200 Grad Celsius am Turbolader in die Boxenstraße kommen und die Leute dann mit Benzin herumspielen."

STAND PUNKT

Stark und sensibel

Es war am 6. September 1974 in Rom bei den Europameisterschaften. In der Zielkurve bahnte sich eine Sensation an. Beim Kugelstoßen lag der Berliner Ralf Reichenbach vorn. Erst im letzten Versuch übertrumpfte ihn der Potsdamer Hartmut Briesenick. Reichenbach gewann die Silbermedaille. Es blieb sein größter internationaler Erfolg. „Ich glaube, ich spinne. Ich glaube, ich bin auf dem Mond", jubelte er damals und dolmetschte vor der Weltpresse zweisprachig, wie sich das Duell zugetragen habe.

Die Zugnummer Ralf Reichenbach wird es künftig nicht mehr geben. Der 32 Jahre alte Kneipenwirt hat seinen Rücktritt vom Hochleistungssport vollzogen: „Ich packe es nicht mehr." Aus, vorbei. Die ersten Weltmeisterschaften der Leichtathletik, im August in Helsinki, wird er als Fernsehzuschauer erleben.

Reichenbach war ein gutes Jahrzehnt ein Eckpfeiler der Leichtathletik-Nationalmannschaft: Souverän, ehrgeizig, fleißig, fast stets rekordhungrig. Vor zwei Jahren startete er beim Weltcup in Rom für das Team „Europa" – es gab keinen Besseren. Bei 120 Kilogramm Gewicht sensibel bis unter die Haarspitzen, geriet er ins Zwielicht, als über Anabolika diskutiert wurde.

1980 war er die Nummer vier der Weltrangliste, doch der *Olympia*-Boykott zerstörte auch seine Medaillen-Hoffnungen. Was nun bleibt, ist die Erinnerung an Rom und die Versicherung, weder als Trainer noch als Funktionär jemals für den Verband zu arbeiten. Ein Rücktritt ohne Wenn und Aber.

KLAUS BLUME

EISKUNSTLAUF / Schramm auf Platz drei

Die Hoffnung auf Gold als komplizierte Rechenaufgabe

UWE PRIESER, Helsinki

Norbert Schramm greift nach Gold – Schramm droht leer auszugehen. Das ist die Situation vor der entscheidenden Kür der Herren bei der Eiskunstlauf-Weltmeisterschaft heute abend in Helsinki (Originalübertragung im ZDF ab 21.20 Uhr). Der *Kampf* um die Medaillen gleicht einem 100-m-Finale, bei dem zehn Meter vor dem Ziel sechs Läufer um nur einen halben Meter voneinander getrennt vorn liegen. Wer jetzt strauchelt, hat verspielt.

Nach dem Kurzprogramm fuhr ein bleicher, entkräfteter, aber unendlich erleichterter Norbert Schramm vom Eis. „Bin ich froh, das hinter mir zu haben." Vom Fieber geschwächt, von einer Darmgrippe geschüttelt, erlebte der 22jährige die längsten zwei Minuten seiner Laufbahn.

Schramm legte sich mit der Zuversicht schlafen, eine Medaille zu gewinnen, und mit dem Vertrauen, vier der neun Preisrichter in der Kurzkür auf seiner Seite gehabt zu haben. Zwei davon werden unter allen Umständen versuchen, Schramm durchzupauken, denn wie schon bei Olympia 1980 gibt es wieder eine deutsch-deutsche *Preisrichterkoalition.* Die „DDR"-Jurorin von Wiecki erweist den Kollegen von der Deutschen Eislauf-Union (DEU) bei den Herren – wo es für die „DDR" nichts zu gewinnen gibt – eine Gefälligkeit und setzte Schramm auf den ersten Platz vor Hamilton. Die DEU revanchierte sich im für sie unwichtigen Paarlauf, wo die Hamburgerin Reetz den Titelverteidigern Baess/Thierbach aus der „DDR" in der Kurzkür half, den ersten Platz zu verteidigen.

Was aber Preisrichter-Koalitionen wert sind, das erwies sich schon in der Kurzkür: Keiner versteht gar nichts mehr. Schramm erhielt vier erste Plätze und wurde Dritter, der Kanadier Brian Orser kam mit drei ersten Plätzen auf Rang zwei und Titelverteidiger Scott Hamilton reichte ein einziger erster Platz zum Sieg im Kurzprogramm. Ein Ergebnis steht Kopf, weil die Regel es nicht anders zuläßt.

Zwischen Hamilton (1,6 Punkte) und Schramm als Drittem der Gesamtwertung (3,6) liegen ebenso zwei Punkte wie zwischen Schramm und dem Kanadier (5,6) auf Rang 6. Zwischen ihnen und auch dem Sowjetrussen Fadejew (4./5,2 Punkte), dem Franzosen Simond (2./2,6) und dem Tschechoslowaken Sabovcik (5./5,4) ist jeder Einlauf in der Kür möglich.

Die Plazierung in der Kür wird als Punkt auf das Gesamtergebnis angerechnet (1. Platz = 1 Punkt, 6. Platz = 6 Punkte). Siegt Schramm in der Kür vor Orser und Hamilton, dann wird der Oberstdorfer Weltmeister, weil er dann wie der Amerikaner 4,6 Punkte aufweist, bei gleicher Punktzahl aber die Pflichtplazierung über die Reihenfolge entscheidet. Siegt Orser vor Hamilton und Schramm, wird Hamilton mit 5,6 Punkten Weltmeister vor Orser (6,6) und Schramm (6,6). Rutscht aber noch Fadejew als Zweiter zwischen Hamilton und Orser, geht Schramm als Vierter leer aus.

Für Hamilton spricht seine erstaunliche Technik, für Schramm die Athletik, für Orser, daß er als erster der sechs Favoriten auf das Eis muß und als Superspringer seine Rivalen unter ungeheuren Druck setzen kann.

NACHRICHTEN

Sieg nach 0:3-Rückstand

Stuttgart *(dpa) – Der VfB Stuttgart* gewann das Fußball-Freundschaftsspiel gegen Dynamo Ostberlin in Stuttgart mit 4:3, nachdem der „DDR"-Meister schon nach 18 Minuten mit 3:0 geführt hatte.

Landshut führt

Landshut (dpa) – Der EV Landshut gewann das dritte Finalspiel der deutschen Eishockey-Meisterschaft gegen den *Mannheimer ERC* mit 6:4. Ihm fehlt jetzt nur noch ein Sieg zum Titel. Am Sonntag hatte Mannheim 8:2 gewonnen, am Freitag Landshut mit 2:1. Meister ist, wer dreimal erfolgreich ist. Das nächste Spiel findet morgen in Mannheim statt.

Drei eine Runde weiter

Tunis (dpa) – Mit Peter Elter (Essen), Andreas Maurer (Neuss) und Damir Keretic (Stuttgart) erreichten drei deutsche Spieler bei dem mit 50 000 Dollar dotierten Tennis-Turnier in Tunis die zweite Runde. Ausscheiden mußten dagegen Michael Westphal (Hamburg) und Uli Pinner (Neuss).

Thoma als Betreuer

München (sid) – Georg Thoma, Olympiasieger in der Nordischen Kombination 1960 in Squaw Valley, soll auf Wunsch des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) die deutschen Kombinierer bei den Olympischen Winterspielen 1984 in Sarajewo betreuen.

Kein Spiel in Schalke

Gelsenkirchen (DW.) – Wegen des *Todes von Lutz Eigendorf findet das* Fußball-Bundesligaspiel Schalke 04 – Eintracht Braunschweig am Samstag nicht statt. Schalkes Manager Rudi Assauer entsprach damit einer Bitte des Braunschweiger Präsidiums („unsere Spieler stehen unter einem Schock"). Das Spiel wird am 22. März nachgeholt.

Hannover sagte ab

Hannover (dpa) – Der PSV Hannover hat das nächste Handball-Bundesligaspiel gegen TuS Hofweier abgesagt, weil er keine Mannschaft mehr zusammenbekommt.

ZAHLEN

EISKUNSTLAUF

WM in Helsinki, Herren, Stand nach Pflicht und Kurzprogramm: 1. Hamilton (USA) 1,6 Punkte, 2. Simond (Frankreich) 2,6, 3. Schramm *(Deutschland) 3,6, 4. Fadejew (UdSSR)* 5,2, 5. Sabovcik (CSSR) 5,4, 6. Orser (Kanada) 5,6, 7. Fischer 6,2, ... 10. Cerne (beide Deutschland) 10,4.

Eistanz, Stand nach den Pflichttänzen: 1. Torvill/Deane (Großbritannien) 0,6 Punkte, 2. *Blumberg/Seibert (USA)* 1,2, 3. Bestemianowa/Bukin (UdSSR) 1,8 ... 10. Born/Schönborn (Deutschland) 6,0.

SKI ALPIN

Weltcup-Riesenslalom in Vail/Colorado, *Herren: 1. Phil Mahre (USA)* 3:03,00, 2. Stenmark (Schweden) 3:03,14, 3. Julen (Schweiz) 3:03,52, 4. Erlacher (Italien) 3:04,01, 5. Enn (Österreich) 3:04,29, 6. Gruber (Österreich 3:04,33). – Weltcup-Slalom in *Waterville Valley,* Damen: 1. Steiner (Österreich) 1:33,84, 2. McKinney (USA) 1:34,21, 3. Wenzel (Liechtenstein) 1:34,23, 4. Hess (Schweiz) 1:34,53, 5. Tlalka (Polen) 1:34,63, 6. Kronbichler (Österreich) und Charvatova (CSSR! 1:34,83, ... 15. Gerg 1:36,24, ... 25. Stotz 1:37,67, ... 28. Mösenlechner 1:37,98, ... 30. Wiesler 1:38,49, 31. Hächer (alle Deutschland) 1:38,57.

TENNIS

Damen-Turnier in Dallas, 1. Runde: *Kohde (Deutschland) – Jordan (USA)* 3:6, 6:2, 6:2, Bunge (Deutschland) – Fairbank (Südafrika) 6:0, 6:2, Navratilova (USA) – Barker (England) 6:1, 6:2, Lloyd – Piatek (beide USA) 6:1, 6:0, Mandlikova (CSSR) – Fromholtz (Au*stralien) 6:4, 6:4, Kiyomura (USA)* – Simmonds (Italien) 7:6, 6:3.

Er trennte nie Ästhetik und Ethik: der Dirigent Arturo Toscanini

Tornado über Musiker-Häuptern

Noch immer läßt sich Karajan keine Gelegenheit entgehen, darauf hinzuweisen, wieviel seine Kunst Toscanini verdankt. Unzähligen Proben Toscaninis zum „Falstaff" in Salzburg habe er im Versteck als junger Mann beigewohnt, allen Aufführungen des Werks, und beim Gastspiel der Mailänder Scala mit Donizettis „Lucia" in Wien 1929 habe er durch Toscanini eigentlich zum ersten Mal die leuchtende Schönheit italienischer Opernmusik voll begriffen, über die er sich bis dahin eher mokiert habe. Dem jungen Karajan war Toscanini durchaus eine Kultfigur.

Das war Toscanini vielen und zwar auch aus außermusikalischen Gründen. Seine Unerbittlichkeit in der Abweisung des Faschismus führte zum Bruch mit dem Heimatland, dessen Staatsbürgerschaft Toscanini allerdings niemals aufgab. Sie wurde ihm jedoch auch nicht abgesprochen, wie es heutzutage bei Kritikern eines bestimmten Regimes immer häufiger Brauch wird.

Toscanini verließ prompt Bayreuth, als Hitler zur Macht kam und ließ sich selbst vom „Führer" nicht ans Festspielpult zurücksäuseln. Statt dessen nahm er Friedelind Wagner, die Abtrünnige des Wagner-Clans, hilfreich und liebevoll auf.

Er verlegte seine künstlerische Tätigkeit von Salzburg nach Luzern beim Anschluß Österreichs an das Reich und saß, dirigierend, den Salzburger Festspielen künstlerisch damit im Nacken. Er ließ es sich nicht nehmen, das von Huberman ins Leben gerufene und zumeist aus europäischen Emigranten gebildete Palästina Sinfonie Orchester bei seinen ersten Konzerten zu leiten und das Orchester auf seine erste Tournee, nach Ägypten, zu führen. Das Israel Philharmonic Orchestra blickt noch heute voller Dankbarkeit auf

Prima la musica! – ARD, 23.00 Uhr

diese lebensentscheidende Hilfe Toscaninis zurück.

Toscanini versagte sie keinem, der gegen politisches wie gegen musikalisches Unrecht zu Felde zog. Er war eine Kämpfernatur, die Ethik und Ästhetik nicht trennte. Er trat immer für beides ein. Er stand für das Recht der Musik wie das Recht der Menschen am Pult. Er wurde bei Lebzeiten schon zur Denkmalsfigur.

Die Schallplatte hat voll nur sein Alterswerk überliefert. Er war 53, als er zum ersten Mal eine Schallplatte einspielte. Regelmäßig kehrte er ins Studio erst als Siebzigjähriger ein. Bei den meisten der heute in der Toscanini-Edition vereinten Aufnahmen stand er schon hoch in den Achtzigern. Wie seine Musik klang, als er als Einunddreißigjähriger 1898 zum ersten Mal die künstlerische Leitung der Mailänder Scala übernahm (und als Antrittsvorstellung gleich die „Meistersinger" dirigierte), können wir nicht mehr beurteilen.

„Man sagt, daß ich immer derselbe geblieben bin", beklagte sich der Achtzigjährige. „Nichts Alberneres ist je über mich gesagt worden. Ich bin nie derselbe gewesen – nicht einmal von einem Tag auf den anderen. Ich wußte das, wenn auch andere es nicht wußten."

Das aber besagt: Statt einer Gesamtschau der künstlerischen Leistung Toscaninis kommt heute sozusagen nur das „ini" noch in den Blick. Der Rest ist Schweigen – und Schimpfen.

Denn das konnte Toscanini wahrscheinlich von Anfang an, und darin dürfte er sich auch nicht gewandelt haben. Seine explosive Natur vermochte Furcht und Schrecken zu verbreiten. Ton-Aufnahmen von seinen Proben belegen ein beinahe unerträglich um sich wütendes Naturell: das Benehmen eines Pultstars und Musikdirektors, wie es heutzutage weltweit nicht mehr möglich ist.

Karajans vielpublizierte Berliner philharmonische Kräche sind das reinste Frühlingswind-Säuseln im Vergleich zu den Tornados, die



Arturo Toscanini (1867–1957)
FOTO: URSULA RÖHNERT

Toscanini auf die gesenkten Häupter seiner Musiker brausen ließ. Er, der jede Note verläßlich unter Kontrolle zu halten verstand, bekam sein eigenes Temperament wohl nie in den Griff.

Wer nicht unter ihm litt, der verehrte. Toscanini versammelte um sich eine Bewunderung wie kaum je ein anderer unter seinen Dirigentenkollegen – und das will etwas heißen in einem Beruf, um den Beifall und Mystizismus seit eh und je rauschen. Leibhaftig dirigieren gesehen hat man ihn in Deutschland seit 1933 nicht mehr. Bis zu seinem Tode am 16. Januar 1957, kurz bevor er neunzig geworden wäre, hatte aber der Film wiederholt Gelegenheit, seine Kunst anschaulich zu bewahren.

KLAUS GEITEL

KRITIK

Viel Blauäugiges aus Bleicherode

Wenn der ZDF-Journalist Arno Schmuckler in die „DDR"-Stadt Bleicherode im Südharz fährt, um den ehemaligen Bergmann und jetzigen Bürgermeister Fritz Ball über seine Sorgen und Nöte (**„Alltag in der DDR"**) zu befragen, dann weiß man, daß fast nur über die Sonnenseite des „realen Sozialismus" berichtet wird. Schließlich hatten die Ostberliner Behörden die Erkundungsreise genehmigt, eine kritische Reportage war da nicht zu erwarten.

Das wurde sehr deutlich, als die neun Stadtratsmitglieder, darunter auch ein praktizierender Katholik, über das „demokratische" Verfahren der „Volkswahlen" Auskunft gaben. Wichtigster Teil des Wahlaktes sei, so wurde blauäugig erzählt, die kritische Auslese der Kandidaten vor der Wahl, deshalb sei alles so „demokratisch". Daß es keinerlei Opposition, also keine Alternative zur Politik der Staatspartei gibt, wurde nicht einmal erwähnt.

Zugegeben: Bleicherode mit seinen 8500 Einwohnern ist ein hübsches Provinzstädtchen mit alten Fachwerkhäusern, deren Erhaltung viel Geld kostet, aber auch neuen Verwaltungsbauten, die vom Anbruch der „neuen Zeit" künden. Doch hätte man bei allen Themen, die angeschnitten wurden, weit kritischere Fragen stellen müssen, als es hier geschah. Zum Beispiel beim Stichwort Eigenheim: Das Genehmigungsverfahren dauert oft Jahre, weshalb wild drauflos gebaut wird. Das schwer zu beschaffende Baumaterial, auch für die Datscha am See, die die Flucht aus der sozialistischen Wirklichkeit ermöglicht, besorgt man sich auf dem florierenden schwarzen Markt.

Nur einmal wurde, ausgerechnet im Fußballverein, wo auch der Bürgermeister Mitglied ist, Kritik laut: In der französischen Partnerstadt Bleicherodes sei noch niemand gewesen, dem Bürger werde eben mißtraut. Diese Aussage hatte mehr Wahrheitsgehalt als sämtliche Bürgermeisterreden.

JÖRG BERNHARD BILKE



„In der Bundesrepublik Deutschland werden wir von einigen Gewerkschaften und Zeitschriften unterstützt." Das erklärte der Pariser Repräsentant des kommunistischen Untergrundsenders **„Radio Venceremos"** in Mittelamerika in einem Interview mit dem Wiener Kurzwellensender des ORF auf die Frage, wer denn diesen Sender finanziert.

*

Sechsmal wird Lou van Burg in diesem Jahr mit der ZDF-Sendereihe **„Spiel mit Onkel Lou"** Erinnerungen an den „Goldenen Schuß" wecken. Vier Kandidaten, Prominente, viel Musik und der „Goldene Schuß" stehen vom 12. März an jeweils im Mittelpunkt der 50-Minuten-Show.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Eislauf-WM
11.25 Kasse mit Kassetten
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Sie – er – Es
Mit den Beiträgen: Türkinnen zwischen zwei Kulturen / Frauen in extremen Sportarten / Visagisten – Kosmetikerkünstler / Joan Aikens Schauergeschichten.
17.00 Was geschah mit Adelaide Harris? (2)
Wer hat das Baby gestohlen?
17.30 Vier fröhliche Frechdachse
Der 100 000-Dollar-Drachen
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend: Der 7. Sinn
20.18 Die Fernsehdiskussion
Nach der Wahl: Kommt der Aufschwung jetzt?
Teilnehmer: Otto Esser (Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände), Paul Schnitker (Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks), Günter Volkmar (Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen), Monika Wulf-Mathies (Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und die Journalisten: Hans D. Barbier (Süddeutsche Zeitung, Bonn), Ernst Dieter Lueg, ARD-Studio Bonn
21.30 Bei Bio
22.30 Tagesthemen
23.00 Prima la musica!
Porträt Arturo Toscanini
00.35 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Frauen über sich selbst
Von Rosemarie Schönwolf
Ich fühle mich heute viel jünger
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Mumins
Der Besuch im Observatorium
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Nizza Thobi
17.50 4 Hoffmanns und 5 Cupovics
Was taugt die Liebe wirklich
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Sherlock Holmes und Dr. Watson
Vier minus vier ist eins
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
21.00 heute-journal
21.20 Sport aktuell – aus Helsinki
Eiskunstlauf-WM
Kür der Herren
22.30 Das kleine Fernsehspiel
Tage im Hotel
Mit Rolf Witt, Rebecca Pauly u. a.
Gernot Heise, ein junger Deutscher, ist nach einem dreijährigen Aufenthalt in den USA nach Europa zurückgekehrt. Seinen Lebensunterhalt verdient er schlecht und recht mit dem Zeichnen von Cartoons. Im Augenblick läßt er sich etwas treiben – nicht recht wissend, wie man heutzutage in Europa mit der Angst vor dem Dritten Weltkrieg leben soll, ob man von einer Insel in der Südsee oder einer Blockhütte in Kanada träumen soll.
24.00 heute



Sarah (Maja Maranow) will sich nicht als reiner Ferienflirt benutzen lassen. – „Tage im Hotel", ZDF, 22.30 Uhr
FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der M
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Zwei von einer Sorte
US-Spielfilm, 1951
21.25 Demnächst ...
21.45 Landesspiegel
21.45 Deutsche Denkmäler
Karl Marx
23.30 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Ma
18.30 Arbeiten mit Ton (2)
18.45 Follow me (18 und 19)
19.15 Was tun?!
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Affe im Winter
Franz. Spielfilm, 1962
21.55 Bücherjournal
22.40 Berlin Rock News
23.40 Letzte Nachrichten

HESSEN

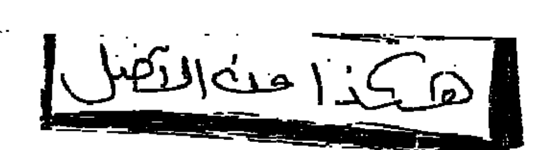
18.00 Am Start ist der Delphin
19.15 Teletechnikum
20.00 Tagesschau
20.15 Liebe niemals einen Fre
US-Spielfilm, 1968
21.55 Drei aktuell
22.10 Kulturkalender
22.40 Atelierbesuche
23.10 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
19.00 Fernsehspiel des Auslands
20.25 Bilderbogen:
Die realen Utopien des H mus Bosch
21.00 Café Größenwahn
Nur für Baden-Württemb
21.45 Zu Gast:
Zwischenlager
22.30 heute in:
„Heute in Rastatt"
23.30 Sendeschluß
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Magazin regional Sport
22.15 Zugabe:
23.00 Sendeschluß
Nur für das Saarland
21.45 Ein Blick durchs Schlüssello

BAYERN

18.15 The Sadrina Project (9)
18.35 Bedrohte Tierwelt auf Madagaskar
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.25 Damals Tagesgespräch
Volksstück von Hans Schwe
20.30 Schauspielereien
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
Zu Gast: Franz Beckenbauer
21.45 Europa nebenan
22.30 Sportblatt
23.15 Rundschau



...zen für ... König

Man merkt's. Die jeweils ...de Partei liebt es, Öster... eine Insel der Seligen zu ... mit weniger Arbeitslosen ...Nachbarstaaten, mit einer ...Verwaltung und so wei...stimmte auch bisher im ...ilichen, aber neuer...t's zu hapern an.

... neue Steuerquellen ...poniert, die sich als...nig sprudelnd erwei...nd Gerichte kommen ... den Tisch. Aber was ...ier ist keine national...e Epopöe, es soll ei...vor einer Beobach...et werden, die auch ...chen kann. In den ...ämlich herrscht viel ...kommenheit als vor ..., „die Kunde ist wie...ig", wie man im Lande sagt, selbst wenn's nur um ein Paar Sockerl (recte Sockerln) geht.

Angestellte und Geschäftsleute spüren die Krise im Genick, man bemüht sich, ihr entgegenzuarbeiten, man ist bereit, ein Übriges zu tun und eine nicht vorhandene Ware zu bestellen, statt des nonchalanten „Haben wir nicht!"

Allerdings gibt es noch einige Orte, wo man dank Fremdenverkehr keine Existenzsorgen hat. Dort geht es zu wie eh und je, beispielsweise in Gastein, das erfreulich ausgelastet ist. Das also läßt sich aus dem Benehmen der Geschäftsleute ablesen, man könnte geradezu eine Landkarte des Wohlstandes und des Angstzustandes entwerfen – nur aus der Art, wie man als Kunde behandelt wird.

Zeitschriftenkritik

Mit „Titel" ...den Gotthard ...abgeräumt

Wir haben in unserem Bericht über die Rezensionszeitschrif...n absichtlich nicht über die Zeit...chrift „Titel" gesprochen. Sie will keine solche Zeitschrift sein, zu ...eren Aufgaben das Einbeziehen ...ner großen Zahl von Büchern ...nd eine Betonung des Informati...n zu gehören hätte. Nein, „Titel" ...ill laut Untertitel „Das Magazin ...er Bücher" sein. Und das kann ...ach dem heutigen Sinn des Wor...s „Magazin" nur heißen: Aufbau ...ach aktuellen Schwerpunkten, ...nterhaltsamkeit, Digest-Charak...r.

Nach den Anfangsturbulenzen ...m diese Zeitschrift scheint sie ...un allmählich ihren Weg zu fin...en. Uns liegt Heft 1 des 2. Jahr...anges vor; es deckt Februar/März ...b, und Redakteur ist nun Gerhard ...eckmann. Schon beim Anblät...rn stellt man fest, daß der Werbe...rospekt-Geruch, der den ersten ...eften so peinlich anhaftete, deut...ch nachgelassen hat. Die Textbei...äge haben nun mehr Luft, und ...eschrieben sind sie von angesehe...en Kritikern (Bondy, Erné, Haff...er) oder doch von solchen, die ...ich als informiert erweisen.

Ein Handikap für das Heft ist ...llerdings, daß es mit seinen ...chwerpunkten etwas hintennach...inkt: Richard Wagner und Drittes ...eich in erster Linie, dann in eini...em Abstand Simenon – das ist ja ...un seit November in den Schau...enstern der Buchhandlungen, im ...ernsehen und in den Sonntags...eilagen durchexerziert worden. ...ber immerhin: Wagner „als Men...or der Linken" wird mit dem glei...hen Gewicht behandelt wie „Wag...ers Antisemitismus", was doch ...in bißchen aus der Reihe tanzt. ...nd bei Simenon überrascht uns ...ino Erné durch einen Vergleich ...nit – Proust. Erst zuckt man zu...ammen, aber die Argumente, die ...afür vorgetragen werden, sind gar ...icht so übel.

Sartre/Beauvoir ist dann schon ...ast ein sensationelles Thema. ...rançois Bondy läßt die Katze aus ...em Sack, weshalb die „Grande ...artreuse" ihr Erinnerungsbuch an ...ren verstorbenen (und oft un...euen) Lebensgefährten geschrie...en hat: da Sartre eine juristische ...rbin (die algerische Adoptivtoch...r) und einen spirituellen Erben ...Victor" alias „Benny") hinterlas...en hat, muß die Beauvoir sich ihr ...igentum („Denn er war mein") ...uf diesem Wege zurückholen.

Über den gegenwärtigen Inhaber ...er Rolle des überschätzten ...chweizerischen Autors, Hermann ...urger, hat sein Landsmann Dieter ...achmann die Formel gefunden, ...ie das Problem wohl löst: er ver...leicht Burger mit einer Stalinor...el. Aber der Respekt vor Kritiker ...achmann verliert sich wieder, ...wenn er an Burger die Bearbeitung ...on „Brachland" lobt: „... den ...rocken Gotthard als Stoff – war...um ist bloß noch keiner darauf ...ekommen?" Auch bei den ...chweizerischen Literaten scheint ...er Bildungsnotstand Fortschritte ...zu machen: darauf ist der einzige ...idgenössische Nobelpreisträger ...ür Literatur, Carl Spitteler, schon 1894 gekommen.

ANTON MADLER

Zum 20. Mal: Die Kinderbuchmesse in Bologna

Märchen in der Puffreis-Schachtel

Die Kinder- und Jugendbuchmesse von Bologna, neben Bratislavas „Biennale" die einzige Spezialmesse dieses Genres, feierte heuer ihr zwanzigstes Jubiläum. Leider geriet der runde Geburtstag etwas flau. Die weltweite Verlagskrise machte sich bemerkbar, außerdem ist der Veranstaltung zunächst die Vorverlegung von Anfang April auf Anfang März, die durch einen Umbau der Hallen notwendig geworden war, nicht gut bekommen. Viele Verleger sind Anfang März noch nicht fertig mit ihrer neuen Produktion, mit der sie sonst in Bologna jene Kontakte knüpfen, die dann in Frankfurt zur allgemeinen Buchmesse besiegelt werden.

Bei der Eröffnungsparty in einem Schloß auf dem Lande wurde denn auch den hörbar murrenden Gästen hoch und heilig versprochen, daß die nächste Messe wieder, wie gewohnt, vom 5. bis 8. April 1984 stattfinden werde. Speziell für die deutschen Verleger kam der Trost schon deshalb zu spät, weil sie diesmal auch noch unter der Kollision mit der gleichzeitig in New York organisierten ersten „German Bock Fair" zu leiden hatten (vgl. DIE WELT vom Mittwoch). Da die amerikanischen Verlage auf der Jagd nach Lizenzen kompakter denn je in Bologna erschienen waren, war die Wettbewerbs-Benachteiligung schmerzlich spürbar. Nicht nur der Stand mit der Aufschrift „Beirut" blieb also leer, sondern auch einige der deutschen Stammgäste fehlten. Dafür war die „DDR", mit der die Italiener ebenfalls viele Kontakte auf Koproduktionsebene unterhalten, mit einem großen Sammelstand vertreten. Früher haben auch westdeutsche Verleger viel in der „DDR" drucken lassen, aber die Devisen-Schwierigkeiten der Kommunisten bei der Papierbeschaffung haben diese Verbindungen sehr gedrosselt.

Was für einen Eindruck erhält der Besucher nach einem Galopp durch die sechs riesigen Messehallen, in denen 900 Verleger aus 58 Ländern Kinder- und Jugendbücher zeigen? Was gibt es an neuen Tendenzen? Und gibt es unter den vielen neuen Bilderbüchern wirklich ein Buch, das die Kinder glücklicher macht als alle seine Vorgänger? Nun, an Auswahl ist kein Mangel, und es ist auch manches Verlockendes darunter.

Die Jugendbücher erscheinen offenbar immer häufiger in Comic-Form, zuweilen auch als Foto-Roman. Das überzeugt wenig; die von einem amerikanischen Verlag präsentierte Comic-Biographie von Papst Wojtyla (die es inzwischen auch in Deutsch gibt), ist fast ein Greuel. Auffallend und deprimierend auch die wuchernde Didaktik im Jugendbuch. Das geht bis zu einem fast makabren Anatomiebuch aus den USA: Auf einem mechanischen Untersatz plaziert, öffnet es mit der gewünschten Seite einen Schädel und zeigt alles, was er enthält – oder den Brustkorb mit allen Innereien, bis die Rippen sich automatisch mit der Seite wieder schließen.

Multimedial mit Fernsehserien oder mit Platten kombinierte Bücher sind wohl keine Neuigkeit mehr. Eher die scharfe Konkurrenz, die zum Beispiel die Firma Kellogg den Verlegern machte. Die packt jetzt Flocken und Puffreis in mit Märchen bedruckte Schachteln. Didaktik herrscht auch schon bei den Büchern für die Allerkleinsten. Offenbar können die nicht früh genug lernen, wie man Gärtner, Tänzer, Skifahrer wird und wie Brot, Honig und Käse entstehen. Der einzige klare Trend rings um die Welt heißt Ökologie. Die Messe war ein gigantisches Handbuch für kleine Zoologen und winzige Grüne. Es war ein Papierzoo, in dem Tiere aller Art in wunderbaren poetischen Gestalten auftraten oder ganz realistisch geschildert wurden. Von China bis Amerika, von Arabien bis Island und Moskau sind Tiere zur Zeit das Leitmotiv der Kinderbücher.

China ist zum ersten Mal mit über 50 Illustratoren außerhalb seiner Grenzen aufgetreten. Eine Sonderschau zeigte, daß der graue Realismus der Mao-Zeit überwunden ist. Neben dem Wunder der farbigen Drachen, Prinzessinnen und Lotusblumen aus dem Bilderbuch „China der Tradition" sah man, daß auch im fernen, roten Osten Disney-Land einkehrt. Es scheint überhaupt kaum mehr Grenzen, selten einen typisch nationalen Stil zu geben. Bilderbücher sind viel zu teuer in der Produktion, um sie nicht mit Lizenz und Koproduktionen um den ganzen Erdball herum zu verteilen. So stehen überall die gleichen Titel in verschiedenen Sprachen.

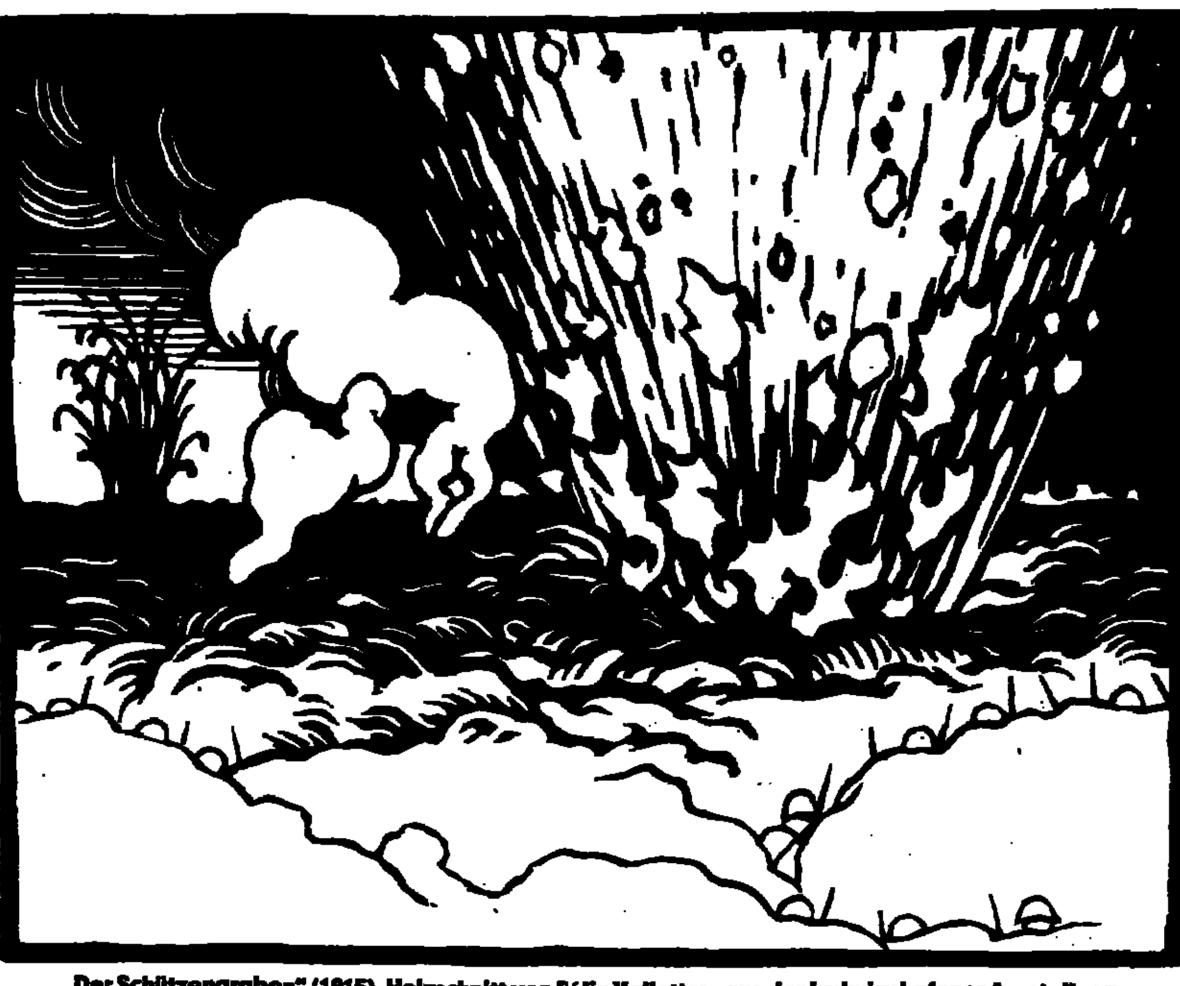
Neu war in Bologna, daß so viel Altes wieder auftauchte. Die Nostalgiewelle hat die Kinderbuchverleger voll ergriffen. Wer gute alte Titel hatte, war fein dran und wurde von Interessenten geradezu bestürmt. Die alten Faltbücher haben neue, raffinierte Geschwister bekommen, aus denen nicht nur Puppenstuben und Schneewittchen samt Zwergen steigen. Heute kann man mit ihnen auch Kombinationen erfinden; zum Beispiel das Kind von Mutters Schoß dem Känguruh auf der nächsten Seite in den Beutel stecken und umgekehrt. Man kann auch Rotkäppchen aus bunten lackierten Karten zusammensetzen oder ganz neu komponieren.

Die Engländer sollen unter ihren wie immer herrlich skurrilen Kinderbüchern als neueste Trouvaille ein Horrorbuch gezeigt haben. Aber das habe ich trotz langen Suchens nicht gefunden. Dafür fand ich in einem winzigen Stand wohl das originellste Buch der ganzen Messe: Die lateinische Kinderzeitschrift „Juvenis", verlegt vom European Language Institute in Recanati (Marce), in dem der Priester Lamberto Pigini seit Jahren mehrsprachige didaktische Comics herausgibt (die deutsche Ausgabe heißt „Kinder"). Die lateinische Version ist angeblich eine Antwort auf Anfragen während der letzten Frankfurter Buchmesse.

Seitdem treffen sich regelmäßig vier würdige Lateinprofessoren, um lateinische Versionen für Dinge zu erfinden, die es im alten Rom noch gar nicht gab. Der Lift heißt anabathrum, die Waschmaschine lavacrom, der Fernsehapparat televisicum instrumentum, die Vespa birota motoria etc. Die Latinisten dürften sich dabei ebenso königlich amüsieren wie die Lateinschüler, die sich dank „Juvenis" mit Begeisterung auf Ciceros heiter verfremdete Sprache stürzen und dabei wie von ungefähr auch wieder Lust auf das alte Latein bekommen (sollen).

Wie alle Jahre wieder wanderten in Bologna junge Illustratoren zuhauf mit ihren Mappen von Stand zu Stand und hofften, eines Tages zu den vielbeschäftigten Talenten zu gehören, die die Messe im Laufe ihrer zwanzigjährigen Existenz entdeckt und lanciert hat.

MONIKA v. ZITZEWITZ



„Der Schützengraben" (1915), Holzschnitt von Félix Vallotton, aus der Ludwigshafener Ausstellung

FOTO: DIE WELT

Ludwigshafen: Graphische Zyklen über die „Schrecknisse des Krieges"

Hier muß man tief in die Knie gehen

Callot ist dabei. Und Goya. Dix natürlich auch. Und Grosz. Und Masereel. Und Picasso. Und Valloton. Und Hoerle. Und viele andere. Insgesamt ein halbes hundert Künstler. Alle mit graphischen Zyklen über die „Schrecknisse des Krieges". Etwa tausend Blätter kamen so zusammen. Da hatte selbst das Wilhelm-Hack-Museum in Ludwigshafen mit seinem geräumigen Untergeschoß Schwierigkeiten, die Fülle mit Anstand unterzubringen.

Die Ausstellungsgestalter bewiesen dabei Sinn für zwar ästhetische, aber auch problematische Arrangements. Rouaults „Miserere" wurde altargleich in Kreuzform gehängt. Goyas „Desastres" bieten sich gestuft dar. Und Dix' „Krieg" wanddeckend. Von Ferne sieht das dekorativ aus. Wer sich jedoch dem einzelnen Blatt zuwendet, braucht die Kondition eines Sportlers und das Auge eines Jägers. Denn er muß in die Knie gehen, um zu erkennen, was da unmittelbar über dem Fußboden hängt, und er muß den Blick schärfen, wenn er erkennen will, was die 3-Meter-Marke mühelos übersteigt. Oft genug nützt jedoch auch das nicht, weil sich die Lampen oder Fenster in der Verglasung der Bilder spiegeln oder weil die Graphiken – wie die sechs Blätter von Roger Loewig und die acht Siebdrucke und Fotofolien von Rainer Wittenborn – an einem Vorsprung oder einer unbeleuchteten Wand hängen.

Da immer nur am Anfang der Zyklen ein Zettel mit dem Künstlernamen und den Bildtiteln angebracht wurde, erschließt sich das Einzelwerk allenfalls peripatetisch. Zugleich bedarf das einiger Phantasie, weil die Einzelbilder unnumeriert blieben. So erkennt man nur, was man sowieso schon kennt. Es sei denn, der Betrachter läßt sich auf ein Quiz ein. Wohlabgestuft nach Schwierigkeitsgraden. Bei den zehn Lithographien Beckmanns ist das kein Problem – wenn man seine Handschrift lesen kann. Dafür erfordern aber die 53 Aquatinten von A. Hrdlicka viel Einfühlungsvermögen. Und bei Goya hat nur der eine Chance, der spanisch kann.

Texte auf den einzelnen Blättern, die über den Titel hinausgehen, wurden nicht übersetzt. Also nützt weder Daumier noch Romeyn de Hooghe ihr Wortreichtum oder Wortwitz etwas. Aber das ist nicht das einzige ungelöste Rätsel dieser Ausstellung. Was haben die Illustrationen von Max Ernst zu Georges Ribemont-Dessaignes „Ballade vom Soldaten" mit dem Ausstellungsthema (außer dem „Soldat" im Titel) zu tun? Und was Kokoschkas „Troerinnen"? Und was Felixmüllers Folge „Ich sah und schnitt in Holz"? Auch Schoofs „Israel und Vietnam" suggeriert im Titel, was es im Bild nicht einlöst. Und Muches „Totentänze" mit Vogelskeletten sind eine jener Vielzweckanklagen: scheinbar immer passend und doch nie konkret.

Offen bleibt auch die Frage, wieso Heartfields Titelseiten für die „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung", Daumiers Lithographien für den „Charivari" oder Barlachs Beiträge zu Cassirer „Kriegszeit" den „Bildfolgen" zugerechnet werden. Denn sie erschienen jeweils als Einzelblätter. Aber vielleicht wird uns der Katalog eines Tages alle diese Fragen beantworten. Mitte März soll er nämlich vorliegen.

Und was die Tendenz der Ausstellung betrifft? Das beschreibt ein alter Kalauer: „Worüber hat der Pastor gepredigt?" wird ein Kirchgänger gefragt. „Über die Sünde!" – „Was hat er gesagt?" – „Er ist dagegen!" (Bis 24. April)

PETER DITTMAR

Dissidentenliteratur: Bulgarische Exilanten betreuen Nachlaß von Markov

Das Politbüro hört zitternd Radio

Das neue dreibändige Lexikon der bulgarischen Literatur, herausgegeben von der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, kennt einen Schriftsteller Georgi Markov nicht. Von den Programmen bulgarischer Verlage und Theater ist sein Name seit jenem Juni 1969 verschwunden. Denn damals faßte der 1929 Geborene, der zu Beginn der sechziger Jahre als einer der begabtesten Repräsentanten der jungen Schriftstellergeneration gefeiert wurde, den Beschluß, in den Westen zu gehen.

Zehn Jahre später machte der Name Georgi Markov Schlagzeilen in der westlichen Presse. Am 7. September 1978 wurde auf den in London lebenden Schriftsteller, der inzwischen als einer der schärfsten Kritiker des bulgarischen Regimes bekannt geworden war, ein spektakulärer Giftanschlag mit Hilfe eines Regenschirmes verübt. Vier Tage danach war Markov tot.

Die unmittelbaren Täter wurden zwar nicht gefaßt, doch weisen alle bekanntgewordenen Tatsachen darauf hin, daß Markov einem Racheakt, vielleicht auch einer Angstreaktion des bulgarischen Geheimdienstes zum Opfer gefallen war. Denn der Verstorbene, der für die bulgarischen Programme von drei westlichen Rundfunksendern (BBC, der „Deutschen Welle" und Radio „Free Europe") arbeitete, hatte mit seinen politisch brisanten Sendungen eine ungewöhnliche Popularität in seiner Heimat erreicht. In Sofia kursierte der Witz: „Warum sind die vom Politbüro heute nicht zur Sitzung gegangen? – Weil sie Georgi Markov zuhören."

Markovs Rundfunktexte verdichteten sich im Laufe der Zeit immer mehr zu einer fundamentalen Kritik des Kommunismus. Und sie basierten auf der ausgezeichneten Informiertheit des Verfassers, der als Vertreter einer privilegierten Intellektuellenschicht Beziehungen zu höchsten Repräsentanten des bulgarischen öffentlichen Lebens, unter ihnen auch zum bulgarischen Partei- und Staatschef Todor Schiwkov, gepflegt hatte.

Während Markov in Bulgarien zur Unperson gemacht wurde, haben bulgarische Emigranten im Westen mit der Herausgabe seines Exilwerkes begonnen. In bulgarischer Sprache sind bisher erschienen: „Bulgarische Reportagen aus der Ferne" in zwei Bänden und „Literarische Essays".

Die „Reportagen" sind eines der künstlerisch bedeutendsten und menschlich erschütterndsten Werke der jüngeren osteuropäischen Dissidentenliteratur. In einer Mischung aus memoirenartigen Berichten, psychologischen Skizzen und philosophischen Betrachtungen wird ein eindrucksvolles Bild des bulgarischen Lebens vom Ende der vierziger bis Ende der sechziger Jahre entfaltet. Mit schonungslosem Realismus werden persönliches und kollektives Schicksal beschrieben.

Es ist zugleich das offenste Buch der bulgarischen Nachkriegsliteratur. Denn der Verfasser beleuchtet auch die eigene Vergangenheit kritisch, das Dilemma jener Schriftsteller, die es „gut" meinen, d. h. ihrer eigenen Idee treu bleiben wollen, und zugleich zu Konzessionen an die Regierenden bereit sind, damit ihr Buch erscheinen kann, und die kläglich an diesem Widerspruch scheitern. In den „Reportagen" klingt dieses Erlebnis nach. Der Verfasser versteht sich als Zeuge seiner Zeit, der auf diese Art von Zensur und innerer Zensur nicht mehr Rücksicht zu nehmen braucht.

In den „Essays" wird zu Fragen der bulgarischen Literatur Stellung genommen, beigefügt sind einige philosophische „Miniaturen". Auch hier wird die Idee vom freien Wort formuliert. In einem Brief an den Vorsitzenden des bulgarischen Schriftstellerverbandes schreibt Markov: „Meine Position und die Tatsache, daß ich genau das sagen kann, was ich denke, ohne irgendjemandes Zensur, Ratschläge oder Korrekturen einholen zu müssen, geben mir eine Möglichkeit, die keiner bei Dir hat. Also wird sich die Geschichte dereinst, wenn sie beginnt, authentische Zeugnisse zu sammeln, wohl mit mehr Vertrauen auf mich als auf die Menschen in Deiner Umgebung berufen."

DIMITER STATKOV

„Sadotschni reportaschi sa Balgarija, 1980–81", hrsg. v. Fond „Georgi Markov", Postf., CH-8004 Zürich-Lochergut; „Literaturni esseta", 1982, hrsg. v. „Balgarski glas", 135, rue P. V. Couturier, F-92240 Malakoff.

Zürich: Claudels „Mittagswende" unter Düggelin

Wirklich nur das Stück

Endlich wieder einmal eine geglückte Aufführung im Schauspielhaus Zürich: Paul Claudels „Mittagswende". Dieses 1905 entstandene, im Jahr 1900 zur Zeit des Boxeraufstands in China spielende Werk des damals meist im Fernen Osten tätigen Berufsdiplomaten war immer hochgeschätzt, aber nie ein Publikumserfolg. Dazu geht es viel zu steil in die Tiefe.

Die sogenannte Handlung – vier Franzosen fahren nach China, um ihr Glück zu machen, einer ist mit einer schönen und erregenden Frau verheiratet, die anderen begehren sie und bekommen sie schließlich auch – ist wenig mehr als ein Gerippe. Das Fleisch besteht aus Gesprächen und Meditationen über die letzten Dinge, über den Sinn unseres Lebens, über Gott. Das ist interessant, oft bewegend, ja, erschütternd, ist aber im konventionellen Sinn nicht eigentlich dramatisch.

Aber es ist poetisch. Es ist Dichtung. Die freien Verse der Dialoge oder Monologe sind Kostbarkeiten. Leider klingen sie – Schuld der Übersetzung oder der hausgeschneiderten Bearbeitung? – meist wie Prosa.

Dennoch: Werner Düggelin inszeniert wie in seinen besten Tagen. Er arbeitet die Einsamkeit der Menschen heraus, die wenig Zugang zueinander finden, auch wenn sie sich hektisch aneinanderdrängen. Er tut dies vor kaum mehr als angedeuteten Dekorationen (Wolfgang Mai), aber mit ausgeklügelter Lichtregie. Er läßt seine Personen – o Wunder! – in Kostümen auftreten, die zeitgemäß sind und nicht willkürlich aus anderen Epochen stammen, wie das heute leider so üblich ist.

Man spürt, wie er mit seinen Schauspielern gearbeitet hat, und sie sind ausnahmslos vorzüglich. Peter Brogle als Ehemann, dem Geschäfte wichtiger sind als seine Frau und der sie so verliert, ist, wie vorgesehen, trocken, liebenswürdig, nichtssagend. H.-Dieter Jendreyko als skrupelloser Abenteurer bleibt auch angesicht des sicheren Todes gelassen und so entschlossen weiterzuleben, daß es ihm gelingt, freilich auf Kosten eines anderen den gegen das Haus anstürmenden chinesischen Rebellen zum Trotz zu entkommen.

Der andere, mehr Idealist als Geschäftsmann, der die Frau schon immer geliebt hat und es vorzieht, mit ihr zu sterben, anstatt sich zu retten, wird durch Fritz Schediwy recht bewegend dargestellt. Erstaunlich, wie viele Nuancen sein Spiel offenbart. Ein guter Teil der inneren Spannung, die durch das Stück geht, kommt auf sein Konto.

Die Frau endlich: Christiane Hörbiger. Die ist einmalig! Sie wird nie laut, sie bewegt sich kaum, aber sie bewegt uns, sie läßt uns nicht los, keinen Augenblick, sie wirkt nie lasziv, obwohl die Textunterlage dazu verführen könnte. Allein schon ihr Spiel rechtfertigt den begeisterten Beifall des Premierenpublikums.

Ob freilich die Jugend, die nach der Behauptung aus Direktionskreisen das Theater, so wie es in dieser Saison bisher war, so sehr schätzt, mit diesem Kammerspiel, das ganz ohne „Zutaten" inszeniert wurde, etwas anzufangen weiß, bleibt abzuwarten. Wer bisher die angeblich so progressive Theaterarbeit in Zürich bejubelte – die Verschandelung der „Minna" sei nur als ein Beispiel genannt –, der müßte sich in der „Mittagswende" eher langweilen, weil so gar nichts anderes gespielt wird – als das Stück.

CURT RIESS



Mediterrane Sehnsucht: „Italienisches Mädchen" von Franz Horny, aus der Düsseldorfer Ausstellung

FOTO: KATALOG

Deutsche Zeichenkunst des 19. Jahrhunderts in Düsseldorf und Krefeld

Triumphe aus dem harten Bleistift

Die Sammlung wurde im vergangenen Jahr erstmals der englischen Öffentlichkeit in mehreren Städten gezeigt. Durch die Düsseldorfer Galerie C. G. Boerner kann sie nun auch das deutsche Publikum kennenlernen: Es handelt sich dabei um Zeugnisse aus der hohen Zeit der deutschen Zeichenkunst und erlesene Beispiele ihrer reichen Möglichkeiten der figürlichen Komposition, des Porträts und der bevorzugten Landschaftskunst. Dasselbe läßt sich von einer Parallel-Ausstellung im Krefelder Kunstmuseum sagen, die sich, von einigen Beiträgen aus eigenem Besitz abgesehen, im wesentlichen aus Leihgaben des Düsseldorfer Kunstmuseums zusammensetzt.

An Umfang ungefähr gleich groß (jeweils rund sechzig Blätter), ergänzen die zwei Ausstellungen durch ihr zufälliges zeitliches Zusammentreffen einander zu einem gültigen Gesamtbild der deutschen Zeichenkunst im vorigen Jahrhundert. Es war eine Zeit, die die Zeichnung wieder als eigenständiges Kunstwerk entdeckt hat und sie gleichberechtigt neben das gemalte Bild setzte. Darüber hinaus hat das 19. Jahrhundert eine ungewöhnlich große Zahl von Zeichentalenten hervorgebracht (von denen einige, wie Fohr, Erhard, Horny, Genelli, Klein zum Beispiel, als Maler kaum hervorgetreten sind).

Asmus Jacob Carstens sprach begeistert vom Sieg der Zeichnung über die Farbenkünste des späten Barock und Rokoko. Caspar David Friedrich äußerte sich kritisch über die bloße „Pinselfertigkeit"; er hatte schon jahrelang in voller Meisterschaft seinen Stil zeichnerisch entwickelt, bevor er sein erstes Gemälde begann. Ludwig Richter erinnert sich an seine Zeit in Rom, wo die französischen Maler „zu ihren Studien ungeheure Quantitäten von Farbe" brauchten; „wir dagegen", schreibt er, „hielten es mehr mit dem Zeichnen als mit dem Malen. Der Bleistift konnte nicht hart, nicht spitz genug sein, um die Umrisse bis ins feinste Detail fest und bestimmt zu umziehen."

Von solcher Zeichenkunst also zeugen die beiden Ausstellungen, von denen die eine (Krefeld) sich auf die erste Hälfte des Jahrhunderts konzentriert, während die Oxford-Sammlung die Entwicklung weiter bis zu Menzel und Liebermann verfolgt. In ihrer Mehrheit begegnen uns die wichtigsten Künstler da wie dort. So erlebt man die Stilvielfalt der zahlreichen gegensätzlichen Strömungen, die das 19. Jahrhundert weitaus lebendiger, aufregender und künstlerisch interessanter gemacht haben, als man lange Zeit wahrhaben wollte (Boerner bis 30. März; Katalog 7 Mark. Krefeld: bis 10. April, kein Katalog).

EO PLUNIEN

JOURNAL

Festival jüdischer Kultur in Paris

AFP, Paris

Zum zweiten Mal findet vom 12. bis 26. April in Paris ein jüdisches Kulturfestival statt, an das sich bis zum 3. Mai jüdische Filmtage anschließen. Ziel der Veranstaltung ist, die Kenntnis über eine „reiche und verkannte" Kultur zu verbessern sowie den Dialog mit anderen ethnischen Gruppen in Gesprächskreisen zu fördern. Schwerpunkte des Programms sind Leben und Werk Franz Kafkas, eine Ernst-Lubitsch-Retrospektive sowie rund 60 Filmbeiträge, die u. a. aus Israel, den USA, der Bundesrepublik, Belgien und Frankreich stammen.

Havel aus Krankenhaus nach Hause entlassen

dpa, Prag

Der tschechoslowakische Schriftsteller und Bürgerrechtler Vaclav Havel, der vor einem Monat wegen einer Lungenentzündung aus dem Gefängnis in ein Krankenhaus eingeliefert worden war, durfte inzwischen zu seiner Familie in Prag zurückkehren. In Dissidenten-Kreisen wird nicht damit gerechnet, daß Havel seine Reststrafe (bis November) verbüßen muß. Er war wegen regimefeindlicher Aktivitäten zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Nominierungen zum Berliner Theatertreffen

dpa, Berlin

Beim diesjährigen Theatertreffen in Berlin vom 3. bis zum 9. Mai werden 14 Aufführungen von neun Bühnen teilnehmen. Die Schaubühne am Lehniner Platz, Berlin, ist vertreten mit „Hamlet" von Shakespeare (R: Grüber) und „Kalldewey, Farce" von Botho Strauss (R: Bondy), das Deutsche Schauspielhaus, Hamburg, mit „Über die Dörfer" von Peter Handke (R: Rudolph) und „Der Groß-Cophta" von Goethe (R: Fernandes). Das Düsseldorfer Schauspielhaus kommt mit Heiner Müllers „Schlacht" (R: Tragelehn) und Calderóns „Das Leben ein Traum" (R: Gruner), das Schauspielhaus Zürich mit „Minna von Barnhelm" von Lessing (R: Flimm) und „Iwanow" von Anton Tschechow (R: Zinger) und das Württembergische Staatstheater, Stuttgart, mit „Demetrius" von Schiller und mit „Nathan der Weise" von Lessing (beides R: Heyme).

Lelouchs Filmzentrum endgültig pleite?

AFP, Rouen

Der „Club 13", ein dem französischen Filmregisseur Claude Lelouch gehörendes Begegnungszentrum für Filmprofis in Rouen, ist offenbar endgültig pleite. Der in den fünf Jahren seiner Existenz in den roten Zahlen steckende Betrieb – ein Komplex mit Vorführräumen, Videoeinrichtungen und Schwimmbad – war bereits einmal wegen finanzieller Schwierigkeiten geschlossen und im März vergangenen Jahres wieder eröffnet worden.

Universitätsstudium gegenseitig anerkannt

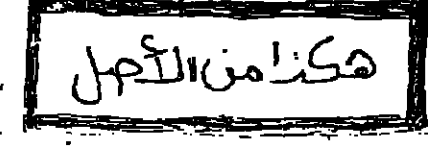
AFP, Wien

Österreich und Ungarn haben sich auf die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit von Studien an den Universitäten und der akademischen Grade geeinigt. Der entsprechende Vertrag wurde in Wien von der österreichischen Wissenschaftsministerin Herta Firnberg und dem ungarischen Minister für Kultur und Bildungswesen, Bela Kopeczi, abgeschlossen.

Die Mauer bald ein gigantisches Fresko?

AFP, Berlin

Aus der Berliner Mauer will der französische Maler und Bildhauer Raymond Moretti ein 40 Kilometer langes Fresko machen. Die Mauer soll nach den Vorstellungen des Künstlers unter einem Dekor eine neue Bedeutung erlangen. Er will sie aber nicht zu seiner persönlichen Staffelei machen; Moretti denkt an ein kollektives Werk, an dem sich Anlieger, Umweltschützer, deutsche Künstler, Emigranten, Schriftsteller und andere mehr beteiligen sollen.



Nach fünf Todesfällen in den USA wurde Schmerzmittel aus dem Verkehr gezogen

Auch in der Bundesrepublik wurden allergische Reaktionen auf Zomax bekannt

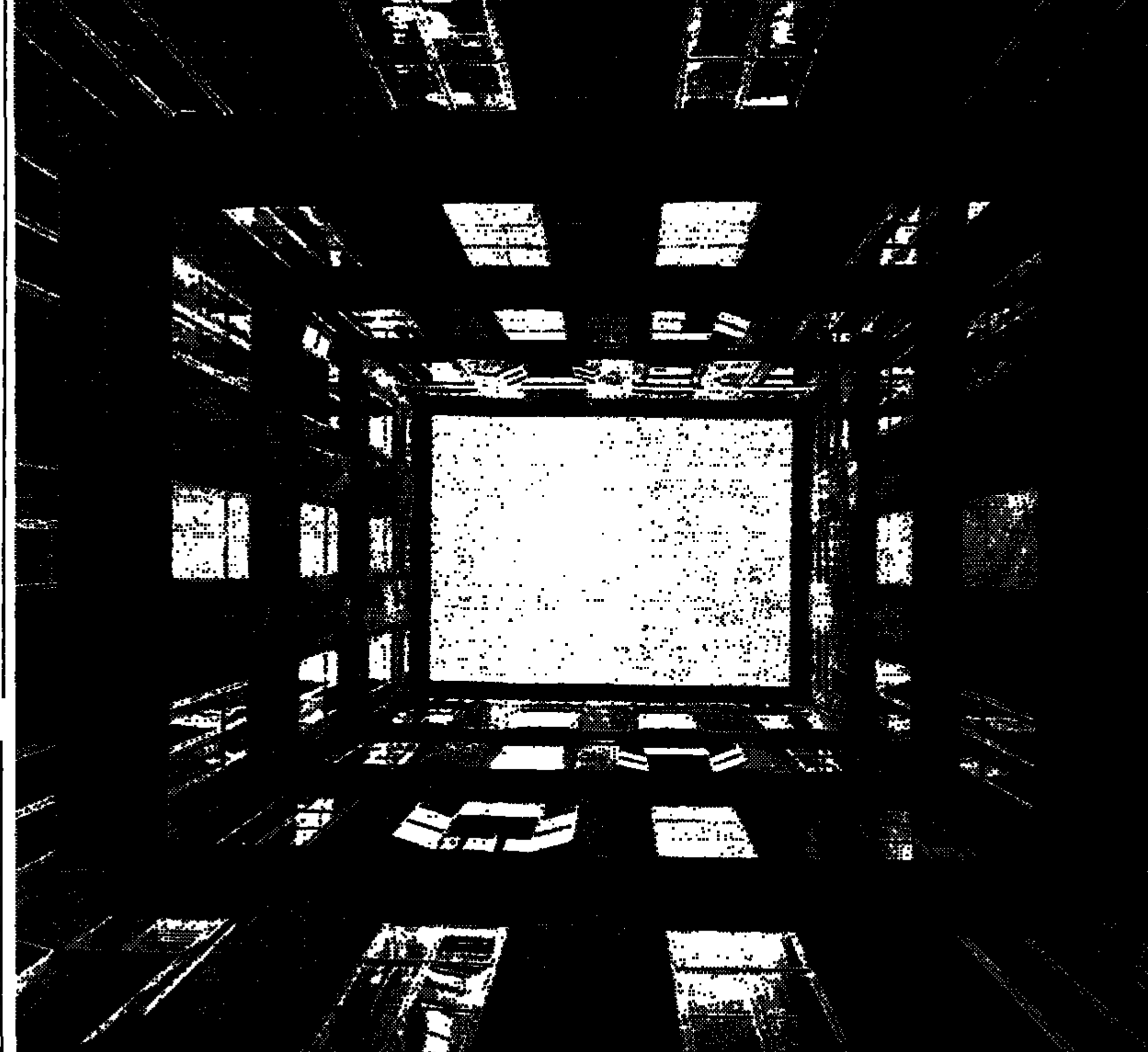
JOCHEN AUMILLER, Berlin

Wieder ein Schmerzmittel aus dem Verkehr gezogen: Nach dem spektakulären Rückruf des Rheumamittels Coxigon im letzten Jahr wurde nun der Verkauf von Zomax eingestellt. Die Herstellerfirma Cilag GmbH, ein Tochterunternehmen des amerikanischen Konzerns Johnson and Johnson, hat den Vertrieb ihres neuesten Analgetikums, das in Deutschland 1981 mit großem Werbeaufwand eingeführt wurde, weltweit „vorübergehend eingestellt".

Der Anlaß dafür sind allergische Reaktionen, die sofort nach Einnahme des Medikaments auftreten können und nach Mitteilung des Bundesgesundheitsamtes in Berlin in den USA bereits fünf Todesfälle verursacht haben sollen. Aus der Bundesrepublik liegen bislang insgesamt 36 Nebenwirkungsmeldungen vor, 17 davon waren Allergien.

Zomax wurde zur Behandlung akuter und chronischer Schmerzen unterschiedlicher Schweregrade angeboten. Bandscheiben-Patienten nahmen es ebenso ein wie Rheumatiker oder Migräne-Kranke. Das Mittel zeichnete sich zunächst durch gute Verträglichkeit und prompte Schmerzlinderung aus. Vor allem aber ließen die ersten klinischen Tests vermuten, daß die Nebenwirkungsquote recht gering sein dürfte. Erst in den letzten zwei Monaten tauchten Zweifel an der Harmlosigkeit von Zomax auf. In den USA wurden gehäuft Nebenwirkungen bekannt, die von Überempfindlichkeits-Reaktionen der Haut bis zum schwersten, lebensbedrohlichen Schock reichten. Die Firma zog nun von sich aus die Konsequenzen. In der offiziellen Erklärung wird zwar nur von einem vorübergehenden Verkaufsstopp gesprochen. Bisherige Erfahrungen zeigen jedoch, daß nach einer solchen Rückrufaktion, sollte sich alles nur als Irrtum oder unbewiesene Mutmaßung darstellen, die künftigen Marktchancen gering wären.

Für die Konsumenten von Zomax besteht kein Grund zur Panik. Langfristige Schäden sind nämlich nicht bekanntgeworden, und es besteht auch kein Anlaß, Folgeschäden zu befürchten. Die allergischen Reaktionen treten akut auf, und zwar unmittelbar nach der Tabletteneinnahme. Wie das Bundesgesundheitsamt feststellt, genügt es, auf die Einnahme des Mittels zu verzichten, um sicher zu sein, daß nichts passiert.



Lichtblick FOTO: ROBERT HÄUSSER

„Rocky" und die Folgen

Nach dem dritten Teil seines Filmepos über den Boxsport „Rocky I, II und III" hat sich Regisseur und Hauptdarsteller **Sylvester Stallone** nun entschlossen, auch in die Realität des harten Geschäfts einzusteigen. Er nahm sich vor, Champions für den echten Ring zu „machen". Seinen ersten Versuch startet er mit **Lee John Canalito**, der vor drei Jahren ausgestiegen war. Canalito will es diesmal schaffen: „Sylvester gibt mir eine neue Chance."

LEUTE HEUTE

Auf den Hund gekommen

Ihre Liebe zu Hunden und Katzen brachte die einst reiche Französin **Raymonde Couturier** (70) um ihr ganzes Vermögen. Um ihre bis zu 100 herrenlosen Hunde und Katzen zu ernähren, verkaufte sie zunächst das von ihrem Mann geerbte Hotel, dann ihren Bauernhof und schließlich sogar ihren Fernseher. Jetzt lebt sie in Nantes mit ihren immer noch 60 Lieblingen und von einer winzigen Rente und ist, wie sie sagt, bereit, eher mit ihnen zusammen zu verhungern als sich von ihnen zu trennen.

Meister-Tipper

Jetzt hämmert er noch schneller in die Tasten: Der deutsche Meister im Schreibmaschinen-Schnellschreiben **Walter Willkomm** (24) tippte einen neuen Weltrekord zusammen. Er schaffte 725 Anschläge pro Minute und überbot damit den seit 1979 bestehenden Weltrekord noch um vier Anschläge.

Schuldet Tina Onassis Athen 57 Millionen?

SAD, Athen

Eine Frau wird demnächst zu entscheiden haben, ob die Tankererbin Christina Onassis (32) eine Erbschaftssteuer in Höhe von umgerechnet 57,15 Millionen Mark nachzahlen muß oder nicht. Paraskewi Andrikopoulou ist die Vorsitzende eines Athener Verwaltungsgerichts, vor dem die Tankererbin die Forderung des griechischen Finanzministeriums nach der Steuernachzahlung in Millionenhöhe angefochten hat. Der Prozeß, der morgen beginnen soll, könnte Wochen dauern.

Zur Vorgeschichte: Unmittelbar nach ihrem Wahlsieg im Oktober 1981 hatten Athens Sozialisten der Onassis-Tochter vorgeworfen, nach dem Tode ihres Vaters im Jahre 1975 keine Erbschaftssteuer gezahlt zu haben. Daraufhin wurden griechische Steuerinspektoren nach Panama geschickt, um an Ort und Stelle die Besitzverhältnisse für den Onassis-Grundbesitz in Griechenland zu überprüfen.

Tina Onassis hat sich von Anfang an beharrlich geweigert, eine Erbschaftssteuer zu zahlen. Nach ihren Angaben gehörte weder eine Villa bei Athen noch die Privatinsel Skorpios ihrem Vater. Beides soll vielmehr Eigentum von Aktiengesellschaften mit Sitz in Panama sein. In diesem Sinne will sie von ihrem Vater nichts geerbt haben, daher auch nicht steuerpflichtig sein.

Als der damalige Finanzminister Drettakis die Onassis-Erbin der „absichtlichen Steuerhinterziehung" bezichtigte, drohte die Onassis-Tochter mit einer sofortigen Einstellung ihrer Geschäfte in Griechenland, und erst eine formelle Entschuldigung der Athener Regierung konnte die erboste Frau vorübergehend besänftigen. Bisher aber hat der Bau einer ursprünglich geplanten Klinik für Herzchirurgie nicht begonnen.

„Frau Onassis ist verunsichert und sehr, sehr böse", sagte ein Vertrauter der Millionärin. Enge Mitarbeiter der Onassis-Erben befürchten, daß die Forderung des griechischen Fiskus nicht gestrichen werden soll. Daher wollen sie mit Hilfe ihrer Klage zur Klärung der Rechtslage beitragen.

In den wilden Tälern des Hindukusch kommt der Mohn zu neuer Blüte

Immer größere Heroinfunde / Experten sprechen vom „Goldenen Dreieck"

R.-PETER LAUCK, Peschawar

Die 421 Kilo Heroin, die vor etwa einer Woche von wachsamen pakistanischen Rauschgiftfahndern in Peschawar sichergestellt wurden, feierte die Regierung als den größten jemals gelandeten Coup gegen die Drogen-Mafia. Doch gerade die Reihe von spektakulären Fängen in jenem Gebiet und die dabei sichergestellten Mengen lassen ahnen, wie das Geschäft mit dem tödlichen Stoff im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet blüht.

Experten sprechen bereits, in Anlehnung an das Opium-Zentrum Laos–Birma–Thailand, von einem neuen „Goldenen Dreieck". Was dem alten Dreieck sein „Drogenkönig" Khun Sa, ist dem neuen der inzwischen schon legendenumwobene Uchat Khan. Zu Gesicht bekommen haben ihn bislang nur wenige, und die Fama läßt ihn mal in Paris, mal in Marseille weilen. Sein Stoff jedenfalls kommt aus jener bergigen Gegend zu beiden Seiten der pakistanisch-afghanischen Grenze.

Obwohl die Mohnfelder schon fast Jahrhunderte existieren, wurden auch die Experten, die weltweit gegen den Drogenhandel antreten, von der Entwicklung überrollt. In den 70er Jahren waren es höchstens einige zig Kilo Heroin, die aus dieser Gegend auf westliche Märkte gelangten. In den vergangenen zwei Jahren aber wurden es Hunderte von Kilo, die aus der Nordwest-Provinz Pakistans über den berühmt-berüchtigten Khyber-Paß in den Westen geschleust wurden. Auf diesem Wege hinterließ der Stoff auch im Lande selbst seine Spuren. In dem Gebiet wird die Zahl der süchtigen Eingeborenen heute auf rund 150 000 geschätzt, während noch vor zwei Jahren das Problem gar nicht existierte.

Dabei klingen die Erfolgsmeldungen der Agenten des Pakistan Narcotics Control Board durchaus ermutigend. So wurden 1981 im Land 100 Kilo Heroin allerfeinster Qualität sichergestellt. Im Jahr darauf waren es einmal 160 Kilo Opium (etwa 16 Kilo Heroin) in Peschawar, 43 Kilo Heroin wurden auf einem von afghanischen Flüchtlingen gesteuerten Lastwagen entdeckt, 12 Kilo an der indischen Grenze beschlagnahmt und schließlich gelang der – bis zu dem Coup in der vergangenen Woche – größte Fang in Pakistan, bei dem kurz vor Weihnachten vorigen Jahres 396 Kilo reines Heroin gefunden wurden.

Neben solchen Fahndungserfolgen hatten gerade auch die intensiven Bemühungen, in Zusammenarbeit mit einer UNO-Unterorganisation, den Mohn-Anbau drastisch zu reduzieren, erste Erfolge gezeigt. Die Felder, die Ende des 18. Jahrhunderts von den Briten als Grundlage für ihren Handel mit dem chinesischen Kaiserreich angelegt worden waren, konnten in den „Tribal-Lands" von 1974 bis 1981 von fast 4000 Hektar auf knapp 400 Hektar zurückgedrängt werden.

Diese Erfolge fielen aber zum größten Teil dem Krieg in Afghanistan zum Opfer. Wie den afghanischen Freiheitskämpfern bieten die unzugänglichen und wilden Täler am Hindukusch auch vielen Banden idealen Unterschlupf, die früher vor allem durch Wegelagerei dem Khyber-Paß zu seinem schlechten Ruf verhalfen. Unter dem Schutz dieser Banditen konnte eine Reihe von iranischen „Chemikern", die von den Revolutionsgardisten Khomeinis verjagt worden waren, ihre Heroinlabors wieder aufbauen.



Grenzstation am Khyber-Paß: Früher war er wegen der Wegelagerer gefürchtet, heute blüht hier der Drogenhandel. FOTO: WALTER H. RUEB

Westliche Drogenexperten, vor allem von der amerikanischen Drogenbehörde DEA (Drug Enforcement Administration) wollen nicht von direkten Verbindungen zwischen den Freiheitskämpfern und solchen Banditen sprechen. Man ist jedoch sicher, daß ein großer Teil der Kuriere dieser „Pakistani Connection" aus den Massen der afghanischen Flüchtlinge rekrutiert wird. Und man verweist darauf, daß es auch hier nicht das erste Mal wäre, daß sich die Guerrilla, die Geld zur Finanzierung ihrer Aktionen braucht, mit einer Mafia verbindet, die ein lukratives Geschäft betreibt. So gehören etwa auch zur 4000-Mann-Armee des Drogenkönigs und einst erklärten Anti-Kommunisten Khun Sa viele ehemalige Kuomintang-Soldaten. Inzwischen lief Khun Sa zu den kommunistischen Guerrillas im thailändischen Grenzgebiet über, weil Bangkok ihn nicht mehr als Ordnungsfaktor betrachtet. Ähnliche Verbindungen von Politik und Drogenhandel vermutet man auch in Libanon.

So sehr sich Pakistan mit internationaler Hilfe bemüht, den Export in den Griff zu bekommen, so sehr drückt das Drogenproblem auch im Innern. In Quetta etwa, der Hauptstadt von Belouchistan, haben die Heroin-Höhlen – wohl einzigartig in der Welt – die Opium-Höhlen verdrängt. In diesen Katen wird Heroin geraucht, und es gibt so gut wie keine Fixer. Die Behörden fürchten allerdings, daß, wenn ihr Kampf gegen den Stoff weitere Erfolge zeigt, der „weiße Tod" rar wird und die Süchtigen dann doch zur Nadel greifen.

„In einem Land, in dem Hygiene praktisch nicht existiert", so ein Sprecher des Drogen-Departments, „müßte das unvermeidlich in eine Katastrophe führen ..."

Maulkorb für deutsche Reiseleiter in Hellas

Verbot soll einheimischen Führern Monopol sichern

E. ANTONAROS, Athen

Hunderte von griechischen Fremdenführern, die am Fuße der Akropolis in Athen und vor anderen antiken Stätten in Griechenland auf ausländische Touristen lauern, reiben sich zufrieden die Hände: Die griechische Fremdenverkehrszentrale EOT hat mit sofortiger Wirkung allen ausländischen Reiseleitern und -begleitern ausdrücklich verboten, der „Tätigkeit eines Fremdenführers" in Griechenland nachzugehen.

Im Klartext bedeutet dieses von EOT-Generalsekretär Skoulas verkündete Verbot: Die Begleiter von ausländischen Reisegruppen dürfen sich zwar um die Hotelbetten, das Essen und die Fahrten der von ihnen betreuten Touristen kümmern. Aber sie dürfen ihnen die archäologischen und historischen Denkmäler nicht mehr erklären. Das bleibt ausschließlich den unterbeschäftigten griechischen Fremdenführern vorbehalten. Wer gegen diese Verordnung verstößt, muß mit bis zu drei Monaten Haft und/oder einer Geldstrafe in Höhe von umgerechnet 600 Mark rechnen. Dazu ein seit Jahren in Griechenland tätiger deutscher Reiseleiter: „Wir können jetzt alle hinter Gittern landen, weil die Griechen uns auf Schritt und Tritt beobachten werden."

Streit um Akropolis, Olympia und Delphi

Dem Verbot ging eine jahrelange Fehde zwischen den griechischen Fremdenführern und ihrer ausländischen Konkurrenz voraus. Die etwa 1500 vom Staat zugelassenen Fremdenführer Griechenlands haben sich immer wieder darüber beschwert, daß angeblich „unqualifizierte" Ausländer ihre Honorare unterbieten und ihnen die attraktivsten Reisegruppen wegschnappen.

Der Konflikt spitzte sich in den letzten zwei Jahren zu, weil Griechenland zunehmend weniger an seinen Touristen verdiente. Deshalb mußten auch immer mehr griechische Fremdenführer stempeln gehen. Am Akropolis-Hügel wurde oft, manchmal sogar handgreiflich, zwischen Griechen und Ausländern gestritten. Die dort auf Kundschaft wartenden Hellenen wollten ihrer ausländischen Konkurrenz das Betreten des heiligen Hügels verwehren. Ähnliche Szenen spielten sich auch in Olympia, Mykene und Delphi ab. „Wir können es einfach nicht zulassen, daß unfähige und halbausgebildete Ausländer uns in die Arbeitslosigkeit drängen", sagte ein Sprecher der Athener Fremdenführergewerkschaft.

Veranstalter vermuten Verstoß gegen EG-Regeln

Dem massiven Druck dieses Berufsverbandes haben Athens sozialistische Touristik-Planer schließlich nachgegeben. Ein EOT-Sprecher versuchte zwar die Brisanz der Entscheidung herunterzuspielen, indem er erklärte, es gehe nur „um die genaue Abtrennung der Aufgaben von Reiseleitern und Fremdenführern". Aber ausländische Fremdenführer fühlen sich trotzdem bedroht: „Wir wissen eben nicht, wo diese Grenzen genau liegen", kommentiert der Vertreter eines deutschen Reiseunternehmens die neue Lage.

Vor Jahren hatten die griechischen Fremdenführer einen Kompromiß durchgesetzt: Bei jeder Touristen-Gruppe mußte ein Grieche als „stummer Fremdenführer" dabei sein – selbstverständlich wurde er vom ausländischen Reiseveranstalter honoriert. Bald wurde den Reiseveranstaltern allerdings diese Regelung zu teuer, weil die Griechen immer neue Forderungen stellten.

Neben den ausländischen Reiseleitern werden vor allem Studienreisende die Hauptleidtragenden des fragwürdigen Verbots sein: Nur selten können die griechischen Fremdenführer anspruchsvolle Urlauber wirklich detailliert und kompetent unterrichten. Doch die Reiseveranstalter wollen nicht untätig bleiben. Sie werden zunächst einmal prüfen lassen, ob das Verbot nicht gegen die EG-Regeln verstößt. (SAD)

Britische Herzchirurge[n] hüten Geheim[nis]

J. A

Ein Schleier des Gehein liegt über dem ersten e Versuch, ein Kunstherz ei zen. Die Herzchirurgen field Krankenhauses in Londons verweigern kunft. Alle Mitarbeiter strengstem Stillschw pflichtet. Ein Mitglied von Magdy Yacoub, transplanteur unter E chirurgen gilt, auf die Kunstherz-Einpflanz funden habe: Ich gl

Das englische Wis gazin „New Scientist in seiner letzten N deckt. Danach hande eine Verzweiflungst nem 61jährigen Pat holfen werden sollt Hospital gegangen, u durchführen zu lasse dabei einen massiven Herzinfarkt. Yacoub entschied sic für diesen letzten Versuch. Der Pa tient starb jedoch, wie die Medizine sagen, in tabula, also auf dem Opera tionstisch.

Yacoub ist keineswegs ein Hasardeur, der die erst beste Gelegenheit wahrnehmen wollte, um den Kollegen in Salt Lake City zu zeigen, daß er auch ein Kunstherz einpflanzen kann. Er genießt im Gegenteil einen hervorragenden Ruf als erfolgreicher Herztransplanteur.

Was nun den englischen Starchirurgen abhält, Farbe zu bekennen, ist unerfindlich. Seine Verweigerung führt lediglich dazu, daß die Gerüchteküche überkocht.

Neue Giftmüll-Funde

AP, Jefferson City

Der Giftmüllskandal im US-Bundesstaat Missouri greift immer weiter um sich. Inzwischen wurde weitere vier Lagerstätten des sei dem Giftmüllskandal im italienischen Seveso weltweit bekanntgewordenen Chemiegiftes Dioxin entdeckt. Damit hat sich die Zahl der in Missouri festgestellten Lagerstätten von Giftmüll auf 26 erhöht.

Sommerzeit in Europa

dpa, Münche

Fast alle Länder Europas schalte in diesem Jahr am 27. März auf die Sommerzeit um, das heißt, stelle ihre Uhr um eine Stunde vor. Erstmalig dabei auch Jugoslawien. Lediglich die Türkei schließt sich de neuen Zeit nicht an.

Säumige Staatsdiener

dpa, Caltanisett

52 Staatsdiener, unter andere der Bürgermeister des Ortes, stehe jetzt in der sizilianischen Stadt Caltanisetta vor Gericht. Anklage: Unerlaubte Unterbrechung des Dienstes an der Öffentlichkeit. Das Delikt liegt jetzt fast fünf Jahre zurück. Die Beamten hatten im Juni 197 dem örtlichen Mafiaboß das letzte Geleit gegeben, nachdem er au offener Straße erschossen worde war.

Regierungsgebäude besetzt

AFP, Madrid

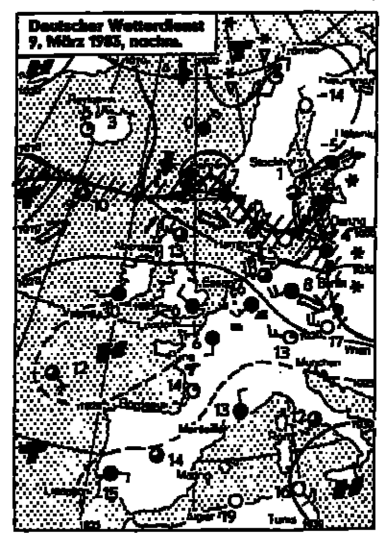
Mehr als 100 der an von gepanschtem Öl ausgelösten Lungenseuche Erkrankten haben in Madrid den Amtssitz des spanischen Ministerpräsidenten besetzt. Sie werfen der Regierung mangelndes Interesse an ihrer Krankheit vor und verlangen, daß sich alle von der Krankheit Betroffenen nach eigenem Gutdünken krankschreiben lassen können. Die Krankheit hatte 340 Tote gefordert.

ZU GUTER LETZT

Fußball-Reporter John Saddle in der Londoner Boulevard-Zeitung „The Sun": „Paolo Rossi geleitete mich in den medizinischen Behandlungsraum von Juventus, öffnete eine Dose Cola und schüttete mir sein Herz aus."

WETTER: Trocken und mild

Wetterlage: Am Nordrand eines Hochdruckgebietes über Südosteuropa wird nach Süddeutschland trockene, in das übrige Bundesgebiet feuchte und wolkenreiche, aber durchweg milde Luft geführt.



Vorhersage für Donnerstag:

Nördlich der Mittelgebirge: Überwiegend starke Bewölkung und vormittags neblig-trüb, aber weitgehend niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen 7 bis 10, Tiefstwerte nachts bei 5 Grad. Mäßiger, an der Küste starker und böiger Wind aus westlichen Richtungen.

Übriges Bundesgebiet: In den Frühstunden Nebelfelder, die sich rasch auflösen. Tagsüber heiter oder sonnig und Erwärmung auf 12 bis 17 Grad. In der Nacht klar und Werte um den Gefrierpunkt. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Wenig Änderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	8°	Kairo	16°
Bonn	8°	Kopenh.	7°
Dresden	8°	Las Palmas	19°
Essen	6°	London	6°
Frankfurt	10°	Madrid	14°
Hamburg	5°	Mailand	14°
List/Sylt	5°	Mallorca	19°
München	13°	Moskau	–6°
Stuttgart	14°	Nizza	14°
Algier	19°	Oslo	6°
Amsterdam	6°	Paris	6°
Athen	16°	Prag	11°
Barcelona	13°	Rom	12°
Brüssel	4°	Stockholm	1°
Budapest	14°	Tel Aviv	14°
Bukarest	14°	Tunis	16°
Helsinki	–5°	Wien	17°
Istanbul	11°	Zürich	12°

Sonnenaufgang* am **Freitag:** 6.47 Uhr, Untergang: 18.18 Uhr; **Mondaufgang:** 5.58 Uhr, Untergang: 14.34 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Über Frankreich leuchten weniger Sterne

A. GRAF KAGENECK, Paris

Noch nie in seiner Geschichte ist der altehrwürdige französische Reiseführer „Guide Michelin" so gnadenlos mit der französischen Küche verfahren wie in diesem Jahr. Seine neueste Ausgabe, die am 16. März in den Buchläden und Reisebüros ausliegen wird, degradiert drei von Frankreichs bisher noch 21 Drei-Sterne-Restaurants, die eine Reise lohnen (nicht etwa nur einen Umweg wie bei den Zweisternern) um einen Stern. Unter den Schlemmerlokalen, die mit zwei Sternen ausgezeichnet waren, verlieren fünf einen Zacken aus der Krone. Es bleiben immerhin 87, darunter neun neu beförderte. Ähnlich scharfe Schnitte gab es bei den Einsternern, wo 32 aus dem Paradies vertrieben wurden.

Spürhunde des Michelin

Insgesamt gibt es 1983 noch 47 Lokale mit einem Stern, in denen zu essen sich nicht nur von der Qualität, sondern auch vom Preis her lohnt. Sie sind der Gourmet-Tempel des kleinen Mannes. Sechs von ihnen existieren in der Hauptstadt Paris.

Die drei Top-Restaurants, die ihren dritten Stern verloren, sind das „Grand Vefour" und das „Vivarois" in Paris und die „Auberge du Père Bise" am Ufer des Annecy-Sees im Savoie-Departement. Kenner werden nur das letztere beweinen, denn die Herberge am romantischen Alpensee auf dem Weg in den tiefen Süden war ein ungewöhnlich beliebter Rastplatz für Schlemmer. Seit 32 Jahren trug „Père Bise", sein Vorname lautet François, mit Stolz die drei Sterne im Knopfloch. Seit einiger Zeit aber kränkelt er, blieb er immer länger dem Herd fern. Seine Familie wollte es kaschieren, indem sie es so gut wie möglich versuchte, ihm nachzumachen. Aber die Spürhunde des Michelin kamen ihr auf die Spur. Vielleicht mögen sie noch ein Jahr lang gewartet haben, ehe sie den Daumen senkten. Aber auch mit zwei Sternen lohnt es, einen Umweg zum „Père Bise" zu machen, er ist immer noch erste Klasse.

Die beiden Pariser Restaurants galten bei Kennern seit langem als abstiegsverdächtig. Im „Grand Vefour" schwang ein Mann den Kochlöffel, der sich mehr um seine (sehr beliebte) Fernsehkochstunde als den heimischen Herd kümmerte, Raymond Oliver, Offizier der Ehrenlegion und einer der Botschafter der „Cuisine Française" im Ausland. Es mag erstaunlich sein, daß der „Guide" es wagte, einen so berühmten Mann zu degradieren. Vielleicht wollten die Prüfer des Reiseführers durch eine spektakuläre Sanktion dem in letzter Zeit aufgekommenen Ruf entgegenwirken, der „Michelin" sei auch nicht mehr das, was er einmal war, er werde alt, lasse sich bestechen und wanke vor dem Konkurrenten Gault et Millau.

Chef zu oft abwesend

Zum „Vivarois" schließlich heißt es bei Michelin in gewohnter Diskretion, Chef und Gehilfen seien „zu häufig abwesend" gewesen und hätten sich nicht „mit der gebotenen Aufmerksamkeit" der Zubereitung ihrer Gerichte gewidmet.

Die Michelin-Verantwortlichen wehren sich indes gegen den Verdacht, mit der harten Degradierungswelle ein Zeichen gesetzt haben zu wollen. Die französische Küche sei nicht schlechter als ihr Ruf geworden, sie habe die Attacke der „Nouvelle Cuisine" gut überstanden und die edelsten Elemente dieser Bilderstürmerei inzwischen voll integriert. Die Häufung von Veränderungen in der Qualifizierung sei „rein zufällig".

Immerhin aber ist zum ersten Mal seit 1980 auch kein Restaurant Frankreichs in den allerhöchsten Olymp aufgenommen worden ...

Den Städten am Mississippi droht eine Katastrophe

Ein Fluß wehrt sich gegen menschliche Eingriffe

dpa, Morgan City

Nur eine Betonmauer trennt den Frisiersalon von Joe Giandelone in Morgan City von den Wassermassen des Atchafalaya – eines Mississippi-Nebenarms. Bei jedem Hochwasser strömt Wasser aus dem Mississippi in den Atchafalaya und gefährdet die Kleinstadt, deren Häuser fast alle unterhalb des Wasserspiegels liegen.

„Wir können hier einfach weggespült werden", fürchtet der 70jährige Giandelone, der am Fluß aufgewachsen ist. Der Lauf des Atchafalaya verschlammt jeden Tag mehr und wird damit immer unberechenbarer, obwohl Ingenieure die Wasserzufuhr kontrollieren. „Wir sitzen an der schmalen Öffnung am Ende eines riesigen Überlaufbeckens. Und das wirkt wie ein Trichter", fürchtet Major Brownell aus Morgan City.

Die Gefahr, die vom Atchafalaya ausgeht, ist die Folge der zahlreichen Versuche, den Mississippi zu zähmen. Der Fluß wehrt sich. Rund 80 Kilometer nördlich der Stadt Baton Rouge versucht er nun, dem Atchafalaya seine Wassermassen aufzuzwingen. Sollte ihm das gelingen, ist nicht nur Morgan City in Gefahr. New Orleans und sein Industriegebiet stünden unter Wasser – falls die Kontrolleinrichtungen, die schon durch ein losgerissenes Hausboot blockiert werden könnten, versagen. Für den Notfall stehen in Morgan City 12 Pumpen bereit. Mein Larry Wall, Reporter beim „Daily Review": „Wenn der Mississippi seinen Lauf verändert, helfen alle Pumpen dieser Welt nicht mehr."

Trotz vieler Bedenken setzt Wall wie die meisten seiner Mitbewohner sein Vertrauen auf die Ingenieure und Techniker. Die brauchten Jahre, um sich gegen die Umweltschützer durchzusetzen, die Bedenken gegen die technischen Wege hatten, den Mississippi unter Kontrolle zu bringen. Die Umweltschützer wissen dabei die Wissenschaftler auf ihrer Seite, die nachwiesen, daß eine Rekordflut am Strom 1973 durch die Eingriffe der Menschen ausgelöst wurde.

Zu den schärfsten Kritikern der Ingenieure gehört Oliver Houck, der in New Orleans Ökologie lehrt: „Morgan City ist in Gefahr. Das Mississippi-Drama wird stattfinden, und die Techniker wissen das genau", prophezeit er.